

Garrigade

Streitschrift für Anarchosyndikalismus, Unionismus und revolutionären Syndikalismus



FAUD gegen Allgemeine Arbeiter-Union 1921

- Ideologische Auseinandersetzung zwischen Anarchosyndikalismus und rätekommunistischem Unionismus

Nr. 2 • November 2009

3,- Euro

- Interview mit dem ICEA - Spanien
- Der Konterrevolutionär StD. Dr. Joachim Paschen

Büchertisch • unsere Lese-Empfehlungen



Im November 2009 werden wir das **Schwarz-Rot-Buch** der *Deutschen Anarcho-Syndikalisten* (DAS) von 1937 digitalisiert als pdf-Datei zur Verfügung stellen. Gegen eine Spende von mindestens 5,- €uro versenden wir diese »Dokumente über den Hitlerimperialismus«, originales Nazi-Material über die Einmischung im revolutionären Spanien, auf CD mit farbigen Umschlag. Umfang 335 Seiten, Umschlag und Innenseiten farbig.

• Die Spenden werden für eine professionelle Digitalisierung verwendet und um das Original-Buch zu restaurieren bzw. zu sichern.



Kalender für 2010
- 6,50 €uro

Michael Kubina

Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg

• Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906-1978)
LIT-Verlag Münster, 2001, 576 Seiten, 40,90 €uro, ISBN 3-8258-5361-6

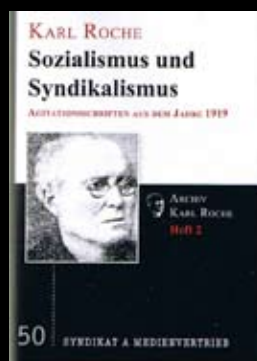
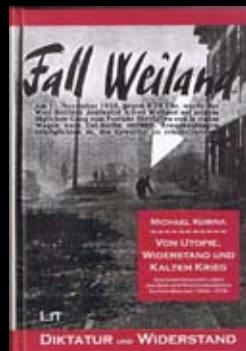
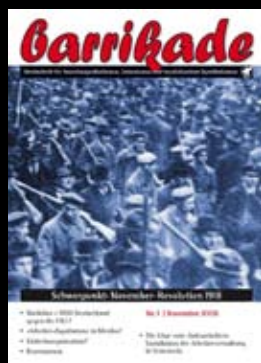
Das Leben des Berliner Rätekommunisten und Publizisten Alfred Weiland

ist spannend: von den Nazis bereits 1933 vorübergehend eingesperrt, arbeitete er in der Illegalität, nach 1945 bald in Ulbricht's DDR als 'Feind der Arbeiterklasse' zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, hat sein Biograf Michael Kubina dem Vergessen entrissen.

Es findet sich Material zu unserem Themenbereich, denn Alfred Weiland stand mit Paul Mattick in den USA in Kontakt, und berichtet faktenreich über die Ent-stehung der AAU und die verfolgte und verschwiegene Existenz des ostdeutschen Rätekommunismus.

Wir denken dabei auch an den FAUD-Genossen Jelinek aus Dresden, der im DDR-Arbeitslager 1956 zu Tode kam und all die anderen Opfer der stanlinistischen DDR-Diktatur.

Restexemplare # 1 - € 2,-



Karl Roche-Texte 1919,
70 Seiten, AKR - € 3,50



Folkert Mohrhof

Der syndikalistische Streik auf dem Ozean-Dampfer 'Vaterland' 1914

32 Seiten-Broschüre,
Archiv Karl Roche, Hamburg,
2,50 €uro

• www.syndikalismusforschung.info

- das Portal für Syndikalismusforschung!

Das Internetportal bietet den Raum für: aktuelle Beiträge zur Forschung, eine umfangreiche Bibliographie, große Text- und Downloadbereiche, sowie eine ausführliche Linkliste zu Praxis/Forschung und Kontaktmöglichkeiten.

Die Inhalte auf www.syndikalismusforschung.info unterliegen keiner zeitlichen Begrenzung, beziehen sich allerdings schwerpunktmäßig auf den deutschsprachigen Raum.

Reiche Erkenntnis und viel Freude beim Lesen wünscht

Redaktion *Syndikalismusforschung*

Museum zur Geschichte der syndikalistischen Arbeiterbewegung in Deutschland (1878 - 2008)

Detlef Siegfried

Der Fliegerblick

Intellektuelle, Radikalismus und Flugzeugproduktion bei Junkers 1914 bis 1934

J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn 2001
ISBN 13 978-3-80124- 118-6
Gebunden, 335 Seiten, 29,65 €uro

Die Geschichte des Flugzeugsbaus und die Faszination des Fliegens nährten die Hoffnung vieler national-gesinnter Deutscher, über die »dritte Dimension« zu ihrem heißersehnten nationalen Wiederaufstieg zu kommen. Daß der »Fliegerblick«, die Perspektive von oben, auch eine völlig andere Sicht auf die Mühen der Ebene und die profane Welt eröffnete, macht dieses hervorragende Buch des Kieler Historikers Siegfried (er schrieb auch das exzellente kleine Büchlein über das »Radikale Milieu«). Interessanter ist die von Siegfried ausgearbeitete politische Entwicklung einiger ehemals extrem radikaler Intellektueller der *Kommunistischen Arbeiter-Partei* und *AAU* zu leitenden Funktionären des damals national wie international führenden Flugzeugherstellers.

Seit der Mitte der 20er Jahre, nachdem die KAPD-Funktionäre von der Berliner Basis aufgrund ihrer arbeiter-feindlichen utopischen Radikalpolitik ausgeschlossen wurden, orientierten sich einige dieser Intellektuellen auf ihre künstlerischen und technischen Fähigkeiten und kamen dabei in die Auseinandersetzung um die militärische oder zivile, die nationale oder kosmo-politische Definition des Fliegens. 1931 kam es im Junkers- Management zu Machtprobe, wobei der ex-rätekommunistische Theoretiker Alfred Dethmann als Direktor mit der NSBO kollaborierte. Die Ex-KAPDler lernten damals auch die Gestapo kennen, sie überlebten, im Gegensatz zu ihren früheren Arbeiter-Genossen.

► Nicht mehr aktuelle Bücher findet ihr über das Netzwerk der Antiquariate: www.zvab.com



Bestellungen übernimmt auch der Syndikat-@-Buchvertrieb:
www.syndikat-a@fau.org

1. Libertäre Medienmesse

3.-5. September 2010 | «Druckluft» Oberhausen



Barrikade



Die Kritik der Waffen ersetzt niemals die Waffe der Kritik

editorial

»Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemanden den Bart zu versengen.«

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799), *Sudelbücher*

Die Barrikade-Prinzipien:

- ▶ grundsätzliche Ablehnung des nach-faschistischen Arbeitsrechts und der damit einhergehenden Regelementierung und Unterdrückung revolutionärer Betriebsarbeit, Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung durch ein sozialpartnerschaftliches Betriebsverfassungsgesetz, Tarif-, Arbeits- und nachgeordnetes repressives Sozialrecht,
- ▶ grundsätzliche Ablehnung von Betriebsrats-Arbeit und Abschluß von friedenspflichtigen Tarifverträgen, dagegen setzen wir gewerkschaftliche Betriebsgruppen, revolutionäre Vertrauens oder Obleute, Arbeiterräte und Betriebsvereinbarungen ohne Friedenspflicht,
- ▶ Ziel ist der libertäre Kommunismus in Form der industriellen und kommunalen Selbstverwaltung durch ein föderalistisches, antistaatliches und antinationales Räte­system,
- ▶ der kapitalistischen Globalisierung von oben setzen wir die globale Klassen­solidarität von unten entgegen – die Arbeiterklasse hat kein Vaterland, der Kampf des Proletariats ist nicht nur international, er ist antinational.

Begriffsklärung:

- ▶ **Barrikade** – ein Schutzwall im Straßenkampf, Straßensperre
- ▶ **Syndikalismus** – romanische Bezeichnung für revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, ausgehend von der Charta von Amiens 1905 und der CGT in Frankreich; Ziel ist eine sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage durch föderierte autonome Gewerkschaften und deren lokale Zusammenschlüsse über Arbeitsbörsen
- ♦ Aktuelle Vertreter sind die schwedische SAC, diverse italienischen Basisgewerkschaften wie Unicobas, die spanische CGT, die französische SUD und verschiedene andere, sie bilden auch die so genannte FESAL (*Europäische Föderation Alternativer Gewerkschaften*) und können nicht (nicht mehr) als revolutionär bezeichnet werden.
- ▶ **Unionismus** – revolutionärer Syndikalismus; amerikanische Variante ohne eindeutige politische Ausrichtung – Ziel ist die eine einheitlich-zentralistische Organisierung aller Arbeiterinnen und Arbeiter in Industriegewerkschaften, in Deutschland seinerzeit die *Allgemeine Arbeiter-Union*
- ♦ Derzeit vertreten durch die I.W.W., der *Industrial Workers of the World* aus Nordamerika mit Mini-Sektionen in anderen Ländern.
- ▶ **Anarchosyndikalismus** – sozialrevolutionäre Bewegung auf gewerkschaftlicher Grundlage, entstanden aus der Kombination von anarchistischen Zielen und revolutionärem Syndikalismus; Ziel ist der libertäre Kommunismus in unterschiedlichen Formen
- ♦ International vertreten durch die spanische CNT, die deutsche FAU, die italienische USI und andere Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der IAA.
- ▶ Die höchste Stufe des revolutionären Syndikalismus ist für die **Barrikade** deshalb der Anarchosyndikalismus, da seine Ziele die am weitestgehenden sind. Da wir mit dem revolutionären Syndikalismus und Unionismus auch die Ideologien und Organisationswelt des Links- und Rätekommunismus berühren, behandeln wir diesen Themenbereich allerdings nur in inhaltlich-ideologischer Abgrenzung und zur Aufarbeitung dieser gescheiterten Konzepte der revolutionären Arbeiterbewegung. ♦

Moin,

die zweite Ausgabe der **Barrikade** ist nun doch erschienen - und wir werden versuchen, zukünftig ein halbjährliches Erscheinen zu bewerkstelligen. Diese miesen Zeiten schreien geradezu nach ideologisch-theoretischen Auseinandersetzungen.

Ganz besonders an Bord begrüßen möchte ich meinen alten Freund *Jonnie Schlichtung*, der zu diesem Unterfangen gestoßen ist. Zusammen haben wir vor über dreißig Jahren in Hamburg die anarchosyndikalistische FAU-Zeitung *direkte aktion* gegründet und jahrzehntelang zusammen daran mitgearbeitet. Jetzt, im Alter von über 50 Jahren, kümmern wir uns mehr um die Aufarbeitung der Geschichte der linksradikalen und libertären Arbeiterbewegung, um die gewonnenen Erkenntnisse vorzustellen und die vorherrschende Theoriefeindlichkeit zu ‚bekämpfen‘.

In diesem Heft beschäftigen wir uns in Form einer Dokumentation mit der scharfen politischen Auseinandersetzung in der auseinanderbrechenden revolutionären Arbeiterbewegung nach der niedergeschlagenen und verlorenen Revolution von 1918 - die letztlich keine wirkliche war, weil sie vollständig versagte. Die ideologischen Differenzen brachen nicht erst mit der Wiedereinsetzung der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie aus. Der Streik um die *Diktatur des Proletariats* war bereits 1919 kurzfristig nicht mehr realisierbar - die Chance war vertan. Der *Hamburger Aufstand* der thälmannschen bolschewistischen KPD im Oktober 1923 war nur noch ein letzter Putschversuch - seit dem *Mitteldeutschen Aufstand* 1921 war diese Möglichkeit längst durch den neuen Militarismus der inneren Aufrüstung endgültig verbaut.

Wichtig ist uns auch das Interview mit dem spanischen CNT-nahen Institut ICEA, die eine libertäre Betrachtung der ökonomischen Verhältnisse unternehmen. Wir teilen nicht alle Facetten der Analyse, aber sie kratzt an vielen marxistischen Vorlieben.

Spannend ist auch die *Klassenkonflikt-Diskussion* in der linken Bewegung in Schweden. Vielleicht kommen auch hierzulande zu dieser notwendigen Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn einer von MittelstandsLinken angeführten Arbeiterbewegung, die ja ohne Arbeiterklassen-Aktivist/innen keine Arbeiterbewegung ist ...

Unglaublich ist der Fall des Hamburger Studiendirektors und Historikers Dr. Joachim Paschen, der angehende Geschichtslehrer prüft - und selbst ein deutschvölkischer Antidemokrat ist. Das jedenfalls machen unsere Rezensionen und Nachforschungen zu seinem Hamburger Revolutionsbuch mehr als deutlich.

Dies ist übrigens keine Zeitschrift für *Antideutsche* - die knöpfen wir uns in der kommenden Ausgabe vor. Versprochen!

Folkert Mohrhof

Impressum

Herausgeber:

Archiv Karl Roche

Folkert Mohrhof • Grünebergstr. 81 • 22763 Hamburg • Tel./Fax: 040 - 880 11 61
www.archiv-karl-roche.org ♦ email: barrikade@archiv-karl-roche.org

Verlag: Syndikat-@ • 47443 Moers ♦ www.syndikat-a.de - syndikat-a@fau.org

Abonnement: 3 Ausgaben - 10 Euro ♦ ab 5 Exemplaren Wiederverkäufer/innen-Rabatt
Empfohlener Verkaufspreis in der Kolportage: 3,00 Euro
(alle Preise inkl. 7% USt. und Versand) • Es gibt keine Buchpreisbindung!
Eigendruck im Selbstverlag in Moers

Bankverbindung: Syndikat-A • Postbank Dortmund

• BLZ 440 100 46 • Konto-Nr: 9999 404 68

International • IBAN: DE17 4401 0046 0999 9404 68 • BIC: PBNKDEFF

V.i.S.d.P.: Folkert Mohrhof • Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder Verlegers wieder

Die nächste Ausgabe der **Barrikade** erscheint im April 2010



Mitstreiter/innen der **Barrikade**: fm | Herausgeber

• **Jonnie Schlichtung** | Autor, Rezensent

• **H**, www.syndikalismusforschung.de | Rezensent

• **MM** | Übersetzer • **N**. | Verleger • Titel: syndikArt | **Diego** •

Der 9. November

Auf den 9. November fallen in Deutschland sechs wichtige Gedenktage, die Etappen der neueren deutschen Geschichte markieren. Im vergangenen Jahr ‚nullten‘ drei von ihnen und bei einem war eine Fünf im Jahrestag; in diesem Jahr werden zwei ‚nullen‘. Einige Ereignisse, die den 9. November zu einem so bemerkenswerten Gedanktag machen, sind miteinander eng verwoben, andere fielen durch schieren Zufall auf dies Datum, aber alle sind Bestandteil der deutschen Misere und der wenigen Lichtblicke unserer Geschichte.

Die deutsche Revolution

»Wer hat uns das Gefäß unserer Sehnsucht verbeult, daß aus einem Flammenkelch ein Nachtopf geworden ist? (...) Krieg und Niederlage waren die Ursachen: jawohl, das wissen wir. Nur wäre es der Revolution zuträglicher gewesen, sie hätte die Niederlage verursacht, statt umgekehrt sich von der Kriegskatastrophe ans Licht befördern zu lassen. Die letzten Anlässe sind ja gar nicht wichtig. Die Revolution wurde gezeugt am 1. August 1914. Die Frage, warum der Säugling gerade am 7. November 1918 den Muttermilch verließ (die bayerische Revolution brach zwei Tage vor der norddeutschen aus), braucht uns nicht zu beschäftigen. Bedeutungsvoll ist jedoch die Frage, warum er trotz des Geschreies, mit dem er in die Welt trat, so kümmerlich gedieh, so bald zusammenschumpfte und jetzt scheinotot auf dem Kehricht liegt, während die Leute, die ihn nähren und pappeln möchten, das nur unter Gefahr für Leben und Freiheit tun können.«

• Erich Mühsam,
November 1919 -
veröffentlicht in *Fanal*,
November 1928

»Die deutsche Revolution«

1848

Beginnen wir mit dem 9. November 1848, dem vielleicht unbekanntesten Kapitel. Am Morgen um 7:30 Uhr starb Robert Blum, Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, standrechtlich ermordet von einem Hinrichtungskommando der Kaiserlichen Österreichischen Armee. Blum hatte in den Reihen der revolutionären Wiener Arbeiter, Studenten und Bürger gekämpft, die sich am 6. Oktober erhoben hatten, um den Abmarsch der kaiserlichen Truppen zur Unterdrückung der Ungarischen Revolution zu verhindern. Nach der Niederlage der Wiener Revolutionäre wurde er gefangengenommen. Es nutzte ihm nichts, daß auch für Österreich das Reichsgesetz vom September 1848 galt, das den Abgeordneten des Paulskirchenparlaments Immunität garantierte. Der österreichische Ministerpräsident Schwarzenberg ließ den Schlächter von Wien, Fürst Windischgrätz, lapidar wissen: »Blum bleibt Dir zur freien Disposition und verdient alles.« Das ließ sich »der bluttriefende Diener des österreichischen Idioten« Kaiser Ferdinand (Neue Rheinische Zeitung) nicht zweimal sagen. Robert Blum bezahlte den Versuch, die Revolution in Österreich zu unterstützen, mit seinem Leben. (1)

1918

Eine der Sternstunden in unserer Geschichte - wenn auch eine, die schnell verging. Der Große Krieg war für Deutschland verloren, die Oberste Heeresleitung bettelte um einen Waffenstillstand, der Kaiser desertierte in die neutralen Niederlande (»O Tannebaum, O Tannebaum, der Kaiser hat in'n Sack gehau«, sang ihm der Volksmund hinterher). Der selbstmörderische Plan der Marineleitung, die deutsche Hochseeflotte in ein ‚letztes Gefecht‘ gegen England zu schicken, um ‚das Blatt zu wenden‘ oder ‚ruhmreich‘ abzusaufen, ließ die Matrosen revoltieren. Von den ArbeiterInnen und den Soldaten des Heimatheeres unterstützt breitete sich der Aufstand in wenigen Tagen wie ein Flächenbrand von der Küste aus und erreichte am 9. November die Reichshauptstadt. Phillip Scheidemann, Staatssekretär in der Regierung des vorletzten kaiserlichen Reichskanzlers Max von Baden und einer der führenden Rechtssozialisten (MSPD), rief von einem Reichstagsfenster die Republik aus - und bekam umgehend Ärger mit seinem Parteivorsitzenden Friedrich Ebert, der die Revolution »wie die Sünde« haßte und das Kaiserreich retten wollte.



Karl Liebknecht, Ikone der Linken und der Kriegsgegner, rief die Sozialistische Republik aus - nach Scheidemann. Vielleicht symbolisiert dies das Dilemma dieser Revolution und ihrer RevolutionärInnen.

Der weitere Verlauf ist bekannt (oder sollte es sein ...): Nach dem ersten Schrecken organisierte die Mehrheits-Sozialdemokratie unter dem letztem kaiserlichen Reichskanzler, danach Mitglied des Rates der Volksbeauftragten und schließlich Reichspräsidenten Fritz Ebert nach wenigen Wochen die Rückführung des außer Kontrolle geratenen Volkes in geordnete Bahnen, die in weniger als fünf Jahren abgeschlossen war - Hand in Hand mit dem Militär und den neugegründeten rechtsextremen Freikorps, zum Nutzen und Frommen des Bürgertums, des Adels, und gestützt von den kaiserlichen Juristen. Auf der Strecke blieben die Revolution, der Sozialismus (wie immer der auch aussehen sollte), vor allem aber: Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter und andere, die es ernst meinten mit jener neuen Gesellschaft, die die Sozialdemokratie vor dem »Großen Krieg« 1914-18 propagiert hatte. Und selbst die bürgerlich-parlamentarische Demokratie überlebte in dieser ‚Republik ohne Republikaner‘ nur wenige Jahre, bis Eberts Nachfolger Paul von Hindenburg einen Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, der seine Gefolgschaft aus dem konterrevolutionären Sumpf rekrutiert hatte, den Friedrich Ebert, Gustav Noske und all die anderen wackeren Kämpfer gegen die ‚Bolschewisierung‘ Deutschlands angelegt, gehegt und gepflegt hatten. Die Geister, die sie riefen ... Was bleibt? Vielleicht dies: der erfolgreiche Sturz eines scheinbar monolithischen Regimes, der kurze Winter der Rätedemokratie, wo vieles möglich war, ausprobiert wurde, wo die Chance bestand, eine andere, gerechtere Gesellschaft zu schaffen. (2)

1923

Nicht ganz zehn Jahre, bevor er endlich am Ziel seiner Wünsche war, unternahm der österreichische Staatsbürger, Reichwehrspitzel, bayerische Lokalpolitiker und Vorsitzende einer völkischen Kleinpartei, ein gewisser Adolf Hitler, den Versuch, seinem großen Vorbild Benito Mussolini nachzueifern. Der hatte mit seiner faschistischen Partei erfolgreich einen ‚Marsch auf Rom‘ initiiert und sich an die Regierung Italiens geputscht. Der fünfte Jahrestag der Ausrufung der verhassten Republik sollte der Stichtag sein. Nach einem turbulenten Auftritt im Münchner Bürgerbräukeller marschierten die paramilitärischen Verbände der NSDAP, um die bayerische Staatsregierung zu

stürzen. Mit von der Partie war der ehemalige kaiserliche General Ludendorff, zwischen 1916 und 1918 de facto Militärdiktator in Deutschland – und Mitverschwörer beim Kapp-Putsch 1920. Geplant war der Sturz der bayerischen Regierung mit anschließendem ‚Marsch auf Berlin‘, um dort die ‚Novemberverschörer‘ zu entmachten (die, wie bekanntlich auch der spätere Reichspräsident und ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg wußte, das ‚im Felde unbesiegte Heer‘ durch einen ‚heimtückischen Dolchstoß in den Rücken‘ um den sicheren Sieg gebracht hatte. Wohl dem, der ein flexibles Gedächtnis hat ...).

Trotzdem Bayern ein Refugium für alle möglichen rechtsextremen Verschwörer und Republikfeinde war – irgendwie hatten es die Marschierer auf Berlin nicht geschafft, die stärkeren Batallione auf ihre Seite zu ziehen. Am Abend des 9. Novembers, bei der Münchner Feldherrenhalle, endete der Marsch auf Berlin im Feuer bayerischer Reichswehr-Einheiten. Leider hatten die Soldaten nicht richtig gezielt, sowohl Ludendorff als auch Hitler überlebten ohne größere Blessuren. Die (privilegierte) Festungshaft nutzte Hitler zum Abfassen seiner credos, »Mein Kampf«. 1925 wurde der Putschist amnestiert. Unangenehm, daß auch einige Überlebende der Münchner Räterepublik von 1919, etwa der Anarchist Erich Mühsam, in den Genuß dieser Amnestie kamen. Derlei Fehler konnten aber nach 1933 teilweise korrigiert werden.

Der 9. November 1923 war seitdem ‚der Tag der Bewegung‘, mit der Präsentation der ‚Blutfahne‘ und anderen, zu solchen Gelegenheiten üblichen Ritualen, jedes Jahr am 8. November begangen im Münchner Bürgerbräukeller. Zu diesen Ritualen gehörte auch die Rede des ‚Führers‘, die immer einem peinlich eingehaltenen Zeitplan folgte. Nur einmal wurde von diesem Schema abgewichen, was außerordentlich traurig enden sollte. (3)

1938

Das Attentat des 18jährigen Herschel Grynszpan (4) auf den deutschen Botschaftssekretär vom Rath vom 7. November 1938, eine Protestaktion gegen die antijüdische Politik der nazi-deutschen Regierung und die Verzweiflungstat eines anständigen Menschen gegen ein unanständiges Regime, wurde von den Machthabern in Deutschland zum Vorwand genommen, im Reich das bis dahin größte Judenpogrom zu initiieren, die sogenannte »Reichskristallnacht«. Als ‚Zivilisten‘ verkleidete SA- und Parteimitglieder spielten bewaffnet und gut organisiert ‚spontanen Volkszorn‘. Neben der Ermordung von ca. 400 Menschen, der Verschleppung von gut 30.000 männlichen Juden in KZs, der Vernichtung fast aller Synagogen (ca. 1.400) und der Zerstörung und Plünderung von etwa 7.500 Geschäften ‚durften‘ die Opfer noch eine ‚Sühneleistung‘ von 1 Milliarde Reichsmark erbringen.

Ob Herschel Grynszpans Attentat eine ungewollte Vorlage war oder einer vorbereiteten ‚Aktion‘ die öffentliche Begründung lieferte – zum 20. Jahrestag des ‚Novemberverschörens‘, des ‚Dolchstoßes‘ (und zum 15. Jahres-‚Tag der Bewegung‘) wollte und konnte das NS-Regime sich öffentlich an ‚den Schuldigen‘ rächen. Für meinen Geschmack war der 20. Jahrestag geplant. Grynszpan war nur die Zugabe. (4)

1939

Der fränkische Arbeiter Johann Georg Elser (5) baute in mehrmonatiger Arbeit in eine Säule im Münchner Bürgerbräukeller eine Zeitbombe ein – direkt neben den Platz, an dem Adolf Hitler alljährlich am »Tag der Bewegung«, dem Jahrestag des katastrophalen Marsches auf die Münchner Feldherrenhalle vom 9. November 1923, vor ‚alten Kämpfern‘ eine Rede hielt. Unglücklicherweise verkürzte Hitler ausgerechnet am 8. November 1939 seine Rede um 13 Minuten, sodaß er der Explosion entkam. Ebenso unglücklich wurde Elser bei dem Versuch, in die Schweiz zu fliehen, von deutschen Grenzern erwischt. Trotz ausgiebiger Folter konnte aus Elser nur die Wahrheit herausgeprügelt werden: daß er aus eigenem Entschluß entschieden hatte, den ‚Führer‘ in ein Reich zu befördern, in dem er voraussichtlich keinen Schaden anrichten würde.

Da der nach dem ‚Endsieg‘ geplante Schauprozess schließlich auszufallen drohte, wurde Johann Georg Elser im KZ Dachau am 9. April 1945 ermordet – auf persönlichen Befehl des ‚Führers‘, vom GeStaPo-Chef und SS-Gruppenführer Heinrich Müller übermittelt an den Kommandanten des KZ Dachau, SS-Obersturmbannführer Eduard Weiter, mit konkreten Anweisungen zur Vertuschung des Mordes (angeblich während eines alliierten Bombenangriffs), und ausgeführt vom SS-Oberscharführer Theodor Heinrich Bongartz.

Lange bevor die hochgejubelten Offiziere des 20. Juli 1944 erkannten, daß es mit dem deutschen Endsieg nichts wird und versuchten, durch einen Putsch bessere Konditionen herauszuhandeln, faßte ein einfacher Arbeiter in den Tagen nach dem Münchner Abkommen von 1938 den Entschluß, daß Hitler weg muß, um den Krieg zu verhindern. »Georg Elser war in der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte ein anderer aus Deutschland, einer, auf den wir stolz sein müssten!«, schrieb Manfred Maier vom »Georg-Elser-Arbeitskreis« Heidenheim. Ja, unbedingt.

1989

Der Fall der Mauer gehört zu den glücklicheren Momenten unserer jüngsten Geschichte. Ja, es stimmt, daß der große Bruder BRD die DDR sang- und klanglos geschluckt hat; und es stimmt auch, daß die RevolutionärInnen, die auf den ersten Montags-Demos Leib und Leben riskiert haben, keine Chance hatten, eine DDR zu errichten, die ihren Namen verdient hätte. Ebenso stimmt es aber auch, daß ein diktatorischer, reaktionärer Staat von seiner Bevölkerung auf den Misthaufen der Geschichte befördert wurde. Ein Staat, dessen Existenz sich die beste antikommunistische Propaganda nicht hätte ausdenken können. Daß die Linke der alten BRD vor 20 Jahren diese Chance nicht begriffen hat, sagt vieles.

Und auch dies bedeutete der 9. November 1989: das Ende der BRD. Die Aufgabe, die die Revolutionäre in der DDR von 1989 gestellt haben, besteht immer noch. Revolutionäre Prozesse gehen weiter, der »gute alte Maulwurf« (Marx) gräbt weiter – ihr werdet es schon mitbekommen. Und hoffentlich dieses Mal eure fünf bis sieben Sinne benutzen.

• J. S.



Georg Elser

Fußnoten:

(1) Robert Blum, Briefe und Dokumente, Herausgegeben und mit einem Nachwort von Siegfried Schmidt, Leipzig 1981 (Reclam 865)

(2) Sebastian Haffner, Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, was es ist, Berlin 1993 (Verlag 1900); Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924 (Malik); ders., Die Novemberrevolution. Vom Kaiserreich zur Republik Bd. II, Wien 1925 (Malik); ders., Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925 (Phöbus); Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik [1928], Frankfurt/M 1970 (EVA); ders., Geschichte der Weimarer Republik [1935], Frankfurt/M 1961 (EVA)

(3) <http://de.wikipedia.org/wiki/Hitler-Ludendorff-Putsch> mit weiteren Nachweisen

(4) siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Herschel_Feibel_Grynszpan, mit weiteren Nachweisen

(5) http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Elser

Interview mit ICEA - Institut für Wirtschaftswissenschaft und Selbstverwaltungs

Das Problem ist nicht der Neoliberalismus, sondern der Kapitalismus!



Das Institut der Wirtschafts- und Selbstverwaltungswissenschaften (Instituto de Ciencias Económicas y de la Autogestión, kurz ICEA) ist nun seit einigen Monaten in Betrieb. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Leuten, die sich in Wirtschaftskreisen bewegen und die die Absicht haben, sich in einen anarchistischen Wirtschafts-Think Tank⁽¹⁾ zu entwickeln. Wir glauben, dass es notwendig ist, auf Genossen und Genossinnen zählen zu können, die sich der Ausarbeitung von Analysen und theoretischen sowie praktischen Studien verschrieben haben. Zudem wird diese Arbeit nützlich sein, mit guten Argumenten die Tendenzen des „Anarchokapitalismus“ zurückzuweisen, welche den Sprung aus den USA über Lateinamerika geschafft hat, genauso wie sie brauchbar dazu ist, unsere weltanschauliche Aufstellung zu verbessern ... und um zu wissen, wie die zukünftige libertäre Gesellschaft gestaltet werden kann. Wir wünschen uns, soweit wir das bisher sagen können, dass dieses Beispiel sich in anderen Kreisen fortsetzt. Nachdem wir ihre Arbeit über alabarricadas.org kennen lernten, haben wir ihnen diese Fragen gestellt:

• ALB Noticias: **Wie entstand die Idee zur Gründung des ICEA?**

ICEA: Im Laufe der Jahre, zwischen den studentischen wirtschaftswissenschaftlichen Projekten, die solch einer Materie mit einer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüberstanden, trafen wir mit einigen Personen zusammen, deren anarchistische Positionen wir teilten. Das ließ uns über die Notwendigkeit nachdenken, die Dinge von unserem Wirkungskreis aus anzugehen: Wirtschaft und Anarchismus. Zuerst dachten wir an den Wirtschaftsteil der Zeitung der CNT. Nachher, zusammen mit mehr Leuten, entwickelten wir uns zu einem noch weiter auf wirtschaftliche Fragen spezialisierten Zusammenschluss des Zentrums libertärer Studien von Terrassa (in Barcelona). Schließlich, in Anbetracht dessen, dass wir Leute aus unterschiedlichsten Orten der Halbinsel waren und Material zusammentragen mussten, sahen wir den Vorteil in der Schaffung eines eigenen Zentrums, zwar virtuell für den Moment, aber mit der Absicht, es auch physisch Wirklichkeit werden zu lassen. Solch ein Zentrum musste sich, gemäß unserer politischen Position, mit der Selbstverwaltung auseinandersetzen, dem wichtigsten Beitrag des Anarchismus zum wirtschaftlichen Denken; darüber hinaus jedoch glauben wir, dass wir ein ökonomisches Bewusstsein in die anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegungen hineinbringen könnten, und umgekehrt so eine libertäre Perspektive unter den anderen Bewegungen im Kreis der kritischen Ökonomie verbreitet werden kann.

Schließlich, und das ist ein wichtiger Aspekt, haben diejenigen von uns, die ICEA von Anfang an aufgebaut haben, unterschiedliche Interessen und Hintergründe hinsichtlich dem, was sich an die verschiedenen Zweige der politischen Ökonomie richtet. Daher haben wir die Möglichkeit, Gruppen

in unterschiedlichen Feldern zu fördern: ökonomischem Denken und ökonomischer Theorie, politischer Ökonomie, Arbeit und Sozialem, Weltwirtschaft, wirtschaftliche Entwicklung, Ökonomie und Arbeitssoziologie, regionale Ökonomie, ökologische Ökonomie etc. Was uns letztendlich vereint ist die Motivation, in unseren Studien die theoretischen, historischen und praktischen Aspekte zu fundieren, die mit der Sozialen und Arbeiterselbstverwaltung als Alternative zum Kapitalismus zusammenhängen.

• ALB Noticias: **Mit dem Wissen im Kopf, dass es sich um ein sehr junges Projekt handelt, wie nehmt ihr die Resonanz wahr, die ihr bekommt?**

ICEA: Die Resonanz wird mit jedem Mal positiver. Während die Website im Aufbau war, gab es viele Personen und Gruppen innerhalb und außerhalb des spanischen Staatsgebietes (z.B. aus ganz Lateinamerika), die sich mit uns in Verbindung setzten und ihr Interesse bekundet haben. Auf der anderen Seite wird das alles in unseren eigenen Organisationen als etwas sehr Positives angesehen, weshalb wir äußerst zuversichtlich hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung sind.

• ALB Noticias: **In dem Kommuniqué, dass ihr in Umlauf gebracht habt heißt es, dass ihr auch Beratung anbietet. Welcher Art ist die Beratung, glaubt ihr, der ihr angefragt werden werdet, und welche bietet ihr an?**

ICEA: Wie wir in dem Präsentationstext schreiben, ist es unsere Intention, jede syndikalistische Sektion, jedes Syndikat, genauso wie jedes libertäre Kollektiv oder andere den sozialen Bewegungen Zugehörige zu unterstützen, die sich für unsere Beratung interessieren. Da das Projekt in seinen Anfängen steckt, beginnen wir damit, unsere Beratung auf die sozialen Kämpfe der CNT zu stützen. So können wir erstmal noch selbst studieren, wie wir auf die uns erreichenden Anfragen mit Hilfe reagieren können, ebenso wie die Beratung von einigen konkreten Kämpfen im Bereich der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die die andere Seite des uns antreibenden Anspruches ausmacht. In dieser Hinsicht würde es uns z.B. gefallen, im Fall von Fabrik- oder Unternehmensbesetzungen in Krisenzeiten eine nützliche Kapazität im Zentrum der Unterstützung zu sein. Die Idee in solch einem Szenario wäre Studien über die Lebensfähigkeit der Unternehmen anzufertigen, um so unser Körnchen im Verlauf dieser Kämpfe beizutragen.

Im Moment, wie gesagt, bezieht sich die von uns angebotene Beratung auf die Unterstützung des syndikalistischen Kampfes der CNT, in der Form der Analyse der Firmenmärchen über ihre Resultate, der sozioökonomischen Struktur dieser Firmen, ihrer Situation im wirtschaftlichen Sektor usw. Die besser organisierten und strukturierten Gewerkschaften im spanischen Staat fordern technisch

► Die 30 reichsten Familien verloren in der Finanzkrise über 40 Mrd. Euro – tja, erstmal haben ...

► Allein mit ihren börsennotierten Großbeteiligungen verloren die 20 reichsten deutschen Familien in der Krise rund 40 Milliarden Euro.
Wirtschaftswoche 4.1.2009

► Das Vermögen der deutschen Haushalte reduzierte sich wegen der Finanzkrise um 110 Mrd. Euro auf nur noch 4,49 Billionen Euro, das waren rund 2,5 % Verlust gegenüber dem Verlust während der IT- oder Internet-Blase 2002 schrumpfte das Vermögen nur um ein Prozent.

geschulten Beistand bei Rechtsanwälten, Ökonomen und Soziologen an, und fassen sie zu einer für gewerkschaftliche Konflikte integralen Beratungstechnik zusammen, die darüber hinaus noch dem Zentrum der Ideenentwicklung dient. Die Arbeit des ICEA ist es also – zumindest für die Mitglieder, die auch in der CNT sind – solch einen Aspekt der Beratung in unserer Gewerkschaft zu etablieren.

• ALB Noticias: **Es heißt, der Anarchismus habe gegenüber dem Marxismus ein Minderwertigkeitskomplex, zumindest in ökonomischer Hinsicht. Was könnt ihr als eine Art libertärer Kulturverein dem entgegenhalten?**

ICEA: Wir glauben, dass es wissenschaftlich unredlich ist, die Urheberschaft all der »guten« Verbindungen in der ökonomischen Theorie nur einem Theoriekörper wie dem Marxismus zuzuteilen. Der ökonomische Marxismus hatte einen vorhergehenden Einfluss französischer Sozialist/innen, deutscher Philosophen und englischer Ökonomen, vor allem DAVID RICARDOS. Näher an unserer Zeit wurden mehrere marxistische Autoren von den gedanklichen Ansätzen von Institutionalisten wie VEBLEN, Postkeynesianist/innen wie KALECKI in der Makroökonomie beeinflusst, oder in der Mikroökonomie von Neoricardoist/innen wie etwa SRAFFA. Wenn wir daher – hinsichtlich dem, was uns angeht – die Einschätzung, keine entwickelten Werkzeuge für die korrekte Analyse ökonomischer Veränderung in jeder Etappe der Geschichte zu haben, als Minderwertigkeitskomplex begreifen, hat oder hatte auch der Marxismus Minderwertigkeitskomplexe gegenüber anderen geläufigen ökonomischen und sozialen Denkweisen der verschiedenen historischen Epochen.

Jedenfalls ist es angebracht anzuerkennen, dass der ökonomische Marxismus und Neomarxismus das heute vielleicht stärkste Werkzeug für die Analyse des Kapitalismus aus antikapitalistischer Sicht ist. Auf der anderen Seite lässt sich die vorherrschende Präsenz des Marxismus auch auf die Möglichkeiten, die er zu seiner Ausbreitung hatte, zurückführen, welche in gutem Maße durch das Werk von nicht wenigen Regierungen begünstigt wurden, die die Expansion der ideologischen Richtung des Marxismus mit den Apparaten der Propaganda und Unterdrückung jeglichen Dissens förderten. So ist es sehr verständlich, dass innerhalb der Akademien die ökonomischen Abteilungen dicht besiedelt von MarxistInnen eines bestimmten Typs sind, während die AnarchistInnen mehr in den historischen zu finden sind. Diese gewissermaßen historisierte Spezialisierung muss so gesehen werden, als dass sich hier etwas frei gemacht wird von der Analyse der ökonomischen Dynamik, während die politischen Beiträge in anderen Bereichen einen Wert des Unbestreitbaren erlangen. Während die Marxist/innen sich also, und in einigen Fällen auf sehr gute Weise, der Kritik der kapitalistischen Dynamik verpflichtet haben, hat sich der Anarchismus eher in konstruktiven Aspekten zentriert. Dass hat dazu geführt, dass hinsichtlich der Beiträge in der kritischen Ökonomie die anarchistischen Lösungsvorschläge als „utopisch“ oder einfach verfehlt angesehen wurden, weil die Debatte nun einmal in der Kritik und Analyse des Kapitalismus steckte.

Gleichzeitig hat sich der Anarchismus aber sehr viel besser bezüglich philosophischer und soziolo-

gischer Aspekte entwickelt, so dass sich viele neomarxistische Strömungen der 60'er gewisse anarchistische Ansätze aneigneten, wie etwa die anarchistische Kritik der Macht, der Autorität, die Infragestellung des Staatsbürgertums etc. In diesem Sinn begannen die sozialen Bewegungen seit den 60'ern unsere Perspektiven zu-

rückzuholen, und die Selbstverwaltung nahm ihre zentrale Stellung als politisches Projektil wieder ein. Dass ist es, was PHILLIPE OYHAMBURU dazu bewegte, von der »Revanche BAKUNINS« in dem berühmten von ESPAÑA CAMPO ABIERTO herausgegebenen Buch zu sprechen. Darüber hinaus hat der Anarchismus im Feld der Ökonomie mehr und besser als der Marxismus im Bereich des Praktischen agiert, ebenso in Syndikaten wie in Kooperativen, daher fundierter eine Alternative der Transformation angeboten, genauso wie bessere Handlungsmöglichkeiten für die Schaffung einer Gesellschaft ohne Klassen. Wie etwa die, die aus dem Manifest der Spanischen Revolution von 1936 gezogen werden können. In diesem Fall sind die marxistischen Autoren, inklusive der Alternativen, gewöhnlich in der Defensive, wie auch die Märchenerzähler bzw. Autoren des ehemaligen Jugoslawien und ihre Nachfolger.

Das alles führt dazu, dass es uns doch sehr schwer fällt zu sagen, es gäbe einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Marxismus im Terrain der Ökonomie. Vielleicht ist es korrekter von gewissen Zusatzlösungen im Feld der Untersuchung zu sprechen.

• ALB Noticia: **Hat sich der Marxismus innerhalb der anarchistischen ökonomischen Theorie nutzbar machen lassen?**

ICEA: Ohne Zweifel: Ja. Es ist äußerst bekannt, dass BAKUNIN angefangen hatte, *Das Kapital* ins Russische zu übersetzen, und das MALATESTA seiner Zeit kommentiert hatte, dass das, was die Anarchisten über die Ökonomie schreiben, vom Marxismus befruchtet ist. Die Position von CARLO CAPIERO in *Das Kapital in Reichweite aller* ist ebenfalls ein gutes Beispiel. Zu einem gewissen Maß basiert die gesamte antikapitalistische Analyse der Ökonomie auf MARX, einschließlich der anarchistischen, natürlich. Es ist allerdings so, dass die marxistische Kritik gut ist, nur einige dogmatische Positionen ihre Anwendung verdrängen. Eine andere Sache ist die, dass die exklusive Verwendung der ökonomischen Analyse von MARX unmittelbar zur Übernahme seiner politischen Vorstellung führt (etwa seiner Praxis während der 1. Internationalen, um nur ein Beispiel zu nennen), oder noch schlimmer, die einiger seiner Nachfolger. Doch das ist es nun mal, dass das eine nicht zum anderen passt.

Wie gesagt, das ökonomische Denken des Marxismus und Neomarxismus ist das vielleicht am weitesten und besten entwickelte, um das kapitalistische System zu analysieren. In all seinen Formen ist es notwendig abzustufen und Klarheit darüber zu haben, dass der Marxismus nicht spontan auf den Plan tritt, dass sein Gebiet die korrekte Ana-



(1) **Think Tank – Denkfabrik** ist ein Forschungsinstitut oder eine informelle Gruppe meist von Politikern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern oder Unternehmern, die gemeinsam politische, soziale und wirtschaftliche Konzepte oder Strategien entwickeln und entsprechende öffentliche Debatten fördern (= wissenschaftliche Politikberatung)



lyse des kapitalistischen Systems in der jeweiligen historischen Etappe ist, innerhalb derer es sehr unterschiedliche interessante Autor/innen und Strömungen gibt, sowohl zeitgenössische als auch vergangene. Wir können zum Beispiel zwei Konzepte nehmen, die der Anarchismus genutzt hat, welche die Wertarbeit und der Mehrwert sind. Die Idee der Wertarbeit beginnt vor

MARX, konkret mit ADAM SMITH und danach DAVID RICARDO, und entwickelt sich danach über streng marxistische Autoren wie RUBIN oder Neoricardonisten wie SRAFFA. Das Selbe passiert mit der Idee des Mehrwerts, damals bei PROUDHON und anderen Autoren vor MARX. Auch die Schriften zu Eigentum und Staat in der Ökonomie, eine fundamental wichtige Analyse, hat viel besser PROUDHON vor MARX und anderen Marxisten erstellt.

Die Anarchist/innen können große Teile des marxistischen Ansatzes benutzen, um die ökonomische Realität zu beschreiben, und so einen Beitrag zur Vollendung einer eigenen ökonomischen Theorie zur Analyse des Kapitalismus leisten.

• ALB Noticias: **Welches sind die Bezugspunkte, von denen ihr euch etwas für eine libertäre Ökonomie abschneidet?**

ICEA: Als AnarchistInnen und Anarchosyndikalit/innen bewegt uns die Praxis vor der Theorie, und so ziehen zu erst die historischen Bezüge unsere Aufmerksamkeit auf sich (die Pariser Kommune, Deutschland 1919, Italien 1920, Spanien 1936- 1939, etc). Im Hinblick auf AutorInnen sind die Bezugspunkte hinsichtlich einer Analyse des Kapitalismus wenige: PROUDHON und HODGSKIN, oder CORNÉLISEN aufgrund seiner syndikalistischen und libertären Haltung, genauso, wenn es um den Aufbau von Alternativen zum Kapitalismus geht, KROPOTKIN, BESNARD, GESELL, PUENTE, ABDAD DE SANTILLAN, GASTON LEVAL oder ABRAHAM GUILLÉN, und etwas moderner MICHAEL ALBERT. ABRAHAM GUILLÉN ist ein Bezugspunkt hinsichtlich der Selbstverwaltung wie auch der Bildung, auch wenn wir glauben, dass noch eine gute und definierende Veröffentlichung zu seinen ökonomischen Überlegungen fehlt.

Die Debatte um den libertären Kommunismus, die den Positionen von ISAAC PUENTE und ABDAD DE SANTILLAN auf dem 4. Kongress der CNT entgegengestellt wurde (im Mai 1936) erscheint uns gleichfalls interessant, doch noch interessanter gestaltet sich für uns die Analyse der praktischen Erfahrungen in der revolutionären Phase, die gefundenen Lösungen, die angewandt wurden, und welche davon sich als erfolgreich und welche sich als Fehler herausstellten.

• ALB Noticias: **Welche Kritik übt ihr am herrschenden Neoliberalismus? Glaubt ihr, dass es der Neoliberalismus war, der uns in die aktuelle Krise geführt hat?**

ICEA: Der Neoliberalismus hat es zu verantworten,

dass die Krise die Form angenommen hat, die sie ausmacht, keine Frage. Der Prozess der Deregulierung der achtziger und neunziger Jahre, der erfolgte um die in den Siebzigern bemerkenswert gesunkene Rentabilität wieder herzustellen, hat zu dieser Überdimensionalität an finanziellem Kapital geführt, die – einmal mehr – die Stabilität des System ins »Schach« gesetzt hat. Es gab eine Ausrichtung der politischen Ökonomie hin zu einem Frontalangriff auf die Arbeiter/innenklasse, von dem, vor allen anderen, ein Segment der Kapitalistenklasse profitierte: das Finanzielle.

Heute allerdings ist es der Kapitalismus, und nicht der Neoliberalismus, der in der Krise ist (ein Neoliberalismus, der wissenschaftlich gesehen niemals aufgehört hat, Kapitalismus zu sein: nur das akademische Mittelmaß und die Mächtigen können rechtfertigen, was sich in den Büchern und Texten, die sie geschrieben haben, ausbreitet). Der Neoliberalismus ist zur konkreten Form geworden, in der sich die politische Ökonomie quasi aller Länder der Welt gestaltet. Aber diese Politik hat keine andere Intention als die historischen Errungenschaften der ArbeiterInnen zurückzuschrauben, damit das Kapital sich neu platzieren kann. Wenn man etwas reformistischere Positionen mit einbezieht, ist es offensichtlich: Wer wird die Produkte, die die Kapitalisten verkaufen, bei diesen Scheißlöhnen konsumieren? Wir wissen alle, dass wir uns in einem ökonomischen kapitalistischen System bewegen, dass auf Ausbeutung, Autorität und der Suche nach Akkumulation und Profit basiert. Dass alles impliziert, dass die kapitalistische Ökonomie per Definition instabil ist, und daher regelmäßige Krisen durchläuft.

Wir glauben, dass es wichtig ist, sich immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, dass in den verarmten Ländern eine permanente Krise des Hungers und der Armut herrscht, und sich diese mit dem Imperialismus hält, unterschiedslos der politischen Form des Neoliberalismus oder der Sozialdemokratie.

Das Problem ist der Kapitalismus, nicht der Neoliberalismus.

• ALB Noticias: **Seit ihr eher auf Seiten des »Die Krise bezahlen die Reichen« oder der ökonomischen Intervention mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln?**

ICEA: Wir glauben dass ein »Die Krise bezahlen die Reichen« ohne ökonomische Intervention nicht zu erreichen ist. Abgesehen davon, klar: Die Krise sollen diejenigen zahlen, die sie verursacht haben: die Reichen. So wie alle kapitalistischen Krisen. Dass Problem ist, dass, um sich zu schützen, mit den gleichen Risiken interveniert wird, finanziellen nämlich, und das Resultat ist eine Vergesellschaftlichung der Verluste. Tatsächlich ist das seit immer die Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie, nur im Moment komplett ungeschminkt - das ist der einzige Unterschied. Die aktuelle Krise wird in der Form, die sie annimmt, und der Plumpheit derjenigen, die sie vorantreiben, zu einer offensichtlichen Legitimationskrise der Demokratie gesteigert. Die ökonomischen Krisen bezahlen immer und mehrheitlich die Arbeiter/innen. Der Leiter eines kleinen Unternehmens, der nun dazu gezwungen ist, dieses zu schließen, hat immer noch die Option, als Lohnabhängiger oder Selbstständiger zu arbeiten, im Unterschied zu einem seiner ehemaligen Angestellten,

Lohnentwicklung in Deutschland: Niedrigste Löhne seit 1986

In den letzten Jahren gab es lediglich sehr geringe Erhöhungen der Löhne in Deutschland. Auch Zusatzleistungen wie z. B. die Weihnachtsgeldzahlungen wurden nicht selten ersatzlos abgeschafft.

Dies führt dazu, dass laut einer Veröffentlichung des Bundesarbeitsministeriums der Nettolohn in Deutschland so niedrig ist wie seit 20 Jahren nicht mehr. 1986 lagen die Nettolöhne letztmals knapp unter dem Stand von 2006.

Bei 15.845 Euro jährlich lag der sogenannte „Nettoealverdienst“ im Jahre 2006.

Lohnsteuer sowie Sozialabgaben erreichten im Schnitt die Höhe von 9.291 Euro. Dies sind 3.684 Euro mehr als der Durchschnitt von 1986. • 24.09.07

der dem Ruin überlassen wird, der als Ersatz nur die Arbeitslosigkeit hat. Ein größerer Unternehmer hat immer die Option, seine Aktivitäten zu verkaufen, und daher immer eine Matratze, auf der er sich ausruhen kann. Den Arbeiter/innen bleibt lediglich der Ruin und deshalb sind ökonomische Krisen niemals etwas Wünschenswertes.

• ALB Noticias: **In eurer Vision als Ökonomen: Glaubt ihr, dass das Finanzsystem zerstört werden könnte, oder zumindest zu seinem Genickschuss beigetragen werden kann, in dem man jetzt einfach das Konto überzieht – wie es ENRIC DURÁN (ein im Wesentlichen auf Banken konzentrierter Aktivist, Anm. d. Ü.) gemacht hat?**

ICEA: Das Finanzsystem erlegt der Vergabe von Krediten schon seit einigen Monaten viele Restriktionen auf, um der Anhäufung von Risiken auszuweichen.

Die Option, die ENRIC DURÁN gewählt hat, ist ohne Zweifel bewundernswert aufgrund der persönlichen Kosten, die er auf sich nimmt, und weil er einen für alle interessanten Gegenstand in das Zentrum der Debatte gebracht hat (auch wenn die wirtschaftliche Krise dieser nur das dritte oder vierte Feld überlässt ...). Das Problem aber ist, dass es sich hier um eine individuelle Option handelt, die niemals gesellschaftlich sein kann. Es steht keine für einen Todes-Stoß gegen das Finanzsystem ausreichende Mehrheit zur Verfügung, die sich dafür entscheidet, durch das Land zu marschieren und das alles mitzumachen. Wie auch immer es laufen würde, in dem Moment, in dem die Aktion anfängt aufzufallen (und der Regulator, die Banco de España, würde die Anhäufung von Einschränkungen in den Banken bemerken) würden Maßnahmen ergriffen werden, welche immer zum Nutzen der Banken laufen würden (was in Wirklichkeit die Aufgabe der Banco de España ist: Die Vorteile des Sektors sichern, auch wenn sie es pompöser und technischer ausgedrückt in andere Worte packen).

So bleibt uns der Zweifel, was passieren würde, wenn ENRIC mehrere hunderttausende Personen überzeugen würde, es ihm gleich zu tun (welch kleine Aufgabe!), gleichzeitig an verschiedenen Punkten im Land, und noch besser, den Überraschungsfaktor hinzugerechnet (mit dem wir schon einmal nicht rechnen), ob dass dem Finanzsystem irgendeinen Schaden zufügt, abgesehen von kleinen Banken und Sparkassen, die von solchen Einschränkungen mehr betroffen sind.

Das ökonomische kapitalistische System ist in sich selbst zerbrechlich, doch seit dem der so genannte Prozess der »Finanzisierung« begann, also ein Prozess der Überdimensionalität und Hypertrophie des Finanzsystems, hat sich diese Zerbrechlichkeit noch vergrößert. Das impliziert ein hohes Maß an Instabilität für die Ökonomien, aufgrund des Volumens der Geldströme und der Schnelligkeit, mit der sie sich bewegen, was eine Zeitverzögerung bei der produktiven Wirtschaft auslöst. Die gesamte finanzielle Ingenieurswissenschaft, die finanzielle Produkte und Subprodukte kreiert, befördert diese Blase.

Die prinzipielle Frage, die immer mitschwingt, ist die folgende: Wenn es uns gelingen würde, das Finanzsystem zu ruinieren, und so den Kollaps des Kapitalismus herbei zu führen, hätten wir dann die

Kapazitäten, eine fähige sozioökonomische Alternative zu entwerfen und zu errichten? Die Krise zu verstärken, ohne einen alternativen Plan für die Bevölkerung zu haben, ist keine gute Idee. Wir glauben nicht an das maoistische Credo »je schlechter desto besser«.

• ALB Noticias: **Was würde die libertäre Ökonomie als Lösung vorschlagen, um diese kapitalistischen Krisen zu überwinden?**

ICEA: Die Krisen sind für den Kapitalismus konstituierend. Als Anarchosyndikalist/innen glauben wir, dass die Einstellung eine zweifache sein sollte: Zuerst einmal Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals und Verteidigung der zuvor genannten historischen Errungenschaften (wie etwa des öffentlichen Gesundheitswesens, um nicht allzu weit zu gehen), aber als Zweites, und das ist das Wichtigste, ohne dabei eine antikapitalistische und libertäre Perspektive zu verlieren: Nur eine ausreichend stark organisierte Bewegung wird genug Druck ausüben können, um z.B. zu beanspruchen, dass die bankrotten Unternehmen in die Hände der Arbeiter/innen überführt werden, welche sie in Selbstverwaltung organisieren. Und dass die Unternehmen für ihre Maßnahmen und die Verluste in die Pflicht genommen werden, inklusive ihres privaten Vermögens. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Staat, mit dem Geld der Arbeiter/innen, die den Staat mehrheitlich finanzieren, zur Rettung dieser Unternehmen herbeigeht, während diejenigen, die zu dem Bankrott beigetragen haben, auf ein Vermögen zählen können, welches, gut verteilt, sehr viel sozialen Reichtum generieren könnte. So könnten wir kurzfristig einen Mechanismus implementieren, der die Vermehrung der Arbeitslosigkeit verhindert, was den Arbeiter/innen mehr Kraft zur Durchsetzung weiterer Forderungen bringen würde. Der Kampf und die Mobilisierung sind unsere einzigen Waffen um zu verhindern, dass der Krise eine weitere Verschlechterung von dem, wo wir schon sind, folgt, und um vor allem um eine grundlegende Transformation des Systems einzuleiten, unter dem wir leiden.

Als organisierte Arbeiter/innen müssen wir vor allen anderen Dingen durchsetzen, dass diejenigen die Wirtschaftskrise bezahlen, die sie verursacht haben. Dass vor allem die großen Finanzunternehmen, nationale und internationale, angebracht politisch bezahlen. So glauben wir, dass es Vorschläge gibt, die in drei Gruppen klassifiziert werden können: **Reformistische, Progressive und Progressiv-Revolutionäre.**

Das **reformistische** Mittel würde sich so gestalten, als dass der Staat ins »Schach« gesetzt wird, um so Maßnahmen durchsetzen zu können, die nach den vielen Jahren gegen die Arbeiter/innen nun zu ihrem Vorteil sind. Offensichtlich ist es unsere Meinung, dass mit solch einem staatlichen Ansatz hauptsächlich die Interessen der Unternehmen beibehalten werden. Ein Beispiel für reformistische Ansätze wäre die Ein-



► **Gespürt haben es viele, jetzt ist es amtlich - die Bruttolöhne in Deutschland sind im ersten Halbjahr um 0,4 Prozent gesunken. Dies hat auch Auswirkungen für Rentner: Damit die Ruhestandsgelder nicht ebenfalls schrumpfen, muss im kommenden Jahr erstmals die sogenannte Rentengarantie greifen.**

► **Berlin - Die Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland sind einem Zeitungsbericht zufolge im zweiten Quartal durchschnittlich um 0,8 Prozent gesunken. Auf das erste Halbjahr bezogen ergebe sich damit ein Rückgang der Löhne um 0,4 Prozent, berichtet die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf neue Zahlen des Statistischen Bundesamts.**

► **Das Finanzministerium will im Wahlkampf eine unangenehme Debatte verhindern: Eine Studie über Steuervorteile soll nach SPIEGEL-Informationen bis nach der Bundestagswahl unter Verschluss gehalten werden. Experten fordern darin, Sonntags- und Nachtzuschläge voll zu besteuern.**

► **Bisher sind Zuschläge für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen sowie in den Nachtstunden weitgehend steuerfrei. Davon profitieren vor allem Schichtarbeiter mit nicht so hohen Einkommen.**

Löhne sinken, Profite steigen
Umverteilung 2005 und 2006
(in Milliarden Euro)



führung von Unternehmens- und Reichensteuern, genauso wie die Erhöhung des Mindestlohnes und Zuschüsse zum Arbeitslosengeld.

Der **progressive** Weg würde mit der Einläutung der Anarchosyndikalisierung der Wirtschaft einhergehen, also der Übernahme der Macht durch revolutionäre Gewerkschaften in konkreten Bereichen. Ein Beispiel für progressive Maßnahmen wäre die Auflösung der Zeitarbeitsfirmen, und ihre Ersetzung durch von den klasseneigenen Gewerkschaften kontrollierte Jobbörsen.

Der **progressiv-revolutionäre** Weg schließlich läuft darauf hinaus, die ökonomische und soziale Führungsgewalt in den Händen der Kapitalisten und des Staates zu beseitigen, und sie den Arbeiter/innen und der Gesellschaft zu übergeben. Dieser Typus der Möglichkeiten geht von der Besetzung und Selbstverwaltung von Unternehmen vor ihrer Schließung aus, oder der Inbesitznahme von nicht kultiviertem Land durch die Gewerkschaften der LandarbeiterInnen.

An dieser Stelle muss sich bewusst gemacht werden, dass die einzige Form, mit der Ausbeutung, den sozialen Klassen und den ökonomischen Krisen Schluss zu machen die ist, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen. Alle Maßnahmen müssen konstant sein und dürfen nie das letztendliche Ziel aus dem Blick verlieren, den Kapitalismus durch ein ökonomisches System zu ersetzen, das auf der sozialen und Arbeiterselbstverwaltung basiert. Auf die vorherige Klarstellung bezogen, wollen wir uns trotzdem so verstanden wissen, dass diese drei Typen der Maßnahmen auf ihre Umsetzung drängen, um die aktuelle Krise zu lösen, um zu verhindern, dass sie nicht noch weiter die Arbeiter/innen trifft.

Auf diese Aspekte gehen wir in unserer nächsten Veröffentlichung der *ICEA Broschüren* detaillierter ein, in der wir die Wirtschaftskrise und mögliche Lösungen behandeln.

• **ALB Noticias: Was fehlt, damit die Arbeiter/innen die Wirtschaft selbst verwalten können? Wäre hier und jetzt möglich?**

ICEA: Wir glauben, auf der Ebene der Unternehmen, ja. Niemand kann die Fabriken besser führen als diejenigen, die in ihnen arbeiten, welche diejenigen sind, die den größten Einsatz für die Kontinuität ihres Arbeitsplatzes erbringen. Ohne Zweifel, wenn die Fabriken von den Aktionären (ihren Wirtsleuten) geleitet werden, werden sich die Bemühungen den Bedürfnissen der Aktien unterordnen, was in einem Anstieg der Prekarität und einigen schlechten Bedingungen resultiert (und wie ersichtlich ist, weiterer Instabilität bis zur Errichtung des richtigen Systems...).

Auf einem allgemeinen wirtschaftlichen Niveau muss alles Stück für Stück gehen. Aber gerade die Übernahme der Fabriken in der Krise ist eine große revolutionäre Ausübung, und so hat auch die Revolution von 1936 angefangen. **WALTER L. BERNECKER** hat immer betont, dass dies der prinzipielle Unterschied zwischen der spanischen Selbstverwaltung und den deutschen Räten in der Revolution 1918 ist, und deshalb sollte hier noch viel weiter gegangen werden.

In diesem Zusammenhang ist es

heut noch nicht genauso möglich, weil zuvor eine Untersuchung und Verbreitung der Modelle der ökonomischen Selbstverwaltung vorgenommen werden muss, damit sie anwendbar, bekannt und ausgearbeitet wird. Das ist eins der Ziele, die uns zur Gründung des ICEA bewegen, und in dieser Hinsicht hoffen wir eine signifikante Rolle zu spielen: es gibt viel zu tun, ja, aber dazu sind wir da.

Etwas anderes ist die Frage, auf die schon viele libertäre Autor/innen hingewiesen haben, ob wir alle Unternehmen selbst verwalten wollen. Wir müssen genauso das Produktionsmodell in Frage stellen, sowohl hinsichtlich des Energieverbrauchs, wie auch der Produktivität. Auf diese Weise könnte, vor allem in Metropolen wie Madrid oder Barcelona, die Fülle der Firmen bis hin in den produktiven Sektor verschwinden. Auf der anderen Seite müssen wir darüber nachdenken, ob es nicht besser wäre, der Konzentration der Population in den Metropolen und großen Städten, mit all den Folgen nicht nur für die Umwelt, sondern auch den sozioökonomischen, politischen und denen für die Lebensqualität, aus einem anarchistischen und humanen Blickwinkel nicht sozial einen landwirtschaftlichen Prozess entgegengesetzt sollten.

Aus einer anderen Perspektive, fundamentaler noch vielleicht, würde es die Möglichkeit zur Selbstverwaltung der Ökonomie geben, wenn eine anarchosyndikalistische Organisation massive Beitritte hätte, denn sie würde einen Fortschritt in genau diese revolutionäre Ausübung voraussetzen. Es wäre notwendig, eine starke anarchosyndikalistische Präsenz in den ausschlaggebenden ökonomischen Sektoren zu haben, genauso wie in der Mehrheit des öffentlichen Dienstes, welche heute alle von den offiziellen und paktierenden Gewerkschaften besetzt sind. So lässt sich folgern, da wir nicht in dieser Situation sind, es uns deshalb nicht möglich erscheint, die Selbstverwaltung ohne diese Voraussetzungen zu verwirklichen. Um die Ökonomie selbst zu verwalten ist es unumgänglich, präsent zu sein und die Selbstorganisation der Arbeiter/innen voranzutreiben, bis die Unternehmen durch die gewerkschaftlichen Maßnahmen auf das Maß einer Föderation implodieren, sowohl auf sektoraler wie territorialer Ebene. Das impliziert genauso einen Wechsel in der Mentalität und eine kulturelle Entwicklung zwischen den Arbeiter/innen, in ökonomischen wie auch sozialen Werten. Nur in dieser Aufstellung lässt sich eine soziale Planbarkeit der Ökonomie durchführen, von und für die Arbeiterklasse.

Der Anarchismus und die durch ihn ermöglichte libertäre Ökonomie sind Prozesse, die sich nicht von einem auf den anderen Tag entwickeln, sondern Jahre der Praxis erfordern. Um sich entwickeln zu können, muss sie in den sich heute bildenden Formen enthalten sein, als Keimzelle der zukünftigen Gesellschaft.

Letztendlich glauben wir, dass die »Selbstverwaltung von oben«, vom Staat aus, wie im jugoslawischen oder dem aktuellen venezolanischen Modell in Wirklichkeit Modelle der Selbstausbeutung sind, da sich gezeigt hat dass dort nicht die Probleme gelöst werden konnten, die der Erreichung einer Gesellschaft ohne Klassen und einer ausbeuterischen Wirtschaftsform entgegenstehen.

• <http://www.iceautogestion.org>

• Übersetzung: Marcus (Kiel)

Die unüberbrückbare Kluft

»Lakaien der Konterrevolution.«

Der Standpunkt der Linksradikalen in Hamburg

Am 19. November fand im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung der linksradikalen Partei statt, die von zirka 700 Personen besucht war.

Dann wurde vom Genossen Frölich die schon gestern bekanntgegebenen Leitsätze der Linksradikalen Partei verlesen und in folgenden Ausführungen begründet: (...) Die revolutionäre Bewegung läßt sich nicht aufhalten. Sie geht unaufhaltsam weiter. Für die Kämpfe der Zukunft ist die Einheitsorganisation die beste, die sich nach Betrieben gliedert. Die Einheitsorganisation betont ihren internationalen Charakter. Sie sieht ein, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung sich nur auf internationaler Grundlage durchführen läßt. Die Einheitsorganisation wird die Führung in den Kämpfen der nächsten Zeit übernehmen. (...)

• KAZ, 1. Jg. - Nr. 186 - 6. Dezember 1918

Arbeiter-Union.

Union und Syndikalisten.

(Zu der bevorstehenden Konferenz.)

In der kombinierten Versammlung am 19. November, auf der die Mitglieder der Allgem. Arbeiter-Union, der syndikalistischen Vereinigung, der Vereinigung der Maler und des Deutschen Seemannsbundes beteiligt waren, wurde beschlossen, für den 6. und 7. Dezember eine Konferenz dieser Organisationen einzuberufen. Nicht völlig klar war man sich in jener Versammlung, welche Aufgaben dieser Konferenz zufallen sollen. Während die einen in ihrer Unklarheit oder aus anderen Gründen direkt auf die Vereinigung der A.A.U. mit den Syndikalisten auf der Grundlage des Programms der Syndikalisten hinarbeiteten, traten die kommunistisch orientierten und organisierten Mitglieder der Union mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige Einigung auf.

Der Vertreter des Seemannsbundes (1) war es, der der kombinierten Versammlung empfahl, auf der Konferenz eine Einigung nach der Art, wie die in Düsseldorf (2) herbeigeführte, anzustreben.

Nach Absicht der zu diesem Zweck von der Union früher schon eingesetzten Kommission sollte diese Konferenz nicht die Einigung der verschiedenen Organisationen, sondern nur eine Verständigung herbeiführen. Es handelt sich vor allem um die gemeinsame Abwehr des Terrors der Zentral-Gewerkschaften. Seitdem in den Zentral-Gewerkschaften neben den alten „bürokratischen“ (3) auch noch die unabhängigen Bonzen (4) ihre Praktiken üben, hat der gelbe Terror an Schärfe ganz bedeutend zugenommen. Die letzten Ereignisse auf der Vulkanwerft, wo die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie beider Parteien in holder Eintracht mit dem Unternehmertum ihre Diktatur über das Proletariat ausübt, lassen eine gemeinsame Abwehraktion aller gewerkschaftsfeindlichen Elemente des Proletariats als dringend notwendig erscheinen. Für eine solche Aktion möge die bevorstehende Konferenz eine Grundlage schaffen.

Aber gerade die Erfahrungen der sogenannten „Freien“ Arbeiter-Union in Düsseldorf haben gezeigt, daß eine Arbeiter-Union

Die Syndikalisten erklären sich mit den Ausführungen von Frölich vollkommen einverstanden. Sie stehen auf demselben Boden und verfolgen die angegebene Taktik schon seit Jahrzehnten. Sie wollen jetzt mit den Linksradikalen gemeinsam die Reaktion bekämpfen. (...)

Genosse Plättner überbringt die Grüße von den Kommunisten aus Dresden. Dort haben sich revolutionären Elemente von der Arbeit im Arbeiter- und Soldatenrat zurückgezogen, da sie einsahen, mit dieser Kompromiß-Regierung nicht weiter arbeiten zu können. Sie wollen jetzt von außen her durch die Arbeitermassen den Bolschewismus fördern.

• Rote Fahne (Hamburg) Nr. 15 – 23. November 1918
Linksradikale Partei – Vorläuferin des KPD (S)

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Montag morgen 9 Uhr

Allgemeine

Arbeitsniederlegung

Denkt an Kiel, es gilt auch
unsere Befreiung!

gemeinsam mit den Syndikalisten ebenso vorwärtskommt, wie ein Wagen, der von einem Pferde vorwärts, von dem anderen rückwärts gezogen wird. Trotz all ihrer revolutionären Phrasen sind die Syndikalisten nichts anderes als beschränkte, tief in ihrer antiparlamentarischen Routine steckende Gewerkschaftler. So sehr man diese Ursache der Entstehung der Lokalgewerkschaften verstehen und würdigen kann, solch Unglück wäre es für die revolutionäre A.A.U., wenn diese „verärgerten Gewerkschaftler“ sich der Union anschließen, indem sie dort ihre veralteten Schlagworte als Kampfparole durchsetzen würden.

Wir verkennen nicht das, was uns mit den Syndikalisten eint – die schärfste Feindschaft gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die entschiedenste Gegnerschaft gegen die Werkzeuge und Pfeiler dieser Ordnung – die „freien“ Gewerkschaften.

Damit ist aber auch das Einigende und Gemeinsame, was wir mit den Syndikalisten haben, erledigt. Während wir unserem Ziele (Kommunismus) auf ganz bestimmten Wegen – organisierter Kampf um die Macht im Staate, Eroberung und Zertrümmerung des Staates, Errichtung der proletarischen Diktatur – entgegengehen, gehen die Syndikalisten einem anderen Ziele (die Solidarität freier Organisationen und Individuen) auf ganz anderen Wegen (Organisationslosigkeit, spontane Erhebung im Generalstreik, bei dem die Kapitalistenklasse automatisch abdankt und die Arbeiterklasse ebenso automatisch von der Industrie Besitz ergreift).

Aus dieser Verschiedenheit der Auffassungen ergibt es sich, daß wir mit den Syndikalisten von Fall zu Fall ein „vereintes Schlagen“ herbeiführen könnten, daß aber dennoch oder gerade deshalb getrenntes Marschieren unbedingt geboten ist.

Einleitung

Die ideologischen und theoretischen Auseinandersetzungen zwischen der anarchosyndikalistischen FAUD (S) und der rätekommunistischen AAUD zu Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts begannen gleich nach der verlorenen deutschen Revolution 1918/18. Wir dokumentieren hier einige der wichtigsten Artikel aus dieser Zeit sowie von uns recherierter Dokumente der Politischen Polizei. Daß die Auseinandersetzungen zu weiteren Spaltungen oder Abspaltungen bei beiden Organisationen führte - wie sicherlich auch zum Niedergang beider (wobei die AAU sehr viel früher zerfiel) revolutionärer Organisationen -, zeigt wie unüberbrückbar die Kluft zwischen diesen revolutionären Massenorganisationen zu Anfang der Weimarer Republik war. Karl Roche trat von der FVdG in Hamburg zur AAU über und wurde ihrem parteifeindlichen Wortführer gegen Laufenberg und Wolffheim, gegen die KAPD und ihre Parteiführer.

• KAZ, 1. Jg. - Nr. 189 – 10. Dezember 1919 (S. 2)

Konferenz der Syndikalisten.

Wenn über das Verhältnis der Arbeiterunion zu den Syndikalisten hier und da überhaupt noch irgendwelche Unklarheiten bestanden haben könnten, so muß die Konferenz, die am 7. Dezember zwischen Syndikalisten, Seemannsbund und Arbeiterunion in Hamburg stattgefunden hat, auch die letzten davon beseitigt haben. Schon gleich zu Beginn prallten gleich die syndikalistischen Ideen und die Auffassungen der Union-Delegierten vom revolutionären Kampf des Proletariats unversöhnlich aufeinander. Als die Vertreter der Arbeiterunion erklärten, daß sie mit gebundenem Mandat geschickt seien, um eventuell über eine gemeinsame Abwehr des gelben Terrors zu beraten, daß sie aber keineswegs das Recht hätten, über eine Verschmelzung zu verhandeln, stellte die Konferenz, die von ungefähr 50 Syndikalisten, 8 Seemannsbündern und 4 Unionisten besucht war, fest, daß als Grundlage der Tagung allein die Verschmelzung, die nur auf dem Boden des syndikalistischen Programms in Frage käme, angesehen werden könne. Die Delegierten der Union von Bremen und Hamburg erklärten nochmals, daß für sie, die auf dem Boden der dritten Internationale, auf dem Boden der proletarischen Diktatur ständen, ein programmatisches Zusammengehen mit den Syndikalisten eine Unmöglichkeit sei. In dieser Situation blieb den Vertretern der Arbeiterunion (Bremen, Hamburg, Braunschweig) nichts anderes übrig, als die Konferenz offiziell zu verlassen.

Die Syndikalisten standen der proletarischen Demokratie in der Organisation, die allein die Massen der Mitglieder über jeden Schritt entscheiden und die jeweiligen Wortführer nichts

als Beauftragte sein läßt, vollkommen verständnislos gegenüber und haben damit den revolutionären Arbeitern deutlich gezeigt, was sie von diesen Auffassungen für ihren revolutionären Kampf zu halten haben. Als die Syndikalisten mit den Seemannsbündern unter sich waren, feierte Rocker-Berlin in einem längeren Streifzug durch die Menschheitsgeschichte den Föderalismus in unbedingtem Gegensatz zu jeglicher zentralen Zusammenfassung als den einzigen Weg, der zum Kommunismus führe. Für diese Leute existiert jener Kampf nicht, den das Proletariat mit den herrschenden Klassen als Voraussetzung seiner Befreiung um die Macht führen muß. In diesem Kampf kann sich die Arbeiterklasse nur in fortgesetztem zähen Ringen durchsetzen, kann das Proletariat nur siegen, wenn es in einem großen Rahmen zusammenfaßt von unten herauf das Gebäude seiner Herrschaft errichtet. Mögen die Syndikalisten sich abseits von diesen Notwendigkeiten stellen oder nicht, die Arbeiterklasse wird diese Disziplin der proletarischen Revolution schaffen müssen, mit ihnen oder gegen sie.

Die Vertreter des Seemannsbundes stellten sich alle auf den Boden der Syndikalisten, sie wollen ihren Gruppen die Frage der organisatorischen Verschmelzung zunächst zur Entscheidung vorlegen, ehe man auch im Norden an die Schaffung einer „Freien Arbeiter-Union“ wie im Rheinland geht.

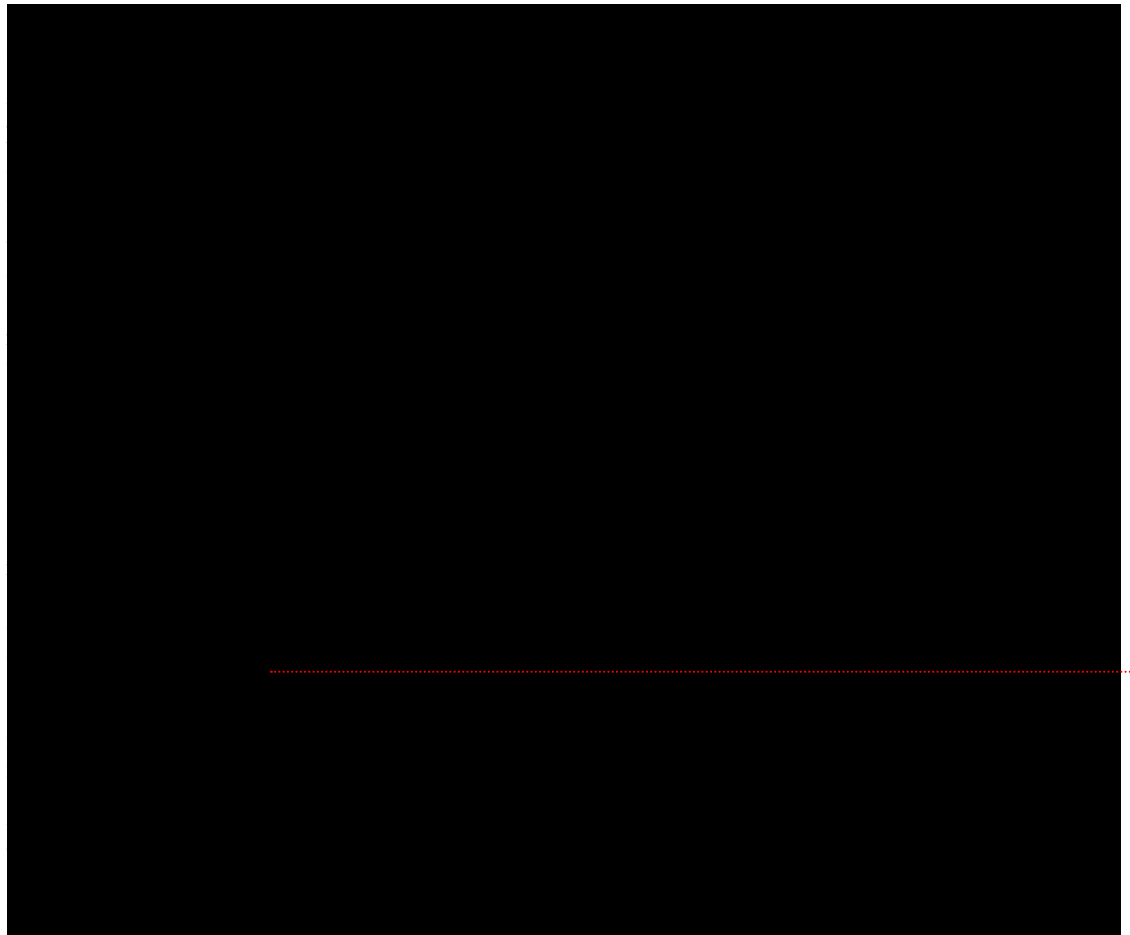
Die Konferenz am Sonntag hat Klarheit gebracht. Klarheit darüber, wie weit die Syndikalisten den Proletariern in der Arbeiterunion Weggenossen sein können im Kampf gegen die gewerkschaftliche und sozialbürokratische Konterrevolution, im Kampf um die Beseitigung der Lohnsklaverei.

Rudolf Rocker

Wir und die Marxisten



Rudolf Rocker (1873-1952) - Gegenspieler von Karl Roche in der Auseinandersetzung um den Kurs der FAUD/S



**Die Urheberrechte an diesem Text beansprucht
Herr Heiner Becker, Nordwalde.
Aus diesem Grunde schwärzen wir diesen Text
aus
• Der Syndikalist, Nr. 10/1919 [8. März 1919].**

»Ich hatt e doch wahrhaftig das übelste Geschäft während der ganzen Revolution. (...) Daß die Regierungstruppen Ausschreitungen begehen würden, daran habe ich nicht einen Augenblick gezweifelt. Wenn man nach viereinhalbjähriger Kriegsdauer Zehntausende in Straßenkämpfen einsetzen muß, dann sind natürlich eine ganze Anzahl Elemente darunter, die man unter anderen Umständen weit von sich weisen würde. Aber wir müssen auch den Mut haben, festzustellen, daß eine große Anzahl übler Elemente sich planmäßig in die Regierungstruppen eingeschlichen hat. Ich kann Ihnen aktenmäßig nachweisen, daß Leute, die an einem Tage das Polizeipräsidium beschießen halfen, am nächsten Tage als Freiwillige zu Reinhardts Regiment gingen. Mein name ist unter Ausweisen planmäßig gefälscht und dann ist damit Schindluder getrieben worden. Immer wieder wird der Versuch gemacht, unsere Abzeichen fälschlich zu tragen und dann allerlei Gemeinheiten zu begehen.

Gustav Noske
- der selbsternannte
»Bluthund« auf der
SPD-Parteikonferenz
in Weimar am 23. März 1919

Syndikalistisches in Die **Rote Fahne**. Zentralorgan des Spartacusbundes. Berlin

Anzeigen

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands (Syndikalisten.)
Büro: Alte Schönhauser Str. 24.
Achtung! Metallarbeiter!
Dienstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr
Oeffentl. Metallarbeiter- u. arbeiterinnen-Versammlung in den Sophiensälen, Sophienstraße 18.
Tagesordnung:
1. Die Stellung der Gewerkschaften in der Revolution.
2. Freie Aussprache.
Referent: Alfred Groth.

Jg. 1918, Nr. 21, 6. 12. 1918
Jg. 1918, Nr. 22, 7. 12. 1918

Anzeige

Gewerkschaftskartell für Groß-Berlin (Syndikalisten).
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 9½ Uhr, im Garde-Kasino, Sophienstraße 34:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
»Die Revolution und die Nationalversammlung«.
Referent: Justizrat Victor Fraenkl.
Freie Aussprache.
Der Kartell-Ausschuß.

Jg. 1918, Nr. 23, 8. 12. 1918
Jg. 1918, Nr. 25, 10. 12. 1918

Anzeige

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands (Syndikalisten).
Büro: Alte Schönhauser Str. 24.
Mittwoch u. Sonnabend 6-8 Uhr geöffnet.
Achtung! Metallarbeiter!
Dienstag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr
Oeffentl. Metallarbeiter- u. Arbeiterinnen-Versammlung im »Patzenhofer«, Chausseestr. 64 (Ecke Liesenstr.)

Jg. 1918, Nr. 29, 14. 12. 1918



• KAZ. 2. Jg. - Nr. 72 – 21. August 1920

Arbeiter-Union

Eine große Union!

Die revolutionäre Arbeiterbewegung schält sich aus der konterrevolutionären heraus. Die Umformung der Organisationen vollzieht sich zwangsläufig mit der Revolution. Die Geister scheiden sich. Die revolutionären Gruppen suchen und finden Verbindung und solidarisches Handeln. (...)

Die Syndikalisten!

Wir stehen mit ihnen zusammen in der Auffassung, daß der Parlamentarismus zu verwerfen ist, daß die wirtschaftlichen Kämpfe von den politischen nicht zu trennen sind, daß die Einigung der Arbeiterklasse im Rahmen revolutionär-ökonomischer Organisationen Tatsache werden kann, daß nicht eine Partei, sondern die Klasse die Macht ergreifen muß.

Ein Teil der Syndikalisten – und es sind nicht gar so viele – sind verbissene Talmudisten: Sie haben sich verrant in dem Wunderglauben, das Proletariat könne die wirtschaftliche Macht erobern und brauche sich dabei um die politischen Machtmittel nicht zu kümmern. Das ist kindlich. Und Kindereien soll man in revolutionären Zeiten in die Weihnachtsschachtel möglichst tief verstecken. Ich habe die Eroberung der wirtschaftlichen Macht immer so aufgefaßt, daß sie nicht in den Parlamenten zu erreden ist, sondern daß sie erkämpft werden muß. Erkämpft gegen wen? Sie muß erkämpft werden gegen die politischen Machtmittel, welche die besitzenden Klassen in ihrer Gesamtorganisation: im Staat, sich zentralisiert haben. Diese politischen Machtmittel, also den Staat muß sich das Proletariat erobern, um sie (die Staatsmittel) gegen die Diktatur der Ausbeuter anwenden zu können. Das ist proletarische Diktatur und nicht Parteidiktatur, das ist Klassen- und nicht Parteipolitik. Wollen die Syndikalisten revolutionär-ökonomisch kämpfen, wollen sie den Generalstreik, den sozialen Generalstreik - und wollen sie die gewaltsame Auseinandersetzung mit der politischen Macht aus dem



Wege gehen? ... ja, was ist denn das? Das ist doch kindisch oder entspringt der persönlichen Feigheit gewisser Leute, die zu jedem Frühstück wenigstens drei Bonzen verzehren, oder es ist Pathologie für die Wasserheilanstalt.

Den Arbeiter sagen: Schafft nicht weiter Mordwaffen, Zuchthäuser und wartet bis ... Wie lange werden die Proleten da warten müssen? Bis sie erschossen sind oder sich totgearbeitet haben.

Wie gesagt: die politischen Abstinenzler sind nur wenige innerhalb der syndikalistischen Organisationen.

Mit der großen Mehrheit der Mitglieder ist eine Einigung möglich. Eine große Arbeiterunion ist möglich, sofern wir sie ehrlich wollen.

• Karl Roche



Archiv

Karl Roche

Das Archiv Karl Roche versteht sich als Regionales Archiv zur Dokumentation des Anarchosyndikalismus in Hamburg, das die Geschichte dieser Bewegung in Hamburg - Altona und Umgebung, ehemals Groß-Hamburg, dokumentieren möchte.

Ziel der Forschung ist die Aufarbeitung des geschichtlichen Anteils derjenigen Genossinnen und Genossen, die für den freiheitlichen Sozialismus und Anarchismus gekämpft haben. Der Verdrängung dieses Teil der radikalen Arbeiterbewegung soll entgegen gewirkt werden.

Namensgeber ist der 1862 in Königsberg geborene Genosse Karl Roche - eine führende Persönlichkeit beim Aufbau der FAUD/S, er verstarb am 1. Januar 1931 im Alter von 69 Jahren in Hamburg.

Diese bisher nicht erzählte Geschichte bzw. die bewußt von sozial-demokratischer und parteikommunistisch-bolschewistischer Seite totgeschwiegene Seite der revolutionären Ereignisse in Hamburg soll aus dem Dunkel der Geschichte der interessierten Öffentlichkeit näher gebracht werden.

Um die Erinnerung an den ungewöhnlichen Aktivist Karl Roche aufrecht zu erhalten, publizieren wir eigene Untersuchungen und dokumentieren seine wichtigsten Texte.

Denn, obwohl Karl Roche in den Nachkriegsjahren und 1919 v.a. auf der Vulcan-Werft ein begnadeter Aufrührer und Revolutionär war, schrieb er bereits im April 1914:

„Ich kann mit der Feder ruhiger reden als mit der Zunge ...“

Dem tragen wir mit der Publizierung seiner politischen Texte aus der Revolutionszeit Rechnung.

Möge die Erde Dir leicht sein, Genosse!

AKR - RADAS Hamburg

Berichte der Politischen Polizei

• (Politische Polizei) Bericht R.K. Nr. 40 vom 24. Juli 1921:

Reichskonferenz der AAU

vom 8. und 9. Mai 1921 in Eisenach.

Vertreten waren 30 Bezirksvertreter, 16 Bezirke mit 176.000 Mitgliedern.

»Nach den neuesten Nachrichten scheint es festzustehen, dass sowohl Sinowjew wie Radek den Versammlungen in Eisenach beiwohnten.

Für die rote Gewerkschaftsinternationale stimmten Westdeutschland – Brandenburg – Niederlausitz – Niedersachsen – Thüringen – Berlin – Mitteldeutschland (7 Delegierte mit ca. 45.000 Mitgliedern). Dagegen stimmten: Nordwestdeutschland – Westsachsen – Ostachsen – Württemberg – Rheinhessen (5 Delegierte mit ca. 23.000 Mitgliedern.)

(...)

3.) A.A.U. Hamburg.

Der Kampf in der A.A.U. Hamburg nähert sich seinem Ende. Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteilosen und der Kommunistischen Arbeiterpartei stehen vor dem Abschluß, da die letztere den Trennungsstrich in allernächster Zeit, vielleicht schon in der nächsten Woche, ziehen wird. Sie wird eine besondere Ortsgruppe (Altona) bilden und ihre gleichgesinnten Hamburger Genossen zum Anschluss auffordern. Die Zersetzung unter den Hamburger Unionisten schreitet rasch vorwärts, die Betriebsorganisationen verlieren dauernd Mitglieder. Der Hafen ist fast völlig verloren. Die ausgeschiedenen Mitglieder gehen nicht in die Gewerkschaften zurück, sondern wollen eine gewerkschaftliche Neubildung, in welcher Hinsicht die K.A.P.D. ihnen entgegen kommen wird. Der Unionist ist zuletzt in einer Auflage von 5.500 Exemplaren erschienen. Die Organisationen, die zu der K.A.P.D. stehen, werden den in Berlin erscheinenden „Kampfbru“ abonnieren, sobald sie aber stark genug sind, eine eigene Zeitung gründen.

Auf der Mitte Juni stattfindenden Reichskonferenz wird die Altonaer Ortsgruppe bereits gesondert vertreten sein.

Blohm & Voss.

Der A.A.U. gehörten früher 500 Mitglieder, jetzt nur noch 200 an, die übrigen sind infolge des Ausschlusses der Parteien ausgeschieden und werden sich der Betriebsorganisation der K.A.P.D. anschließen.

Vulkan-Werft.

Hier sind ca. 100 Mitglieder aus der A.A.U. ausgeschieden. Die Belegschaft ist zum Teil sehr unzufrieden mit der Arbeit der Obleute. Die Beiträge erscheinen zu hoch. Der Obmann Neunast gehört zur K.A.P.D.

Hamburger Werft.

Im Dezember 20 waren hier 900 Unionisten, jetzt nur noch 400. Die Ausgetretenen sind nicht organisiert. Die Betriebsorganisation will keine regelmässigen Unterstützungen mehr zahlen. Die K.A.P. hat von Altona aus mit etwa 10 Mann Fuss gefasst und gewinnt rasch an Einfluss.

Reiherstieg.

80 [?] K.A.P.-Mitglieder sind ausgeschlossen worden und arbeiten gegen die Hamburger Union. Die B.O. will überhaupt keine Unterstützung mehr zahlen. Hier haben die Parteilosen unter Dovidat das stärkste Bollwerk.

Stülken's Werft.

Die B.O. ist im Zerfall, sie hat seit Februar 21 nicht mehr abgerechnet.

Jansen & Schmilinsky.

Auf der alten Werft arbeiten noch 5, auf der neuen Werft 120 Unionisten unter Obmann Waldeck. Zu den Betriebsversammlungen erscheinen durchschnittlich 10 Mann.

Elbe-Werft.

Die Unionisten gehören zur Ortsgruppe Wilhelmsburg und stehen fast ausschließlich hinter der K.A.P.D., etwa 50 Personen.

Schauerleute.

Die Zahl der Unionsmitglieder war ehemals 500, jetzt aber nur noch 150, von denen etwa 80 die Zeitung lesen. Die Austritte der meisten Parteilosen geschah wegen der Misswirtschaft in der Union. Die Obleute erwiesen sich für organisatorische Arbeit völlig unfähig.

Ewerführer.

Hier ist die Zahl der Mitglieder von 400 auf 100 herabgesunken. Obmann ist Hüttich, ein Anhänger Wolffheim's.

Kaihilfsarbeiter.

Schiffs- und Kesselreiniger.

Beide Organisationen sind vollständig aufgelöst.

Die Bezirksorganisationen stehen bis auf Altstadt-Neustadt, Eimsbüttel und Winterhude hinter der K.A.P.D.

4.) A.A.U. und K.A.P.D.

Die Streitigkeiten in der A.A.U. zwischen den Parteilosen und den Anhängern der K.A.P.D. setzen sich weiter fort. Das Organ der Hamburger Unionisten, „Der Unionist“, geht in seiner Auflage ständig zurück, während im April die Auflage noch 8.000 Stück betrug, war sie Anfang Mai auf 5.500 gesunken. An auswärtigen Ortsgruppen gingen verloren: Halle, Merseburg, Hannover, Leuna-Werk, Bremen. Lauenburg bezieht nur noch 50 Zeitungen gegen früher 350. Da auch in Westdeutschland der Einfluss der Parteilosen gebrochen scheint und die Bezirksleitung der K.A.P.D. in Rheinland-Westfalen die Zeitung „Klassenkampf“ wieder übernommen hat, scheint die K.A.P.D. überall an Boden zu gewinnen. Man nimmt an, dass die nächste Reichskonferenz der K.A.P.D. den vollen Sieg bringen wird.« [4,65–622 StAB]

• Auszug aus R.K.-Bericht Nr. 50 – 6. September 1921:

- »Kommunistische Presse. Allgemeine-Arbeiter-Union.
- „Der Kampf“, Berlin
- „Der Unionist“, Hamburg

- „Die Revolution“, Dresden-Heidenau
- „Klassenkampf“, Düsseldorf-Essen
- „Arbeiterunion“, Stuttgart
- „Der Weltkampf“, Oberplanitz«

A.A.U. (Einheitsorganisation)

»Am 13.11.1921 fand in Leipzig eine Tagung des Zentralkomitees der A.A.U. (E.O.) statt. Es waren 16 Wirtschaftsbezirke mit ca. 20.000 Mitgliedern vertreten. Justizrat Broh referierte zur internationalen Politik und übte scharfe Kritik an der Sowjet-Politik. Ueber taktische Fragen der Einheitsorganisation sprach Otto Rühle. Er forderte wieder Passivität bei Lohnkämpfen. Ernst Rieger suchte in seinem Referat „A.A.U. und Sozialismus“ die Annäherungspunkte mit den Syndikalisten hervorzukehren. Beschlüsse fasste das Zentralkomitee nicht, über die verschiedenen Fragen werden die Bezirke entscheiden.«

• Bericht des ReKo Nr. 57 vom 29.11.1921

2. Überblick über die deutsche Arbeiterunionsbewegung

»Die deutsche Arbeiter-Unionsbewegung hat in der letzten Zeit einige wichtige Umstellungen ihrer Organisationsgruppen erfahren. Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

1.) Am 4.9.21 hat sich in Halle die **Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Betriebsräte-Organisation)** aus der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen, dem Verband der Hand- und Kopfarbeiter, Berlin, und dem freien Landarbeiter-Verband gebildet. Die neue Union umfaßt jetzt 180.000 Mitglieder und hat in den Bezirken Gross-Berlin, Mitteldeutschland, Oberschlesien und Rheinland-Westfalen die meisten Anhänger. Ihr Organ „Die Union“ erscheint in einer Auflage von 200.000 Exemplaren.

Die A.A.U. hat sich nach längeren inneren Auseinandersetzungen gespalten und zwar haben sich die Bezirke Ost- und Westsachsen, Wasserkante, sowie die Gruppen Berlin, Westdeutschlands und Braunschweig Anfang September auf der Reichskonferenz in Dresden als

2.) **Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)** mit dem Sitz der Informationsstelle in Dresden zusammengeschlossen. Die neue Unionsrichtung hat im Reiche ca. 41.000 Mitglieder. Ihre Organe sind: 1.) „Betriebsorganisation“ Berlin, 2.) „Der Unionist“ Hamburg, 3.) „Der Weltkampf“ Zwickau, 4.) „Die Revolution“ Dresden, 5.) „Aktion“ Dresden. Die Führer Rühle und Pfempfert beabsichtigen, demnächst in Berlin durch öffentliche Veranstaltungen hervorzutreten. Die Genossen Zimmer und Hla u, Rieger und Rühle sind als Referenten vorgesehen. Die von Pfempfert herausgegebene „Aktion“ soll das wissenschaftliche Organ der neuen Union werden. Der Vertrieb geschieht durch die Reichsleitung, die unter der Bezeichnung „Informationsstelle“ (siehe oben), ihren Sitz in Dresden hat. Die Arbeitskommission wird aus den Dresdner Genossen Noack, Sassenheim und Schulz gebildet. Am 17.9.21 fand bereits eine Reichskonferenz der A.A.U. (E.O.) in Dresden statt, auf der durch 23 Delegierte nach neueren Darstellungen bereits 46.845 Mitglieder vertreten waren. Zur Annahme gelangten die Richtlinien Ost-Sachsens, als grundlegende Richtlinien der Einheitsorganisation. Als besonders interessant werden hieraus folgende Punkte zur Kenntnis gebracht:

„Die A.A.U. (E.O.) lehnt das Berufs-Führertum grundsätzlich ab, alle Funktionäre der A.A.U. (E.O.) arbeiten ehrenamtlich.“ „Die A.A.U. (E.O.) verwirft Lohnkämpfe jeglicher Art aus der Erkenntnis heraus, dass durch den ewigen Kreislauf, nämlich Lohnerhöhung und Preissteigerungen dem Proletariat nicht geholfen ist. In Frage kommen nur Massenstreiks revolutionären Charakters. Solidarität bei Teilstreiks ist jedoch zu üben.“



Anmerkungen:
[1] D.I.V. = **Deutscher Industrie-Verband** - linkskommunistische Gewerkschaft in der Weimarer Republik

»Die **Industrie-Verband Einheitsorganisation** ist eine wirtschaftspolitische Einheitsorganisation. Er hat die klarste Organisationsform, die ihren Ausdruck in dem auf dem Reichskongreß 1929 beschlossenen Programm findet. (...) der IVE. ist eine Klassenorganisation, die die Scheidung der Arbeiter in Dutzende Berufsverbände, aber auch in wirtschaftliche Organisationen einerseits und politische Organisationen andererseits verwirft. „Politik und Wirtschaft sind eins, denn alle politischen Ereignisse haben ihre Ursache in den ökonomischen Vorgängen.“ Dieser unwiderlegbare Satz aus dem Programm des IVE. findet in der organisationsform seinen Ausdruck.«
Industrie-Verband - Zentralorgan des Industrie-verbandes (Einheitsorganisation aller klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen), Nr. 7, 5. Jg, 12. februar 1930

Neben dem IVE. bestand auch ein **Deutscher Industrie-Verband (DIV)**, der allerdings die Trennung von wirtschaftlicher Organisation und politischer Partei (ohne Parteibindung).

Der **Bund revolutionärer Industrie-verbände** stand der KPD nahe

Das Hamburger Ortstatut.

Die Obleuteversammlung am 29. März übergibt den Betriebsorganisationen nachfolgenden **Entwurf** zur Diskussion:

Werte erzeugende Arbeit ist die Grundlage der Gesellschaft. Die Räte der Arbeitenden müssen die Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht sein. Die A.A.U. kämpft um die Erhaltung der Räteherrschaft, die herauswachsen muß aus den Betriebsorganisationen. Die revolutionäre Betriebsorganisation umfaßt alle Arbeitenden, welche die Räteherrschaft erkämpfen wollen.

Jede Betriebsorganisation bleibt selbständig. Kleine Betriebe schließen sich zu selbständigen Bezirksorganisationen zusammen. In der selbständigen Organisation hat jedes Mitglied gemäß den Organisationsbeschlüssen selbständig zu handeln. Die Betriebsorganisationen vereinigen sich mit den Bezirksorganisationen zu der A.A.U. des Wirtschaftsgebietes Groß-Hamburg. In der A.A.U. sind alle Ämter Ehrenämter und werden ohne Bezahlung verwaltet. Das Eintrittsgeld in die A.A.U. ist 1 Mark.

Die A.A.U. ist auf gegenseitiger Kampfesolidarität aufgebaut. Kampfgeelder werden im Umlageverfahren durch Vertreiben von Kampfmarken aufgebracht. Wer den Beschlüssen der Betriebs- oder Bezirksorganisation (Kampfmarken betreffend) nicht nachkommt, hat kein Anrecht auf Solidaritätsbezeugung.

Zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben für Verwaltung, Organisation usw. werden wöchentlich pro Mitglied 50 Pf. erhoben. Die Obleute der Betriebs- und Bezirksorganisationen bilden den Aktionsausschuß.

Der Aktionsausschuß wählt den geschäftsführenden Ausschuß (Neunerkommission).

Die höchste Instanz der A.A.U. Ortsgruppe Groß-Hamburg ist die allgemeine Mitgliederversammlung.

• **KAZ**, Nr. 52 vom 3. April 1920

„Das Endziel der A.A.U. (E.O.) ist die herrschaftslose Gesellschaft ohne Führertum.“

Abgelehnt wurden auf der Konferenz die Berliner und Stuttgarter Programme.

3.) Die **A.A.U. (Betriebsräte-Organisation)**, die auf dem Boden der K.A.P.D. steht, hielt am 19.9.21 in Berlin eine Konferenz des Reichswirtschaftsrates ab, auf dem folgende Einzelstärken der A.A.U. (B.O.) nach Absplittierung der Einheitsorganisation festgestellt wurden:

1.) Berlin	16.400 Mitglieder
2.) Ostpreussen	1.400 „
3.) Brandenburg	6.000 „
4.) Westdeutschland	31.000 „
5.) Mitteldeutschland	4.800 „
6.) Bezirk Pommern	2.000 „
7.) „ Nord	1.800 „
8.) „ Ostsachsen	360 „
9.) „ Westsachsen	1.300 „
10.) „ Mittelsachsen	4.160 „
11.) Schlesien	13.000 „
12.) Süd-Deutschland	1.310 „
13.) Bez. Besetzte Zone	26.000 „
[zusammen:]	109.560 Mitglieder]

Der Reichswirtschaftsrat der A.A.U. hat den Reichsarbeitsausschuß beauftragt, für Ende Oktober eine Reichskonferenz nach Eisenach einzuberufen. Hier soll zunächst die Berichterstattung der A.A.U.-Delegation vom Moskauer Kongress erfolgen. Die Ablehnung der Thesen der Roten Gewerkschaftsinternationale steht fest. Ebenso dürfte die Kartellbildung mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter erledigt sein. Von Bedeutung wird die Stellungnahme der A.A.U. (B.O.) zu der neuen A.A.U. (E.O.) sein. Die Möglichkeit der Anbahnung einer Verständigung erscheint nicht ausgeschlossen, da die A.A.U. (B.O.) eine wesentliche Programmänderung vornimmt in der Erkenntnis, dass die Entwicklung der Unionsbewegung (A.A.U.) durch die Spaltung gehemmt ist.

Der A.A.U. (B.O.) verbleiben nach der Spaltung von ihren 5 Zeitungen nur noch der Berliner „Kampftruf“ in einer Auflage von 186.000 Exemplaren und der Düsseldorfer „Kampftruf“ in einer Auflage von 43.000 Exemplaren. Der Reichsarbeitsausschuß beabsichtigt jedoch für die Bezirke Nord- und Mitteldeutschland neue Zeitungen zu schaffen.

Von einer Sitzung der 22. Kommission, Bezirk Gross-Berlin, am 23.9.21, auf der B ö r n e r über die Leipziger Tagung des Reichswirtschaftsrates am 18.9.21 berichtete, ist von allgemeinem Interesse nur der vom Genossen G e l h a r vertretene Standpunkt zur Bildung der Internationale der Union. Er ist der Ansicht, dass ein internationaler Zusammenschluss nur mit gleichwertigen Unionen erfolgen könne. Eine Internationale mit amerikanischen und englischen Unionen, sowie mit den amerikanischen Syndikalisten sei höchst unzumutbar. Durch die Tätigkeit der vorläufigen Informationsstelle der kommunistischen Arbeiter-Internationale Berlin, Wienerstr. 20, erwarte man die Propagierung des Gedankens der A.A.U. und betrachte sie gleichzeitig als eine Grundlage zu einer Internationale der Unionen.

4.) Die **Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)** hat im Reiche ca. 200.000 Mann Anhänger. Seit sie sich vollkommen ins pazifistische Fahrwasser begeben hat, kommt sie als ernsthafter Träger der revolutionären Bewegung kaum mehr in Frage. In Düsseldorf findet vom 9.-15. Oktober ein Reichskongress der syndikalistischen F.A.U. statt, an dem 500 Delegierte teilnehmen sollen.

5.) Die **Sozialistische Industrie-Arbeiter-Union Deutschlands** ist hervorgegangen aus der K.A.P.D. und hat anarchistische Tendenzen. Sie ist bisher wenig in Erscheinung getreten. Ihre Zentrale befindet sich in Braunschweig, von wo alle Informationen, Richtlinien, Beschlüsse, Material pp. Ausgehen. Das Presseorgan für diese Organisation ist die alle 2 Wochen in Braunschweig erscheinende, von Karl Dannenberg – Braunschweig verantwortliche gezeichnete „Fackel“. Neuerdings sind in einigen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets Ortsgruppen der sozialistischen-Industrie-Arbeiter-Union Deutschlands gegründet worden.

Die Entwicklung der A.A.U. ist zwar durch die Neu- bzw. Umbildung der vier Gruppen zu einem Ziel, aber noch lange nicht zum Abschluss gekommen. Die bevorstehenden Konferenzen dürften die weitere Bewegung dauernd im Fluss erhalten, ein Umstand, der besonders für die Gewerkschaften, zu denen die Unionen bekanntlich in schärfster Opposition stehen, von gesteigertem Interesse ist.

[Quelle der Berichte der Politischen Polizei: StA, Bremen]

• **Der Syndikalist**, Nr. 15/1921 [16. April 1921]

Syndikalisten und Allgemeine Arbeiter-Union (B.-O.)

I.

Wir Syndikalisten haben uns auf dem 12. Kongreß eine Art Programm gegeben, welches die Aufgaben, welche wir uns gestellt haben und das Ziel, welches uns vorschwebt, fest umschreibt. Diese Prinzipienklärung und ihre Begründung gilt für unsere Organisation so lange, bis eine neue Erkenntnis uns neue Wege weist und ein Kongreß dieselben grundsätzlich festlegt. Solange das nicht geschieht, kann bei dem klaren Wortlaut nicht daran gedeutet werden, und vor allem kann es irgendein Kompromiß, welches unsere Grundsätze berührt, nicht geben. Und aus unseren Grundsätzen leitet sich die Taktik und die Praxis ab, welche unsere Organisationen zu befolgen haben. Wir stehen in Gegnerschaft zu jeder politischen Partei, welchen Namen sie auch tragen mag, weil bisher jede politische Partei die Eroberung der Staatsmacht auf ihre Fahnen geschrieben und ihre Taktik auf Eroberung der politischen Macht eingestellt hat. Lehnen wir die Beteiligung am Parlamentarismus grundsätzlich ab, so stehen wir auch der sogenannten Diktatur des Proletariats, wie sie von allen, auch den links gerichteten, wie die VKPD und KAPD, interpretiert

wird, ablehnend gegenüber. Wir wissen, dass diese Diktatur immer nur die einer Partei und einer Führerschaft sein kann. Ist das Proletariat in seiner überwiegenden Mehrheit, nach Umstellung der bürgerlich-kapitalistischen Denkweise zur sozialistischen, so weit, eine solche Diktatur zu üben, erübrigt sich dieselbe von selbst, weil dann die ökonomische und geistige Macht des revolutionären Proletariats so groß sein wird, dass sie durch das gute Beispiel und die Wucht der geschaffenen Tatsachen alle abstruierenden Teile des Volkes in ihren Bann zieht und zur Unterordnung bringen wird. Dazu braucht man dann Schießprügel und Maschinengewehre nicht mehr. Jede revolutionäre Erhebung eines Volkes wird geschaffene Erfolge nur dann befestigen und halten können, wenn sie in der Ideologie der breiten Masse fest verankert sind. Und weil das so ist, wird jede künstlich hervorgerufene, von Druck, Versprechung und Lüge begleitete Erhebung fehlschlagen, besonders wenn revolutionär empfindende Klassengenossen die Verhältnisse nur durch die Brille ihres Umgangsgebietes sehen, und dabei zur Unterschätzung des Gegners kommen. Die Folge ist dann immer Resignation der indifferenten und nicht durchgebildeten

Arbeiterkreise und eine Stärkung der Reaktion. Und daraus erklärt sich unsere Stellung zur Generalstreikidee, die wir, noch ehe irgendeine andere Richtung in der Arbeiterbewegung sich dazu bekannte, schon propagiert haben.

Ein Generalstreik, wie wir ihn uns vorstellen, muß getragen werden von klar präzisierten Forderungen und Ideen, welche in die Seele und das Hirn des Proletariats eingedrungen sind und dasselbe dadurch befähigen und hinreißen zu äußerster Kraftentfaltung und damit zu seinem Siege.

Und die bisherigen Erfahrungen, z.B. der Kapp-Putsch, beweisen uns, dass der Kampf immer dann beendet ist, wenn das Ziel erreicht scheint. Daraus ergibt sich aber, dass der Kampf, welcher ein Ziel erreichen und sichern soll, immer nur ein geistiger und ökonomischer sein kann. Solange das Proletariat nicht geistig so beschaffen ist, dass es jede Anfertigung von Waffen und Munition ablehnt und jeden Transport derselben verhindert, ist die Propagierung und Anwendung von Waffengewalt möglich. Und ehe der proletarische Ehrbegriff nicht so weit vervollkommen ist, dass sich kein Proletariersohn in den militärischen Rock stecken und zum Morden seiner Brüder gebrauchen lässt, müssen wir dagegen Stellung nehmen, wenn gewissenlose Parteifanatiker die Arbeiter bewusst vor die Maschinengewehre treiben. Unsere Stellung zur persönlichen Notwehr bleibt dabei unberührt. Die wahren Revolutionäre sind nicht, um mit Maxim Gorki zu reden, die Maulhelden, welche in einer Sprache schwulstiger Phraseologie die Arbeiter, welche im klaren Erkennen der Lage noch rückständig sind, zu Putschen treiben, bei welchen nicht sie, sondern die Irreführten und ihre Familien furchtbare Opfer bringen, sondern jene, welche in unablässiger, nimmermüder Aufklärungsarbeit die Weltanschauung des Proletariats zum Sozialismus umstellen und die Organisationen schaffen und ausbauen helfen, welche auch zum Tageskampf nötig und brauchbar sind.

Wir Syndikalisten wollen keine Eroberung der politischen Macht, sondern die völlige Ausschaltung jeder politischen Macht und damit des Staates und sei es auch des „Rätestaates“. Damit ist keineswegs gesagt, dass wir keine politischen Kämpfe führen wollen. Jeder ökonomische Kampf ist in seiner Auswirkung ein politischer, weil eben Politik der Reflex der Ökonomie ist. Der beste Beweis dafür ist der gigantische Kampf, welcher zur Zeit in England geführt wird.

Zu solchen Kämpfen muß und wird das deutsche Proletariat noch kommen. Das sind dann keine Putsche mehr, sondern ökonomische Waffengänge, in welchen die Macht der Arbeiterklasse sich widerspiegelt. Wenn eingewendet wird, dazu brauchen wir starke zentralistische Einheitsorganisationen, die den Kampf führen können, so beweist auch hier England das Gegenteil. Hier durchzieht die Organisationen der Geist der Selbständigkeit, des Föderalismus. Und doch, oder gerade deswegen finden sie die gemeinsamen Plattformen zu solchen gewaltigen Klassenkämpfen.

Gerade die föderalistische Form der Organisation bringt jene geistige Einheit, welche zur Führung von Klassenkämpfen nötig ist, weil sie die Einzelorganisation und in weiterer Folge die Mitglieder zur Selbständigkeit erzieht. Der Föderalismus wirkt antiautoritär und damit revolutionär, während der Zentralismus in der Form das Gegenteil bewirkt, und dadurch in der Folge stets reaktionär wirken muß.

Wir halben es in unserer Literatur bis ins kleinste bewiesen, und unsere Stellung zu den verschiedensten Fragen des Klassenkampfes und der zu schaffenden Neugestaltung der Gesellschaft ist so klar und fest umrissen, dass es keine sophistische Verdrehung der Tatsachen geben kann.

II.

Nun machen sich in letzter Zeit in unseren Reihen in Berlin Be-



Die Volksmarinedivision zieht ins Berliner Schloß ein

strebungen bemerkbar, welche glauben, der Einheitsfront des Proletariats dadurch näher zu kommen, wenn sie mit einer Organisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union (B.-O.), die in der Kritik an der bestehenden Gesellschaft in der Ablehnung der reaktionär wirkenden Zentralverbände, des Parlamentarismus, und der gesetzlichen Betriebsräte mit uns konform geht, eine Art Aktionsgemeinschaft von Organisation zu Organisation, also der FAUD zur AAU (B.-O.) glauben eingehen zu können. Gewiß, soweit Aktionen in Betrieben und auch für örtliche Organisationen in Frage kommen, hat das etwas für sich, aber das können wir mit allen Organisationen tun, die in irgend einer Sache ein Stück Weges gemeinsam mit uns gehen. Aber jeder Fall bedarf einer gemeinsamen Beschlussfassung und einer gemeinsamen Willensbestimmung.

Auf keinen Fall dürfen wir uns auf generelle Aktionsausschüsse einlassen. Das würde die selbständige Willensbestimmung unserer Mitglieder einfach aufheben, und die wären ohne einen Beschluß zu einer bestimmten Frage fassen zu können, unbedingt zur Heerfolge verpflichtet. Das widerspricht auf schärfste dem antiautoritären Geist, der unsere Organisation beseelen soll, und es widerspricht auch dem Geist unserer Prinzipienklärung. Wenn man eine Brautschaft oder gar eine Ehe eingehen will, denn darauf läuft die Absicht hinaus, darf man sich die Erkorene nicht nur in einzelnen Vorzügen ansehen, sondern man muß sich über ihr ganzes Wesen eingehend orientieren, sonst gibt es eine unausbleibliche Enttäuschung. Unter Umständen spielt sogar die politische Vergangenheit und das persönliche Verhalten der leitenden Personen bei vergangenen Aktionen keine untergeordnete Rolle. Man muß genau wissen, ob man Vertrauen haben kann.

Vor allem aber gilt das, was schriftlich niedergelegt ist. Wir finden es in einer Reihe von Broschüren und programmatischen Erklärungen. Zunächst geht daraus unzweideutig hervor, dass die AAU in Allianz mit der KAP steht. In der Broschüre „Die revolutionäre Betriebsorganisation“, AAUD, heißt es unter Absatz III a. „Sie anerkennt vorläufig die Notwendigkeit einer proletarischen Partei“. Weiter unten heißt es dann: „Die AAU wird – mit bedauerndem Blick auf die Zerspaltung in drei sozialistische Parteien – mit jenen Parteien arbeiten, die am entschiedensten den Klassenkampfcharakter der proletarischen Bewegung vertreten. Kampffparolen werden vereinbart. Die Cadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei, der Betrieb wird zum Nährboden der Partei.“

Nun gibt es aber heute nicht nur drei, sondern mehr wie ein halbes Dutzend sich sozialistisch nennende Parteien, ungeachtet der Strömungen in den einzelnen Parteien.

Wie man da zurecht kommen, und wie man im Einzelfalle die Entscheidung treffen will, bleibt uns ein Rätsel. Jedenfalls stehen die Grundsätze der AAU zur Partei mit unserem Standpunkt der Ablehnung jeder Partei in schärfstem Widerspruch, und da die gesellschaftliche Umwälzung keine politische, sondern eine ökonomische sein muß, müssen auch ökonomische Organisationen, welche geistig darauf eingestellt sind, die Tat vollbringen.

Im Absatz IV derselben Broschüre wird verraten, dass man

Die VKPD schließt alle Unionisten aus.

Aber die Parteilosen wollen nicht zu den Syndikalisten. „Aber schon Roche hat stets die Einigung mit den letzteren gewollt und schon gemeinsame Vertrauensleutesitzungen mit ihnen zustande gebracht. Jetzt beantragte der Bezirk Hamm-Horn-Hohenfelde sofort nach der Reichskonferenz eine Sitzung der Unionisten, Syndikalisten und Anarchisten zwecks Einigung auf gemeinsamer Grundlage einzuberufen.“

• Bericht Nr. 36 – 11. Juni 1921



Knast!

Als Vorsitzender der Preß-Kommission der AAU-Hamburg wird Roche Anfang April zu einem Jahr Haft verurteilt, der Drucker des Unionist geht für 15 Monate in Festungshaft.

- *Alarm*, Nr. 17 – 1921 und
- Bericht Nr. 11 vom 12.4.21

Ahlers übernimmt die Redaktion ab der Ausgabe Nr. 15. Roche ist bis November im Zuchthaus in Fuhlsbüttel eingeknastet (also nur ½ Jahr).

- Bericht Nr. 12 – 19.4.1921.

Auf der Vulcan-Werft hat die AAU 550 zahlende Mitglieder

- Bericht Nr. 12 – 19.4.1921

Ende Mai werden davon 100 Mitglieder ausgeschlossen.

- Bericht Nr. 35 – 31.5.1921

Ahlers tritt als Redakteur des Unionist zurück; die „Berliner Richtlinien“ werden von der AAU-Altona mehrheitlich angenommen. Auseinandersetzung beendet – KAPD übernimmt den AAU-Kampfruf aus Berlin – die Partei siegt über die Parteilosen.

- Bericht Nr. 37 – 12.6.1921

KAPD Altona ist die stärkste linksradikale Partei, die VKPD baut mächtig ab ... Sie lehnt auch ab, daß Deutschland zu einer russischen Westprovinz wird.

- Bericht Nr. 33 – 6.6.1921

- **Aufhebung des Belagerungszustandes am 7. Juni 1921.**

zur Zeit der KAP seine Liebe geschenkt. Da aber Parteien sehr wandelbar sind, wird es wahrscheinlich auch diese Liebe sein.

In der Auseinandersetzung über KAP und AAU wird festgestellt, dass sie keine Partei im alten Sinne ist, denn müsste sie eine parlamentarische sein. Die ist aber eine rein politische Partei. Sie ist auch keine Räteorganisation, wie zu lesen steht. Ja, zum Donnerwetter fragt man sich, zu was ist sie denn da? Sie hat, wie man auf Seite 27 erfährt, nach der Eroberung der politischen Macht, eine Parteidiktatur zu bekämpfen und ihre ganze Kraft den Räten zu widmen. Aber sie hat rücksichtslos zuzuschlagen, wenn die 'Reinheit der Räte' zum Teufel geht, wenn etwa eine Rätebürokratie entstehen sollte“.

Also es ist heraus! Sie ist doch eine Aufsichtsinstanz. Und die Führer werden dann, mit dem Finger an der Nase, herausfinden, wann dieser Zeitpunkt eingetreten ist. Erkläre mit Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur! – Ein einigermaßen funktionierendes Gehirn bringt das nicht fertig.

„Wo die KAPD stark ist oder auch nur ihr Geist, wird auch die Union stark sein“, heißt es weiter. An Überhebung leiden die Leute wirklich nicht.

Wenn man dann noch die Auseinandersetzung über Zentralismus und Föderalismus, oder über AAU und Syndikalismus liest, wir werden das in einem nächsten Artikel behandeln, muß man wirklich zu der Auffassung kommen, dass man es hier mit politischen Wickelkindern zu tun hat, die auf diesem Gebiet anfangen zu sprechen, aber für das, was sie sagen, nicht verantwortlich zu machen sind.

So viel Unklarheit und Konfusion wie hier in wenigen Zeilen zusammengedrängt ist, muß man, wenn man es nicht als pathologisch betrachten will, aus Unkenntnis der Dinge verzeihen. Wenn wir in weiteren Artikeln zu diesen Fragen Stellung nehmen, tun wir es nicht, um den Verfasser dieser Ansichten über Föderalismus und Syndikalismus zu bekehren. Das wäre ein Versuch am untauglichen Objekt. Mit Leuten, welche die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge nicht begreifen, ist jede Diskussion unfruchtbar. Sie müssen noch einen weiten Weg des Lernens gehen, wenn sie persönlich überhaupt dazu in der Lage sind. Wir tun es aber, uns unseren Mitgliedern die geistigen Waffen in die Hand zu geben, um wirksam für die Ideengänge des Syndikalismus, auch bei den Anhängern der AAU zu wirken, und ihre Ansichten über diese Fragen zu widerlegen.

Im Leitartikel der Nr. 50 des „Kampfruf“, Organ der AAU, heißt es: „In Deutschland ist der Kampf um die Diktatur durchaus nur als Kampf um die Klassendiktatur möglich. Er kann nur geführt werden mit Hilfe des

überwältigenden Teils der bewaffneten Arbeiterschaft.“ Um diese Stellung zu verstehen, muß man folgende Rede Sinowjews kennen, die nach einer Meldung des O.E.-Büros folgende Sätze enthält. Sie wirken wie Blitzlicht auf die gegenwärtigen Zustände:

„Auf dem Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei ging Sinowjew in seinem Bericht über die Kommunistische Internationale, der nun im Wortlaut vorliegt, ausführlich auf die Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands ein. Sinowjew erklärte, diese Krise habe nur ihren äußeren Anlaß in den Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme zur italienischen Sozialistischen Partei und sei in Wirklichkeit auf den Kampf des rechten Flügels der VKPD unter Levi mit der Mehrheit der Partei zurückzuführen. Daß sich Klara Zetkin dem rechten Flügel angeschlossen habe, sei nur ein Missverständnis, das nicht anhalten werde. Ganz anders sei es mit Levi, der vom Exekutivkomitee unterstützt worden sei, weil es der KPD an gebildeten Führern fehlte, dessen Opportunismus sich aber endgültig offenbart haben, so dass seine Richtung nunmehr bekämpft werden müsse. Was die Kommunistische Arbeiterpartei in Deutschland betreffe, so könne die Internationale in Ländern, wo zum Kampf mit dem Kapitalismus erst gerüstet wird, ähnlich wie in Russland im Kampfe gegen die Kerenski-Regierung, auf das Zusammengehen mit anarchistischen und syndikalistischen Elementen nicht verzichten. Indessen werde alles geschehen, um den gesunden Arbeiterkern, um dessentwillen die KAPD in die Internationale aufgenommen worden sei, aus der KAPD in die VKPD hinüberzuleiten.“

Wem jetzt noch nicht klar ist, wohin die Reise geht, dem ist nicht zu helfen. Fest steht, dass die KAPD an die 3. Internationale angeschlossen ist, dass sie von dort Parolen empfängt, und dass sie mit der AAU auch durch Personalallianz verbunden ist. Die 3. Internationale steht unter dem Protektorat der russischen Regierung, und diese verkörpert in Russland nicht mehr das russische Proletariat, sondern die Kommunistische Partei. Ihr Wirken ist für Russland zur Zeit nicht mehr revolutionär, sondern reaktionär. Weitere Kreise des revolutionären Proletariats, und auch unsere syndikalistisch-anarchistischen Genossen stehen zu ihr in schärfster Opposition. Sie werden von ihr unterdrückt und in die Gefängnisse geworfen. Und wir sollen mit den Bundesgenossen dieser Regierung unter Umständen gemeinsam handeln, wenn es von dort kommandiert wird?

Hände weg von diesem Beginnen! Wir tun in allen Fragen das, was unser Gewissen und unser Verantwortungsfühl uns vorschreiben.

- **C.H.** [Carl Haffner]

• Auszug aus dem R.K.-Bericht Nr. 35 vom 12. April 1921:

»Syndikalisten und Allgemeine Arbeiter-Union

Richtlinien betr. Aktionsgemeinschaft der F.A.U. (Syndikalisten) und A.A.U.

Geleitet von dem Bestreben, eine einheitliche Kampfführung der sich organisatorisch wie ideologisch nahestehenden Organisationen der F.A.U. und A.A.U. zu ermöglichen, wurde von den Berliner Ortsgruppen beider Organisationen ein paritätisch zusammengesetzter Aktionsausschuss zwecks dauernder Verständigung und Fühlungnahme beider Organisationen miteinander gebildet.

1.) Die Schwäche des revolutionären deutschen Proletariats und seine unaufhörlichen Niederlagen im bisherigen Verlaufe der sozialen Revolution ist in der Hauptsache begründet, in der fehlenden Zielklarheit und eigenen Entschlusskraft der Arbeiter, die von ihren Parteien und den Gewerkschaften zur Abhängigkeit von ihren Führern erzogen sind.

2.) Die auf Führerpolitik und Reformismus eingestellten parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften verhindern das Zusammenkommen aller revolutionären Arbeiter aus eigennützigen Motiven. Sie steigern die Verwirrung und halten geflissentlich die Arbeiter von der Wahrnehmung ihrer proletarischen Klasseninteressen ab. Daraus entsteht für die kapitalistische und militaristische Reaktion der Vorteil, dass die Phalanx der Arbeiter geschwächt und durchlöchert wird.

3.) Soll die Kraft des Proletariats zur vollen Auswirkung kommen, so müssen die Arbeiter sich freimachen, von ihren Vormündern und Führern, und den Kampf um die Eroberung der ökonomischen und politischen Macht durch solidarisches Zusammenwirken aller Kräfte in den Betrieben, in Person und unter persönlicher Verantwortung führen.

4.) In dieser Erwägung hält es die A.A.U. an der Zeit, mit den Genossen der F.A.U. (Syndikalisten) eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen, die den Anfang einer Einheitsfront des Proletariats darstellen kann. Bisher ist von den verschiedensten Richtungen in der revolutionären Arbeiterbewegung allzusehr das Trennende in den Vordergrund der Meinungskämpfe gestellt worden, das Einigende aber, das alle revolutionären Richtungen miteinander verbindet, wurde unter dem wütenden Bruderkampf erstickt. Mit der F.A.U. verbindet uns der gleiche Hass gegen die kapitalistische Welt und der

brennende Wunsch, die kapitalistische Wirtschaft durch die freie, kommunistische Wirtschaft abzulösen.

5.) Als notwendiges Uebergangsstadium erkennen beide die „Diktatur des Proletariats“ an, wobei unter „Diktatur“ ausschliessliche Willensbildung der werktätig Schaffenden, eine Klassen- aber keine Parteidiktatur zu verstehen ist.

6.) Gemeinsam bekämpfen wir mit aller Entschiedenheit den Parlamentarismus, jedwede Führerpolitik, die Zentralgewerkschaften mit ihren gegenrevolutionären Bestrebungen, das Rätegesetz, das die Vertrauensleute der Arbeiter zu gesetzlichen Wachhunden der Kapitalinteressen macht und endlich jede reformistische, von den revolutionären Endziel ablenkende Tätigkeit, der Parteien und Zentralgewerkschaften. Darum ermöglicht es die Uebereinstimmung in den wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen den Mitgliedern beider Unionen, durchaus den Befreiungskampf der Arbeit fortan gemeinsam zu führen. Durch Schaffung von Verbindungsgliedern (in den Betrieben, Orten, Distrikten und im Reich) soll eine Einheitlichkeit und stärkende Gemeinsamkeit sowohl der Abwehr wie der Angriffaktionen angestrebt werden.

7.) Zu weiteren Herbeiführung einheitlicher Kampfführung wird unter Zustimmung beider Organisationen der gemeinsame Aktionsausschuss bestehen bleiben, um bei besonderen Anlässen etc. einheitliche Beschlüsse zu fassen und für deren Durchführung zu wirken.

8.) Sofern technisch möglich, sollen von Zeit zu Zeit kombiniert Funktionärskonferenzen, wie gemeinsame Sitzungen der Arbeitsbörse mit der 22. er Kommission stattfinden.

9.) Die Selbständigkeit beider Organisationen, in j(e)der Weise, bleibt gewahrt. Die Form der Kritik an gegenseitig sich zeigenden Fehlern und Schwächen praktischer Natur, oder bei Auseinandersetzungen theoretischer Art, soll der notwendigen Schärfe nicht entbehren, aber stets sachlich und unpersönlich zum Austrag kommen. So glauben wir, eine Kampfgemeinschaft, auf gegenseitiges Vertrauen basierend, einzugehen und nicht den Organisationsegoismus sondern dem Interesse des Gesamtproletariats nach bestem Können zu dienen.«

• *Der Syndikalist*, Nr. 17/1921 [30. April 1921]

Syndikalisten und Allgemeine Arbeiter-Union (B.-O.)

Der in Nr. 15 des „*Syndikalist*“ veröffentlichte, mit meinem Signum gezeichnete Artikel hat mir im Berliner „*Kampfruf*“, dem Organ der „Allgemeinen Arbeiter-Union (B.-O.)“ eine geharnischte Schimpfepistel eingebracht. Nun, wer sich in den Weg stellt, setzt sich der Gefahr aus, angerempelt zu werden. Damit muß man rechnen. Zu beachten ist jedoch, dass, während mein Artikel unseren prinzipiellen Standpunkt in der Frage festlegt und dann an Hand von programmatischen Broschüren gegen die Grundsätze der AAU Stellung nimmt, Namen von Personen aber überhaupt nicht nennt, wird hier mein Name in Verbindung mit Kraftausdrücken wohl ein Dutzend mal durch die Zeilen geschleift. Über Geschmack zu streiten ist zwecklos. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch den Verfasser und wir wissen, daß der mutige Federheld durch Namensnennung in seiner amtlichen Stellung nicht kompromittiert zu werden wünscht. Diese Gefahr hat bei mir noch nicht vorgelegen. Es ist gut preußischer Gendarmen-ton, der hier angeschlagen wird. Aber auch drüber wollen wir verstehend

hinwegsehen, da psychopatische Belastung durch Vererbung vorliegt.

Jedoch verstehen wir nicht nur zu reden, sondern auch zu schweigen. Wenn uns die Sache jedoch zu ungemütlich wird, könnten wir uns diese parteikommunistische Falstaff-Figur einmal etwas näher anschauen. Wir haben eine vorzügliche Platte von ihm, die, richtig belichtet, allerhand liebe Dinge zutage fördern könnte. Der Sinn für Humor paart sich bei uns mit großer Kinderliebe, und das hilft über manche Klippe hinweg, denn ernst kann man bei der Art, die dem Artikelschreiber im „*Kampfruf*“ beliebt, nicht bleiben.

Doch zur Sache. Über den Inhalt des „*Syndikalist*“ zu urteilen, ist Sache unserer Mitglieder. Darüber mit dem „*Kampfruf*“ eine Unterhaltung zu pflegen ist zwecklos. Der Artikelschreiber regt sich fürchterlich darüber auf, daß ich, von einer Sitzung der Berliner Arbeiterbörse in eine Kommission gewählt, zur Ausarbeitung von Richtlinien betreffs Aktionsgemeinschaft der

Wirtschaftsbezirk „Wasserkante“.

1. Der Bezirk Altona-Ottensen der AAU. Tagt jeden zweiten und vierten Montag im Monat bei Barndt, Gr. Bergstraße 136.
2. Diejenigen Unionisten, die auf dem Boden der Richtlinien des Reicharbeitsausschusses stehen, werden aufgefordert, sich zu wenden an Willy Piepkorn, Altona, Bürgerstraße 86, Haus 11; Carl Happ, Hamburg, Wandsbecker Chaussee 303 II; Emil Seile, Wandsbeck, Bramfelderstraße 6 III. Die Schauerleute wenden sich an: Carl Groth, Altona, Steinstraße 2, Haus 1. Die „Hamburger Werft“ wendet sich an: Ernst Korth, Altona, Teichstraße 22.
3. Führt keine Beiträge mehr an die Hamburger Ortsgruppe (Richtung Ebsner-Jacoby, Kohlhöfen 20) ab.
4. Am 30. Mai fand bei Jarr, Kohlhöfen 20, eine von der KAPD. Einberufene Versammlung statt, die Stellung zur Union nehmen sollte. Die Jacoby-Unionisten kündigten die Sprengung vorher an und führten sie durch mit Anzettelung einer Schlägerei und Hinsenden von Betrunknenen.

• *Der Kampfruf*, Nr. 7, 2. Jg. 1921 – Seite 4



„Direkte Aktion“.

Das klingt fremd. Nicht alle begreifen den Sinn der beiden Worte. Sie verleiten zu der Annahme, damit sei die Anwendung zwingender, brutaler Gewalt gemeint.

Zwingend wohl. Die Arbeiterklasse muß die herrschenden Klassen niederzwingen, überwinden, will sie zum Sozialismus gelangen. Tätliche Gewalt sprechen die beiden Worte nicht aus. Die deutsche Sprache ist zweifellos schön, aber es fehlt ihr an der Prägnanz, an der kurzen, treff sicheren Ausdrucksweise. Sie bedarf der Ergänzung durch „Fremdworte“, die zuerst nicht verstanden werden, sich aber nach und nach mit dem Deutsch zusammenleben.

Für bestimmte Begriffe gibt es nur internationale Bezeichnungen. „Direkte Aktion“ ist der internationale Ausdruck für unmittelbares Handeln im proletarischen Klassenkampf, wie „Syndikalismus“ die internationale Bezeichnung für revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist.

Und der Syndikalismus ist ohne direkte Aktion nicht denkbar.

• Karl Roche -

Organisierte direkte Aktion -1919

FAU (Syndikalisten) und AAU, erst gegen den in einer gemeinsamen Sitzung ausgearbeiteten Entwurf in seiner Fassung nichts einzuwenden hatte, dann aber denselben offen sabotiert und bekämpft habe.

Bis zu dieser Sitzung hat das seine Richtigkeit und ich muß zu meiner Schande gestehen, dass ich über das Wesen der Betriebsorganisation nicht genügend informiert war. Seine Ursache hat dies darin, dass in Betrieben, in denen ich gearbeitet, die B.O. nicht vorhanden war, und in meiner agitatorischen Tätigkeit blieb ich ebenfalls davon verschont.

In die Kommission war ich als Ersatzmann gewählt. Erst sehr spät bestellt, fehlte es mir an Zeit und Möglichkeit, mich eingehend zu unterrichten. In der Sitzung habe ich jedoch betont, dass es sich nur um einen Entwurf handeln kann, der den Organisationen zur Beschlussfassung und zur Diskussion unterbreitet werden muß. Dem wurde zugestimmt.

Nach der Sitzung hab ich die programmatischen Broschüren gelesen und nach Kenntnisnahme des Inhalts meine Ansicht gründlich revidiert. Dann aber hab ich meine Mitkommissionsmitglieder davon in Kenntnis gesetzt und ihnen gesagt, dass ich gegen eine solche Aktionsgemeinschaft, wie sie hier geplant war, Stellung nehmen werde. Das war mein gutes Recht, und darauf schrieb ich den Artikel im „Syndikalist“. So ist der einfache Hergang. Es kommt im gewöhnlichen Leben alle Tage vor, dass man von einer Sache, zu der man erst geneigt scheint, nach gründlicher Prüfung zurücktritt.

Wenn der Artikelschreiber im „Kampfbru“ uns weismachen will, dass die von mir festgenagelte Stellung der AAU zur KAPD durch Punkt 9 des in Leipzig geschlossenen Aktionsprogramms überholt sei, so widerlegt er sich selbst, indem er einige Zeilen vorher mitteilt, dass in der Funktionärssitzung der AAU die Gemüter durch die Angriffe der KAP auf die BO sehr erregt waren. Wären sie unabhängig von der KAP, wäre das nicht möglich und in einer andren Sitzung ist zugestanden worden, dass eine Personalallianz mit der KAP besteht. Das Leipziger Programm ist übrigens ein Kompromiß zwischen beiden Organisationen und lässt für Auslegungen Tür und Tor offen, wie das bei Kompromissen immer der Fall ist.

Der erste Absatz der geplanten Richtlinien lautet:

„Geleitet von dem Bestreben, eine einheitliche Kampfführung der sich organisatorisch wie ideologisch nahe stehenden Organisationen der FAU und AAU zu ermöglichen, wurde von den Berliner Ortsgruppen beider Organisationen ein paritätisch zusammengesetzter Aktionsausschuß zwecks dauernder Verständigung und Fühlungnahme beider Organisationen miteinander gebildet.“

Im Artikel in Nr. 15 habe ich schlüssig nachgewiesen, dass diese Voraussetzungen nicht zutreffen. In der Konsequenz stehen hier zwei Weltanschauungen gegeneinander: die antiautoritäre, den Staat verneinende, anarchistisch-syndikalistische Auffassung, und die marxistisch-sozialdemokratisch-kommunistische, welche den Weg über die Eroberung der politischen Macht und des bürgerlichen Staates gehen will.

Mich mit dem „Kampfbru“ über die Ausführungen Rockers zu unserer Prinzipienklärung auseinanderzusetzen, halte ich unter Anlehnung an das Goethesche Wort: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst“, für unnötig. Wer die Prinzipienklärung und die Begründung in ihrem klaren Wortlaut verstehen will, wird meinen Ausführungen zustimmen müssen. Unterlegen, um dann auszulegen, ist Politikantenart, aber nicht die meine.

Zur Charakterisierung der AAU will ich folgende Blüte, die in einer 1921 herausgegebenen Broschüre nachgelesen werden kann, unseren Mitgliedern nicht vorenthalten:

„Diesen hervorragenden Verdiensten des Syndikalismus gegenüber muß freilich auch festgestellt werden, dass die syndikalistische Theorie niemals einheitlichen Charakters war und zu gleicher Zeit verschieden propagiert wurde. Infolgedessen waren und sind ihr heillose Konfusionen nachzuweisen. So ist sie immer noch durchsetzt mit kleinbürgerlich-ethischen Vorstellungen über Pazifismus über Gewaltlosigkeit. Ja, sie versteigt sich bis zur Predigt rein bürgerlich, christlicher Anschauungen. Sie dachte und denkt vielfach unhistorisch. Und darüber ging (theoretisch) die Schärfe der Betonung der Notwendigkeit des erbarmungslosesten Klassenkampfes häufig verloren. So arbeitete sie allein mit der moralischen Entrüstung und der Darlegung des Zieles in Zeiten wo alles darauf ankam, den Weg zu diesem Ziel aufzuzeigen, den Weg auch bis zur Ermöglichung der Generalstreiks-idee usw.“

Mit solchen Dingen ringt der Syndikalismus bis zum Augenblick. Aber zweifellos ist auch an ihm die Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen. Er befindet sich gerade jetzt, gelegentlich seines Beschlusses, am Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale teilzunehmen, in neuer Umbildung und wird sich von weiteren Schlacken befreien, die er als natürliches Erbe vergangener Kämpfe mitbringt und die nicht an einem Tage abzustoßen sind.

Daraus ergibt sich auch der oft klaffende Spalt zwischen syndikalistischen Theoretikern und der Praxis der Mitglieder. Die AAU als jüngstes, echtes Kind in der Revolution, von keiner Tradition (Überlieferung, Vergangenheit) beschwert, wird wegweisend vorangehen. In der Hauptsache wird sie kritisch, außer auf das schon erwähnte, auf folgende 3 Punkte hinweisen:

1. Die Syndikalisten sind noch nicht tief genug in das Wesen des Rätegedankens eingedrungen. Sie haben ihn weder gründlich erfasst als historisches Werden, noch als Organisationsform. Sie quälen sich noch unnützlich ab mit kleinbürgerlicher Auffassung über Föderalismus – Zentralismus. Die AAU ist die praktische Lösung

2. Die Syndikalisten verwechseln vielfach den parteipolitischen Kampf mit dem politischen Kampf überhaupt. Sie sind unklar über die notwendige Eroberung der politischen Macht und die Übergangsformen von der Diktatur des Proletariats an in die kommunistische Gesellschaft

3. Ein weiterer Fehler ist das Festhalten an der Berufsorganisation. Es ist selbstverständlich, dass die Periode der Diktatur des Proletariats auch bestimmte Ansprüche an die verschiedenen Berufe stellt, die nur diese Berufe angehen. Aber diese Berufe müssen fest eingegliedert sein in größere Industrieverbände, die ihrerseits wieder auf Betriebsorganisationen ruhen (auf Betriebsorganisationen, die alle erfassen). Die Syndikalisten lehnen zwar die Betriebsorganisation – sichtlich unter dem Einfluß der syndikalistischen Bergarbeiter – nicht direkt ab, aber sie halten zäh an der Berufsorganisation (Gewerkschaft) fest und tragen damit wesentlich dazu bei, dass Hand- und Kopfarbeiter nicht zusammenkommen. Uneingestanden kleben sie noch immer an dem Kleinbetrieb und damit an der rein handwerkmäßigen Gliederung der Schaffenden. Die Entwicklung der Großindustrie, die sie weder hindern noch leugnen können, flößt ihnen Grauen ein – sie vermögen sich mit dieser geschichtlichen Entwicklung scheinbar nicht recht abzufinden.

Ob im Laufe der Entwicklung sich zunächst eine festere engere Kampfgemeinschaft zwischen AAU und Syndikalisten ergeben wird, wird abhängen von der weiteren Entwicklung der Syndikalisten zu den Prinzipien der AAU.“

O. wie malt in diesen Köpfen sich der Syndikalismus? Gegen soviel Konfusionismus ist man machtlos. Das Urteil überlassen wir unseren Mitgliedern.

• Carl Haffner

• *Der Kampf* – Organ der AAU (RBO), Berlin – 2. Jg. – Nr. 2 / 1921 [erschien nach dem 2. Mai]

Wir und der deutsche Syndikalismus.

I.

In der Nr. 15 des „Kampf“ find die Richtlinien veröffentlicht worden, die von einer hierfür gebildeten Kommission aus den Reihen der Berliner Allgemeinen Arbeiter-Union mit Vertretern der Syndikalisten bezüglich einer beide Organisationen umfassenden Aktionsgemeinschaft in einer gemeinsamen Sitzung vereinbart wurden. Wir wissen, daß große Teile unserer Mitglieder – und zwar find es die besten – einem Zusammenarbeiten mit den Syndikalisten äußerst mißtrauisch gegenüberstehen und Inhalt und Tendenz dieser Richtlinien – als Ganzes betrachtet – für völlig undiskutabel betrachten.

Schon eine oberflächliche Prüfung der für die geplante „Aktionsgemeinschaft“ ausgearbeiteten Leitsätze zeigt, daß von gewisser Seite nicht nur an eine Aktionsgemeinschaft gedacht war, sondern daß unter dem Vorwand einer angeblich von beiden Seiten gewünschten Aktionsgemeinschaft auf eine ideologische Annäherung hingearbeitet werden sollte. Das geht schon aus dem einleitenden Absatz der Richtlinien hervor, wo die merkwürdige Wendung von den „sich ideologisch nahestehenden“ Organisationen bei A.A.U. und F.A.U. gebraucht wird. Wir müssen gestehen, daß uns diese plötzlich entdeckte ideologische Nachbarschaft etwas überraschend kommt. Wir waren bisher der naiven Auffassung, daß die Allgemeine Arbeiter-Union als ein Instrument des Klassenkampfes im Dienste des Kommunismus zu gelten hatte. Wir waren weiter der Auffassung, daß die Freie Arbeiter-Union unter dem Banner des Syndikalismus arbeitet und waren des Glaubens, daß es eher zynisch der Geisteswelt der deutschen nationalen „Deutschen Tageszeitung“ und der Hilferdingschen „Freiheit“ eine ideologische Annäherung geben könnte als zwischen Kommunismus und Syndikalismus.

Nun wird uns auf einmal zu unserer größten Überraschung die ideologische Annäherung bereits als Tatsache sozusagen auf den Tisch des Hauses niedergelegt, und es bleibt daher nur die Schlußfolgerung übrig, daß den Vätern jener Richtlinien entweder bis heute noch nicht die unüberbrückbare Kluft, die uns vom Syndikalismus trennt, klar zum Bewußtsein gelangt ist, oder daß sie bewußt auf die Verkleisterung von Gegensätzen grundsätzlicher Natur, die nicht von uns, sondern von der Geschichte selbst gezogen sind, mit vollen Segeln hinsteuern. Zum Beweis dafür zitieren wir wörtlich aus Nr. 4 der „Richtlinien“ den nachstehenden äußerst charakteristischen oder vom revolutionären Standpunkte aus äußerst charakterlosen Satz:

„Bisher ist von den verschiedensten Richtungen in der revolutionären Arbeiterbewegung allzusehr das Trennende in den Vordergrund der Meinungskämpfe gestellt worden, das Einigende aber, das alle revolutionären Richtungen miteinander verbindet, wurde unter dem wütenden Bruderkampf erstickt.“ Man kann nicht gut annehmen, daß die Verfasser dieses Satzes sich nicht über das ABV des proletarischen Klassenkampfes im klaren sein sollten. Sie wissen doch wohl so gut wie wir, daß es in der proletarischen Revolution – in großen Linien betrachtet – nur zwei Fronten gibt: die der revolutionären Proletarier, die für die Diktatur der Arbeiterklasse mit allen Mitteln kämpfen, und die der Konterrevolution, zu der alles gehört, was sich dem proletarisch-revolutionären Kampfe direkt oder indirekt entgegenstellt. Damit diese beiden Fronten für jeden Proletarier in den Umrissen klar und scharf hervortreten und er sich sodann entscheiden kann, auf welcher Seite der Barrikade er mitzukämpfen gedenkt, ist es notwendig, daß man die Scheidemänner und Hilferdinge nicht weniger als die Wortführer der Syndikalisten als das brandmarkt was sie sind: als Lakaien der Konterrevolution, und vor allem ihre Theorien als

das charakterisiert, was sie find: als den Versuch, unter dem Deckmantel der revolutionären Phrase dem proletarischen Klassenkampf die Spitze abzubrechen, den Kampfeswillen der revolutionären Proletarier einzudämmen, die Revolution – die eben wie jede Neugeburt nicht ohne Blutverlust verläuft – ins Uferlose zu vertagen. Mit das schlimmste Betäubungsmittel aber wäre für die deutschen Arbeiter der Syndikalismus, wenn er in bedeutendem Umfang Macht über sie gwanne.

Die Einigungsapostel möchten gern das Einigende, das uns angeblich mit dem Syndikalismus verbindet, in den Vordergrund gestellt wissen. Sie sagen auch gleich, was ihrer Meinung nach das Einigende ist. Nämlich:

„Mit der F.A.U. verbindet uns der gleiche Haß gegen die kapitalistische Welt und der brennende Wunsch, die kapitalistische Wirtschaft durch die freie kommunistische Wirtschaft abzulösen.“

Ist das nicht herrlich? Wollen wir nicht beide dasselbe? Völlige Übereinstimmung in den Zielen – was will man mehr? Mit Verlaub, diese völlige Übereinstimmung hat ein Loch. Einmal: der gemeinsame Haß gegen die kapitalistische Welt ist zunächst weiter nichts als gemeinsame Gefühlsverschommenheit, die sich außerdem auf der ein negativen Linie bewegt. Mit solcher Gefühlsverschommenheit kann man in der Revolution nichts anfangen. Wir sind anspruchsvoller. Wir brauchen Klarheit über das Wesen der kapitalistischen Welt, über ihre Gesetze und inneren Widersprüche, über das Verhältnis der kapitalistischen Wirtschaft zu ihrem politischen Machtapparat, dem bürgerlichen Klassenstaate, um daraus unsere Lehre zu ziehen. Wir wissen aber auch nicht, um auf die positive Seite zu kommen, was sich die Väter der Richtlinien unter der „freien kommunistischen Wirtschaft“ vorstellen. Dieser Begriff ist offenbar absichtlich so verschwommen formuliert, damit sich jeder darunter das vorstellen kann, was ihm beliebt. Wer einmal einen Blick in die syndikalistische Literatur geworfen hat, weiß, daß nach deren Theorie der Aufbau der Wirtschaft von Grund aus anders sich gestalten muß als nach wissenschaftlich-marxistischer Erkenntnis, die im Prinzip der Gemeinwirtschaft (Kollektivismus) gipfelt, sowohl was Produktion wie Verwaltung anbelangt, während der Syndikalismus niemals auf eine Gemeinwirtschaft hinarbeiten kann, solange er an dem Grundsatz der Autonomie für jede Produktionsstätte festhält und in der Praxis damit jeden Betrieb so wirtschaften lassen müßte, wie es dessen lokal-individualistischem Interesse angepaßt erscheint. Das bedeutet niemals kommunistische Wirtschaft, sondern wäre nur der Abklatsch der jetzigen kapitalistischen Ordnung, nur mit dem Unterschiede, daß statt der Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten der sogenannte freie Wettbewerb der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter mit den autonom wirtschaftenden Arbeitern anderer Betriebe treten würde. Das ist die bürgerlich-individualistische Ordnung in vermehrter und verschlechterter Auflage.

Der Syndikalismus wie jede Form des utopischen Sozialismus kann nicht anders als zu solchen geistigen Verrenkungen gelangen, weil er eben im utopistischen Sumpfboden wurzelt, d. h. weil er sich ein Bild der zukünftigen Wirtschaft und Gesellschaft in seinem Kopf zurechtgezimmert hat, nach dem er die Wirklichkeit modeln möchte. Er ignoriert die Gesetze der geschichtlichen Dialektik oder richtiger: er leugnet sie, er leugnet die Grundprinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung und bleibt so vollkommen im Kielwasser der bürgerlich-idealistischen Geschichtstheorie. Während der historische Materialismus als Grund aller geschichtlichen Veränderungen in letzter

»Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik. Ich bürgere dafür, daß kein unnütz es Blut vergossen wird. Ich will säubern, nicht vernichten. Ich will euch mit dem jungen republikanischen Heere die Freiheit und den Frieden bringen. Die Einigung der Arbeiterklasse muß gegen Spartakus erfolgen, wenn Demokratie und Sozialismus nicht untergehen sollen.«

»Bluthund«-Noske in seinem Aufruf vom 11. Januar 1919

Instanz immer wieder ökonomische Faktoren konstatiert und den menschlichen Willen in einer bestimmten Abhängigkeit von den jeweiligen Produktionsbedingungen erblickt, die jener natürlichen auch wieder seinerseits zu beeinflussen vermag, hält der Syndikalismus an der bürgerlich-ethischen Auffassung von der persönlichen Willensfreiheit fest und ist des naiven Glaubens, daß es genüge, zu wollen, um jederzeit und überall das Wesen der bestehenden Gesellschaft zu verändern. Hier haben wir die Wurzel der syndikalistischen Ideologie und damit aber auch den fundamentalen Gegensatz bloßlegt, der zwischen utopistischem Syndikalismus und wissenschaftlichem Kommunismus besteht. Ebenso groß wie der Gegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat ist auch der Gegensatz zwischen bürgerlich-idealistic und materialistisch-historischer Weltbetrachtung. Daraus ergeben sich dann von selbst die Unterschiede in der Einstellung zum Klassenkampf, zur proletarischen Revolution und den vom revolutionären Proletariat anzuwendenden Kampfmethoden. Das wird in einem späteren Artikel noch eingehend behandelt werden müssen.



Wir und der deutsche Syndikalismus.

II.

Der Syndikalismus stellt sich zwar in der Theorie auf den Boden des Klassenkampfes, aber vom Standpunkt seiner utopistisch-kleinbürgerlichen Gedankenwelt aus steht er den Bedingungen des Klassenkampfes und seinen geschichtlichen Notwendigkeiten völlig verständnislos gegenüber. Er begreift den Wahnsinn und die historische Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems, aber seiner unhistorischen Denkmethode gemäß verneint er auch gleichzeitig die harten Notwendigkeiten des proletarisch-revolutionären Kampfes, die auf die Beseitigung des Kapitalismus abzielen. Er hat sich ein Kulturideal der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung ausgemalt, wo die Wölfe neben den Lämmern friedlich grasen, und ist des Glaubens, daß auch die Mittel, mit denen um dieses Ideal gekämpft werden soll, ebenso friedlichen Charakter haben müßten. Die Brutalitäten des bürgerlichen Klassenstaates verleiten ihn zu der Schlußfolgerung, daß der Gedanke des Staates überhaupt, also auch des proletarischen Staates, zu den Dingen gehört, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßten. Der Syndikalismus erstrebt, wie wir, die klassenlose Gesellschaft und folgert – da er das Weltgeschehen mit ethischen anstatt mit historischem Auge betrachtet –, daß der proletarische Staat dasselbe Hindernis für die Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft bedeute wie die bürgerlich-kapitalistische Herrschaftsorganisation. Er leugnet darum die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, weil er im Staate an sich das Übel aller Übel erblickt, ohne zu begreifen, daß das jeweilige Staatssystem von Grund aus seinen Charakter ändert mit den veränderten Produktionsverhältnissen, und ohne zu begreifen, daß die Produktionsverhältnisse im kommunistischen Sinne nur geändert werden können unter der revolutionären Diktatur des Proletariats. Der Syndikalismus

wertet mit echt kleinbürgerlich-moralischer Entrüstung gegen die Scheußlichkeiten des proletarischen Staates, ohne jedoch den Weg zu zeigen, der ohne das Mittel der proletarischen Diktatur zum Kommunismus führt. Der Gedanke, daß sich die Diktatur der Arbeiterklasse auch gegen einzelne (konterrevolutionäre!) Teile der Arbeiterschaft richten könnte, ist für den frommen Syndikalisten so beängstigend, daß er nicht begreift, daß die kapitalistische Konterrevolution ihre Armeen eben immer aus proletarischen Elementen rekrutieren wird und daß diese Elemente als Teile der Konterrevolution mit allen Mitteln bekämpft werden müssen.

Der Abscheu vor dem staatlichen Zwangssystem an sich bestimmt demgemäß auch die Methoden des Kampfes. Verneinung des Staates überhaupt heißt Verzicht auf die Eriberung der politischen Macht. Mit dieser Ablehnung der politischen Machtergreifung dünkt sich der Syndikalismus nun wer weiß wie radikal und merkt nicht, wie das Bürgertum sich darüber lustig macht. Der Gedanke, die ökonomische Machtpositionen zu erobern bzw. zu behaupten ohne den Besitz der politischen Macht, ist eigentlich zu naiv, als daß man diesen handgreiflichen Unsinn als Unsinn noch besonders klarmachen müßte. Die Geschichte der unter syndikalistischer Leitung im Vorjahr stattgefundenen Betriebsbesetzungen in Italien, hat wohl jedem einsichtigen Proletarier den Beweis erbracht, daß der Besitz der ökonomischen Macht, der Produktionsstätten, eine Illusion ist, solange es der herrschenden Kapitalistenklasse vermöge ihres Staatsapparats möglich ist, den Produktionsprozeß zu unterbinden. Um den Produktionsprozeß zu ermöglichen, genügt es aber nicht, die wichtigsten Fabrikbetriebe in Besitz zu nehmen, sondern es ist immerhin auch notwendig, der Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über ihren gesamten Staats- und Verwaltungsapparat zu entreißen, da sie sonst vielleicht auf den Gedanken verfallen könnte, mit Hilfe ihrer bewaffneten weißen Gardien die Betriebe zurückzuerobern. Der Einwurf, daß die Bourgeoisie die Arbeiterschaft nicht mit Gewalt zur Arbeit zwingen kann, ist erstens nur bedingt richtig. Sie hat dieses Kunststück schon mehr als einmal fertiggebracht. Und außerdem lautet der Grundsatz heute im Zeichen des bankrotten Kapitalismus für das Bürgertum: Nicht Aufbau der Wirtschaft, sondern Abbau. Das heißt: das Kapital hat an einer geregelten Produktion nur noch bedingtes Interesse. Gerade im Stadium des bankrotten Kapitalismus tritt die Tatsache immer deutlicher zutage, daß bei der abnehmenden ökonomischen Machtstellung der Bourgeoisie ihre politische Machtstellung immer stärker ausgebaut und täglich gefährdender werden. Das bedeutet, daß der Kampf um die Produktionsmittel in ungleich höherem Grade als bisher noch einen Kampf um die Staatsgewalt darstellt. Daraus folgt, daß dieser Kampf neben den wirtschaftlichen Kampfmitteln auch die Anwendung von allen politischen, den bewaffneten Aufstand inbegriffen, notwendig macht. Der Syndikalismus, der den bewaffneten Aufstand grundsätzlich verwirft, leugnet damit die Notwendigkeiten der proletarischen Revolution und landet im Sumpfe des ausgesprochenen bürgerlichen Pazifismus, wie die literarische Mitarbeit einer Helene Stoecker und eines Armin T. Wegener am „Syndikalisten“ wohl unzweideutig genug beweisen.

• **Der Kampf** – Organ der AAU (RBO), Berlin – 2. Jg. – Nr. 3 / 1921 [erschien nach dem 9. Mai '21]

Paul Mattick

Die Industrial Workers of the World und die Allgemeine Arbeiter-Union

Eine notwendige Klarstellung.

(Februar 1929)

I.

Der *Kampf*, das Organ der A.A.U. Deutschlands, brachte Ende 1928 die Übersetzung der besten I.W.W.-Propagandabroschüre: Was ist die I.W.W.? Sie enthielt in knappsten Sätzen die Prinzipienklärung, die wie ein Berg oder auch wie ein Juwel aus der breiten programmatischen Umschreibung aufragt und glänzt. Die Klarheit der Prinzipienklärung ist fast ein Widerspruch zu dem umständlichen Programmbau, bei dem am Dach, Fundament und Konstruktion gleichzeitig und planlos gearbeitet wird. Ist das Programm oder die Prinzipienklärung, die vorsichtige Stellungnahme zu dem Problem des Klassenkampfes, die niemandem weh tun, und auch von niemandem belästigt werden will? Die Praxis der I.W.W. beweist, und nicht nur die Praxis, auch die Genossen der I.W.W. beweisen, daß die Prinzipienklärung ihr Herzschlag ist, und alles andere eine Auseinandersetzung mit Dingen ist, die sie auch unterlassen oder eines Tages zur Hölle jagen können. Das gibt es nur einmal in der Arbeiterbewegung: daß die Praxis einer Organisation besser ist, als ihre Theorie.

Programm und Theorien — — Schall und Rauch! Der Zusammenbruch der 2. und 3. Internationale (als Klassenkampf-Organisation), ihre schmutzige Praxis, treibt jedem den Ekel in die Augen, der sich ihre theoretischen Formulierungen von einst zu eigen gemacht hat; und wenn diese Vertreter von Revision zu Revision schreiten, um sich theoretisch dem Schmutz ihres Lebens anzupassen, so eilt das, was sie Praxis nennen, neuen Gemeinheiten immer um zehn Schritt schneller entgegen.

Das Programm der I.W.W. ist zwanzig Jahre alt, und wenn revisionistische Strömungen es verbiegen sollten, so nur nach links. Das Arbeiterelement, aus dem sich die I.W.W. zusammensetzt, und auch ihr organisatorischer Aufbau sorgen dafür, daß selbst mit dem Katechismus zum Programm, die I.W.W. die einzige revolutionäre Arbeiterbewegung Amerikas ist und bleibt. Niemand kann der I.W.W. angehören, der nicht ein Ausgebeuteter ist, der nicht zur Klasse des Proletariats gehört. Das zersetzende, kleinbürgerliche Element all der anderen Arbeiter-Organisationen fehlt der I.W.W. vollständig, sie ist in organisatorischer Hinsicht eine „Arbeiter“-Organisation in letzter Konsequenz. Die I.W.W. wird sich irren können, ihr Charakter ist nicht zu ändern, oder die Lehre vom Klassenkampf wäre falsch. Es ist nicht die Zauberformel der „One big Union“ (das ist kein erreichbares Ziel), die Organisation an sich bestimmt noch nichts, aber hier bestimmen ihre Elemente den Inhalt, und hier stehen sie im Klassenkampf, dem sie nie ausweichen können, und haben ihre eigene Waffe, die ihnen kein Verräter in die Hand gedrückt hat. Ist ihre Waffe heute noch stumpf, so werden sie sie morgen schärfen. Wenn sie irgendetwas erfaßt haben, so ist es die Erkenntnis, daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann, und damit treten sie in den Streik, um zu verlieren oder zu gewinnen: nur eins können sie nicht verraten werden. So werden sie morgen die Erde gewinnen, vielleicht nicht mittels der I.W.W., jedoch nur vermittelt der Klassen-Organisation, dem Ideal der heutigen I.W.W.-Genossen. An die I.W.W. muß man bejahend herantreten, nicht kritiklos, aber

mit dem Bewußtsein, die einzige revolutionäre, amerikanische Klassenkampf-Organisation vor sich zu sehen.

II.

Der erste aller Differenzpunkte, die zwischen der A.A.U. und der I.W.W. bestehen, ist der der politischen Aktion. Der Satz: „Die I.W.W. hat absolut nichts zu tun mit politischen Revolutionen, noch mit politischen Aktionen irgend welcher Art“, wird durch die Praxis und die Stellung der I.W.W. in U.S.A. direkt, entgegen aller Ablehnungsversuche, aufgehoben. Die Debatten über diesen Punkt müssen sich in leerem Geschwätz erschöpfen, solange die I.W.W. (wie führende Genossen sich äußerten) ihren eigenen Diktionär hat (d. h. Wörterbuch). Für sie ist „Wallstreet“ die ökonomische Macht und für sie ist die Beseitigung Wallstreets, der Kampf um die kommunistische Bedarfswirtschaft, ein ökonomisches Problem. Auch für die A.A.U.! Für wen ist dies kein ökonomisches Problem? Und Polizei, Militär, Schule, Zuchthaus, — — alle staatlichen Zwangsmittel, alle politischen Mittel, sie sind letzten Ende alle ein Teil des Ökonomischen, also bis zu einem gewissen Grade auch ein ökonomisches Problem. Die verräterischen Arbeiter-Organisationen, die einen gegebenen ökonomischen Zustand stützen, sind absolut ein ökonomisches Problem, und deshalb gibt es kein rein politisches, in letzter Konsequenz überhaupt kein politisches Problem. Das stimmt so genau, daß es schon gar nicht mehr richtig ist. Wie man das Ding nennt, — — das wäre wirklich ganz gleich. Aber hier wird, um der Klarheit willen, Verwirrung getrieben. Die ökonomische Macht der Bourgeoisie ist ihr Besitz an Produktionsmitteln, und zur Sicherung dieses ökonomischen Zustandes bedient sie sich politischer (so wird das genannt) Machtmittel. Diese Machtmittel sind ein ökonomischer Zustand, schon weil sie von diesem Zustand bedingt sind. Sie sind, wie die I.W.W. ganz richtig sagt: der Stock in den Händen der ökonomisch herrschenden Klasse gegen die Proletarierhunde, die diesen ökonomischen Zustand beseitigen, oder in ihm ihre eigenen Interessen wahren wollen. Ohne diesen Stock ist die Kapitalherrschaft undenkbar, und so sind die politischen Machtmittel, entgegen der Auffassung der I.W.W., kein „bloßer Reflex“, kein „leerer Schatten“ des herrschenden Systems: sie sind das „Schwert“ in den Händen der Herrschenden. Ein Schatten, ein Reflex kann nicht ein Knüppel sein, und hier tritt schon rein stilistisch im Programm der I.W.W. ein Widerspruch zutage. Um die Substanz zu treffen, kann man allerdings nicht hinter einem Schatten jagen; aber wie schon gesagt, der „Stock“ ist kein Schatten, sondern ebenfalls „Substanz“, und es ist durchaus nicht unsinnig (auch wenn die I.W.W. das meint), wenn der mit dem Stock geschlagene Hund seine Zähne in diesen Stock vergräbt; denn unter Umständen kann er dem Schläger den Stock aus den Händen reißen und diesen damit vollkommen wehrlos machen. Kein Schatten, ein Stock hält das Proletariat von der Substanz (der ökonomischen Herrschaft) zurück, allein durch die Entreißung dieses Stockes wird der Weg zur Macht frei. So unsinnig, so in die Augen springend primitiv diese Argumentation der I.W.W. ist, so billig und scheinbar absichtlich oberflächlich ist ihre Beweisführung zur Erhärtung ihrer Auffassung. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter Schwedens und Deutschlands ihrer Bourgeoisie

IWW und AAU – keine Gemeinsamkeiten!

► »Die I.W.W. hat absolut nichts zu tun mit politischen Revolutionen, noch mit politischen Aktionen irgend welcher Art, was man leicht verstehen wird, wenn man folgendes liest: wir fragen einen Mann nach seiner politischen Ansicht ebensowenig, wie nach seiner Religion oder Hautfarbe, da es uns nicht interessiert. Wir haben derlei Klassifizierungen unserer Genossen abgelehnt, und sind als Organisation vollständig uninteressiert an Politik, Religion oder Rasseproblemen, ja, wir verbieten sogar solche Propaganda innerhalb der Organisation, um von vornherein jeden Anlaß, der Streitereien oder Spaltungen herbeiführen könnte, aus dem Wege zu räumen.«

• Übersetzung
Paul Matticks von *What is the IWW? A candid statement of its Principles, Objects and Methods, Chicago, Industrial Workers of the World, ca. 1922.* Vgl. das englischsprachige Original <<http://pds.lib.harvard.edu/pds/view/5322623?n=1&imageSize=1200&ip2Res=.25>>.

sie den Regierungsknüppel aus den Händen gewunden haben; und weil das nicht wahr ist, stimmt auch nicht die Behauptung, „daß der sozialistische Knüppel genau so schlecht war, wie der kapitalistische.“ Die parlamentarische Beteiligung sozialreformistischer Arbeiter-Organisationen in der bürgerlichen Demokratie (es gab bisher keinen anderen Zustand in Schweden und Deutschland) läßt den Knüppel immer in den Händen der Bourgeoisie. Die Arbeiter Schwedens und Deutschlands waren nie Besitzer der politischen Gewalt, denn die politische Gewalt ist nichts von der ökonomischen Herrschaft Losgelöstes, sondern nur denkbar als eine Einheit. Es gibt keine Bourgeoisie ohne politische Gewalt, und es gibt keine politische Gewalt des Proletariats ohne die Herrschaft über die Produktionsmittel. Die politische Gewalt des russischen Proletariats vor der N.E.P., abgesehen davon, daß sie eine Parteigewalt war, war mit der Enteignung der russischen Bourgeoisie verbunden und zerbrach allein an der ökonomischen Notwendigkeit des russischen gesellschaftlichen Zustandes, dem die Voraussetzungen zur kommunistischen Wirtschaft fehlten. Diese Parteigewalt, die russische politische Gewalt, mußte den Interessen einer Neukonsolidierung des russischen Kapitals dienen, da es eben keine Trennung zwischen Oekonomie und Politik, zwischen Wirtschaft und Staat gibt, da mit dem Knüppel der Mann fällt; wenn der Mann steht, er auch den Knüppel hat.

Wir werden an anderen Punkten unserer Kritik noch auf diese „Frage“ zurückkommen, hier sei vorläufig nur noch gesagt, daß die I.W.W. mit ihrem eigenen Diktionär nichts erreicht, sondern die notwendige Klarheit trübt. Ein Teil der I.W.W.-Genossen weiß nichts von diesem „eigenen Diktionär und läßt sich bei Demonstrationen (oder denkt dies doch wenigstens theoretisch) mit verschränkten Armen den Gummiknüppel über den Schädel schlagen. Oder glaubt, wie der Genosse J. Wagner, da man in Amerika eine Pistole ohne weiteres nicht kaufen kann, daß eine politische Revolution, Kampf eines bewaffneten Proletariats unmöglich ist. Und doch haben I.W.W.-Genossen 1911, in Ludlow und auch zu anderen Zeiten mit „eigenen“ Maschinengewehren „ökonomisch“ dazwischengeknallt und manch ein Hüter des „politischen“ Gesetzes hat schon ins Gras beißen müssen. Genosse Wagner sagt in einer Polemik gegen die Auffassung des politischen Kampfes der A.A.U.: „Wenn die A.A.U. jede Aktion des Proletariats eine politische nennt, so würde auch das Kaufen eines belegten Brötchens an der Wurstbude politischen Charakter tragen.“ Mit dieser billigen Polemik zu antworten, würde ergeben, daß, wenn alles ökonomische Handlungen sind, auch das Begrüßungsschreiben der I.W.W. an den D.I.V.[1] eine ökonomische Aktion bedeutet.

So kommt man nicht weiter und sich nicht näher im Verstehen. Die I.W.W. soll ihren eigenen Diktionär behalten, solange es ihr Vergnügen macht, — sie soll aber den Shawschen Witz bei Bernhard Shaw lassen, und einfach ehrlich sprechen. Soll sagen: Auch wir werden gegen die Machtmittel der Bourgeoisie anrennen, die ihr politisch nennt und wir ökonomisch, weil es uns so Spaß macht, oder: Wir wollen die Produktion übernehmen, wie die Sozialdemokratie auf evolutionistischem Wege, nicht mit revolutionären Mitteln — damit man sie wie die Sozialdemokratie behandeln kann.

Auch hierauf werden wir noch eingehen müssen.

III.

Die seltsame, rein ökonomische Auffassung des Klassenkampfes zeugte die noch seltsamere Theorie der „absolut rein ökonomischen direkten Aktion“, die den Streik um Verbesserungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sowohl, als auch zur Uebernahme der Produktion durch das Proletariat führen soll. Die Streiktaktik der I.W.W. in den U.S.A. hatte Erfolg und ist damit legitimiert; die Vorstellungen über die Uebernahme der Produktion durch das Proletariat sind, soweit

sie überhaupt auftreten, ein Phantasiegebilde, das bei einem Marxisten peinliche Gefühle erweckt. Hier muß bemerkt werden, daß die Internationalität der I.W.W. bisher nur Wille ist, und daß dieselbe, als ein amerikanisches Gewächs, ihre Ideologie in einem amerikanischen Rahmen unterbringen mußte. Das Programm entstand zu einer Zeit, als das amerikanische Kapital zu Riesensprüngen ansetzte, um in den (jetzt bereits ablaufenden) Zustand größtmöglicher Prosperität zu gelangen. Der Sturz eines wachsenden Kapitalismus kann nicht der erste Punkt auf der Tagesordnung des Proletariats sein. Es hat auf die schwächsten Momente der Bourgeoisie zu warten und das Problem der Machtübernahme mußte so für die I.W.W. in der Gründerzeit ihrer Organisation natürlich ein zweitrangiges sein. Die Stärkung des amerikanischen Kapitals durch den Krieg, seine jetzige Vormachtstellung, die wohl auf faulen Fundamenten, aber doch ruht, läßt eine Auffassung der Todeskrise des Kapitals, die zur sofortigen Ausnützung drängt, nicht in der Art zu, wie sie den deutschen revolutionären Marxisten geläufig ist. Man lebt nach der Auffassung, daß irgend „eine Zeit“ zu kommen hat, spricht von der Unreife des Proletariats, davon, daß es militärisch nie ein Faktor sein kann, daß man den Punkt abzuwarten habe, wo der Kapitalismus sich selbst festgefahren hat, wo er die Produktion nicht mehr führen kann (wörtlich: „sie aus den Händen gleiten läßt“) und das Proletariat (technisch in jeder Hinsicht gebildet) so ohne einen Tropfen Blut, allein, weil die Produktion den Kapitalisten „aus den Händen gleitet“, (na, ganz einfach) die Produktion nun bedarfskommunistisch in Bewegung setzt; den Soldaten, Gerichten, Parlamenten keine Löhne oder Diäten mehr bezahlt, sie also verhungern läßt oder durch Not in die Fabriken treibt. Diese Vorstellungen gehen weit über das Lächerliche hinaus. Sie deuten nicht auf einen revolutionären, sondern auf einen evolutionären Charakter hin. So kann man in den Straßen Chicagos Agitatoren der I.W.W. hören, die diese Gegensätze frei- oder unfreiwillig durcheinander bringen oder verwechseln. Jedoch: da sind die Prinzipien eindeutig, klar, ein Bekenntnis zum ewigen Klassenkampf. Da wird trotz allem mit Energie behauptet: die I.W.W. ist eine revolutionäre Arbeiterorganisation.

Verwirrung und Unklarheit sind im Programm der I.W.W. nicht zu missen. Auch die Debatten, welche bisher zwischen A.A.U. und I.W.W. geführt wurden, haben diesen Eindruck bei den Genossen der A.A.U. nur noch verstärken können.

Ihren proletarischen, revolutionären Charakter konnte die I.W.W. trotzdem nicht verleugnen, selbst wenn sie dies wollte. Gerade die internationalen Diskussionen werden das Blickfeld der I.W.W. ungemein erweitern; sie werden die Fragen des Klassenkampfes nicht mehr vom amerikanischen Gesichtspunkt allein, sondern von demjenigen der Weltrevolution aus zu beantworten haben. Ebenso wenig wie Amerika die Welt darstellt, ist die I.W.W. die alleinseligmachende Arbeiterorganisation. Es ist eine Anmaßung und ein nicht mehr nützlicher Grad von Selbstbewußtsein, folgendes zu behaupten: „Gegenwärtig, da alle anderen sozialistischen Theorien und Bewegungen fehlschlagen, auch keine Hoffnungen für die Zukunft mehr erwecken können, steht allein die I.W.W. in der Meinung der Arbeiter der ganzen Welt als Meister der Situation da.“ Wie können Theorien fehlschlagen, die niemals praktisch verwertet wurden? Der frühere Kautsky, der frühere Hilferding, der frühere Lenin — was ist da fehlschlagen? Die Sozialdemokratie, die drei Internationalen — was haben diese Organisationen getan, um der marxistischen Auffassung in der Praxis des Klassenkampfes gerecht zu werden? Die europäischen Marxisten sehen im Fehlschlag des Bolschewikiexperimentes nicht eine Schwäche, sondern den Beweis für die Kraft und die Sicherheit ihrer marxistischen Auffassung. Die Hoffnungen des Proletariats auf eine überlieferte Organisationsform, sein Vertrauen in Führer-Organisationen auf kapitalistisch-politischer Basis schlugen fehl. Die Schwäche lag nicht in der Theorie,



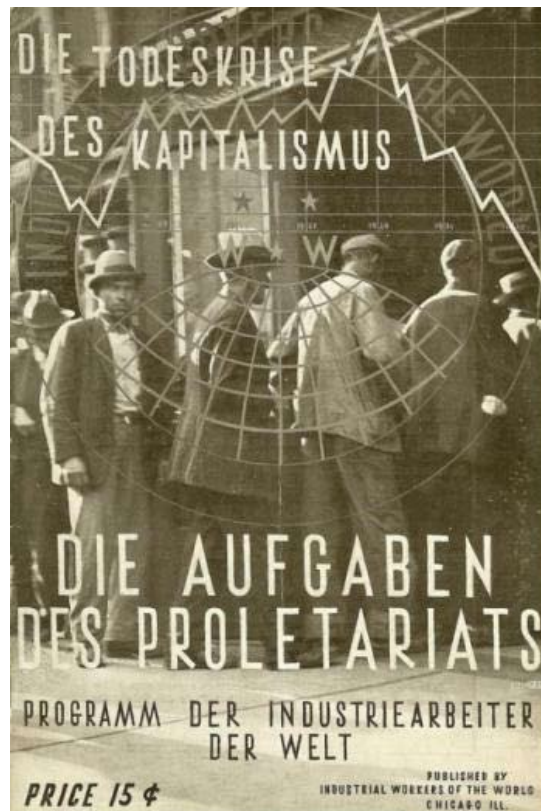
sie lag in der Praxis. Jedoch die Hoffnungen des europäischen Proletariats sind nicht erschlagen, auch nicht auf die I.W.W. gerichtet. Die Hoffnung des europäischen Proletariats saugt ihre Kraft aus den andersgearteten, fortgeschrittenen (im bürgerlich zersetzenden — proletarisch stärkenden Sinne) Verhältnissen Europas, die das Proletariat vor andere Aufgaben stellen, als sie die amerikanischen Arbeiter vor sich haben. Die Theorie der I.W.W. reicht nicht aus, um den Anforderungen der europäisch-revolutionären Situation gerecht zu werden.

Nur an einem Punkt und zum Glück dem hauptsächlichsten, ist die I.W.W. dem europäischen Proletariat zum Vorbild geworden. Die Zerstörung der alten Organisationsform (Gewerkschaften, politisch-parlamentarische Führerorganisation) ist für das europäische Proletariat ebenso notwendig, wie für das amerikanische auch. Die Erweckung des Selbstbewußtseins in Verbindung mit einer dem monopolisierten Kapital gewachsenen, geschlossenen, von den Mitgliedern allein bestimmten Organisation des Proletariats, die nur Klassen- und keine anderen Interessen mehr hat, die eindeutige, die erste, wirkliche Klassenkampforganisation des Proletariats ist zu schaffen. Dieses Neue, dieser erste Willensausdruck eines nicht mehr mit der Bourgeoisie verketteten Proletariats, hat in der amerikanischen I.W.W. seinen ersten Niederschlag gefunden. Diese Idee, nicht das widerspruchsvolle Drum und Dran ist das Geschenk der I.W.W. an das Weltproletariat. Die Arbeiterorganisation in letzter Konsequenz ist ein anderer, ein wirklich moralischer Faktor, der uns Marxisten mehr bedeutet, als die einst in viel gefährlicheren Widersprüchen und Zweifeln geborene 3. Internationale. Das Abwenden von Moskau hat gezeigt, daß die I.W.W. ihrer selbst gerecht zu werden versteht und eine neue Internationale wird wirklich den Ideen der Schöpfer der I.W.W. insoweit entsprechen, als sie in ihrer Prinzipienklärung enthalten sind.

IV.

Die Verkennung der europäischen Situation durch die I.W.W. findet ihre beste Formel in der fast allgemeinen Auffassung, daß Lohnkämpfe und andere, den kapitalistischen Rahmen nicht sprengende Verbesserungen, dem europäischen Proletariat noch genau so möglich sind, wie dem amerikanischen. Dies ist jedoch kein Streitpunkt von tieferer Bedeutung, hier kann man mit Tatsachen erwidern. Auch, daß die spaßige Kampfmethod, der „Streik im Betrieb“, etwas in Europa Undenkbares ist, will den Genossen der I.W.W. schwer einleuchten. Die vollkommene Ignorierung der staatlichen Machtmittel hinderte Rockefeller in Colorado nicht, I.W.W.-Genossen zu morden und ein Streik in den Betrieben ist eine auch hier schon veraltete Taktik, die spezifisch amerikanisch, eine auch nur auf Bezirke begrenzte, der Bourgeoisie vollkommen ungefährliche Verhandlungszeit darstellt. „Streik in den Betrieben mit fortlaufender Entlohnung“, wie kann man darüber überhaupt ernsthaft reden. Wer streikt, liegt auf der Straße, in Amerika und überall. Und wer in die Betriebe will, ob „um zu streiken“, oder Streikbrecher zu entfernen, der wird abgeknallt von den Rockefeller des Erdballes. Die I.W.W. argumentiert hier mit Dingen, die gar nicht mehr da sind.

Die Lohnkämpfe in Europa liegen noch in den Händen der konterrevolutionären Gewerkschaften und der von ihr geschaffenen Schlichtungsordnung. Bei Abkehrung des Proletariats von diesen Organisationen, die im Interesse des herrschenden Systems, das sich mit ihrem eigenen deckt, diese Kämpfe verraten müssen, würden Lohnkämpfe systematisch zu politischen, d. h.: Kämpfe um die Macht, die Produktionsmittel. Zu Zugeständnissen, die für das Proletariat von Bedeutung wären, ist die Bourgeoisie nicht mehr imstande. Ein Proletariat kann nicht erkämpfen, was nicht da ist, eine Klassenorganisation kann in Europa nur Klassenpolitik in letzter Instanz treiben.



Ein Kampf des Proletariats den Klauen der Führerbükratie, den konterrevolutionären Organisationen entrissen, würde die Staatsgewalt den Knüppel mobil machen und dem bewaffneten Kampf oder der völligen Preisgabe wäre nicht auszuweichen. Hierbei bliebe noch unberücksichtigt, daß ein vom Sozialreformismus losgelöstes Proletariat, keine sozialreformistische Politik treiben kann und würde. Wäre die „One big Union“ eine Möglichkeit, so hätte sie politische Kämpfe im Gefolge, eine Ignoranz wäre dann undenkbar, denn sie bedeutete den Tod.

V.

Die I.W.W. ist eine wirtschaftliche Organisation. Sie ist nicht antipolitisch, sie ist apolitisch. Sie bekämpft nur politische Parteien aus Selbsterhaltungstrieb und nur dann, wenn diese Parteien sich gegen sie wenden. Sie greift nicht an, schlägt nur zurück. Sie hat sich, wie im Programm gesagt wird, keinem Dogma, keiner „gebietenden Philosophie“ verschrieben, duldet alle Ueberzeugungen in ihren Reihen, also auch Leute, die zur Kirche gehen, oder Hoover wählen oder den EKKI-Kurs mitmachen, absolut Alles, was nur arbeitet. Sie drängt tatsächlich zur „One big Union“ und denkt, ihre Organisation würde schon allein durch ihre Existenz imstande sein, einst den Laden zu schmeißen. Heute spitzt sich alles zu auf Reformen und Lohnverbesserungen und als Endziel propagiert man die Uebernahme der Produktion und baut die neuen Produktionsorgane, die neue Gesellschaftsform „in der Schale der alten“. Die I.W.W. ist nicht antiparlamentarisch, das ist ja ein politisches Problem; sie ignoriert dies, wie die anderen politischen Fragen. Sie ist nicht gegen den Staat, für sie existiert der Staat gar nicht. Alle Wege, die zur Massenorganisation führen, sind von ihr freigelegt. Wer mehr Lohn haben will, der soll zur I.W.W. gehen. Er kann zwar als Mitglied der sozialistischen Partei Amerikas gleichzeitig seine Willensäußerung wieder aufheben, aber das macht nichts, die I.W.W. ist loyal, sie ist großzügig. Auf ein paar Jahrhunderte kommt es ihr nicht an. Irgendwann wird in der Weltgeschichte schon wieder ein Parallelfall der Auflösung Roms eintreten. Dann werden sie die Produktion schon übernehmen, denn bis dahin haben sie genug Handbücher herausgegeben, aus denen zu ersehen ist, wie ein Chemietrust oder eine Strumpffabrik geleitet sein will.



In der kommenden Ausgabe der Barrikade berichten wir über die kurze **Geschichte der deutschen IWW**.

So wie sie ihre ethische Seite, (wenigstens im Wortschwall) der christlichen Phraseologie entlehnen, so könnten sie sich oft als Motto setzen: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Sie können sich nicht damit abfinden, daß das Proletariat in seinen Kämpfen Verluste haben wird. Die Toten von Colorado peinigen ihr Gewissen, vielleicht gäbe es doch einen anderen Weg, einen, auf dem keine Toten bleiben. Vielleicht hat man Fehler gemacht, denn es gab Tote. Eigentümlich ist die Angst vor Verlusten, die ihre eigenartige Theorie formte, sie möchten nicht gern einen Proletarier vermissen. Der gute Mann kann vielleicht blöd sein, aber ein Interesse muß er haben: mehr Lohn zu empfangen, und wenn die Bourgeoisie keinen Lohn mehr zahlen kann, so doch weiterzuleben durch eine Aenderung der Gesellschaftsordnung. Stumpfsinnig kann er zur I.W.W. kommen, bis zur Zeit des großen Kladderadatsch wird er schon genügend gelernt haben, um Gott, Hoover oder Stalin vergessen zu können.

Die I.W.W. erscheint jesuitisch: sie operiert mit allen und nach allen Richtungen. Sie greift zu einem Bittgesuch an einen amerikanischen Gouverneur so leicht, wie zur Ausdehnung eines Streiks auf weitere Staaten. Sie duldet alles, sobald es ihren Zwecken dient. Ist das Proletariat nicht durch Versammlungen zu erreichen, so kriegt man es doch durch Bälle. Man ist nicht Marxist, selbst, wenn man marxistisch denkt, nur keine Namen nennen, sich zu nichts bekennen, man kann so und auch so, alles für das eine Ziel: zu zeigen, die IWW, ist die Organisation des Proletariats, denn sie verbessert das Leben der Proletarier, rettet sie vor dem Untergang, jetzt und immer.

VI.

Zusammengedrängt läßt sich die theoretische Auffassung der I.W.W. auf folgende Basis bringen: sie war und ist die erste Arbeiter-Organisation Amerikas, die mit Klassenzielen auftritt. Sie entstand und fand ihre Formulierung in einer Epoche des höchstentwickeltesten Industrialismus, der schärfsten Konzentrationsbewegung des sich noch immer vorwärtsentwickelnden amerikanischen Kapitals. Sie schuf eine Organisation nach Industrien, um an Schlagkraft das größtmögliche herauszuholen: um der Konzentration des Kapitals die Konzentration des Proletariats entgegenzusetzen. Sie erkennt die Gewerkschaftsbewegung als eine kapitalistische Organisation und bekämpft sie wie den Kapitalismus überhaupt. Als Klassenorganisation beteiligt sie sich nicht an kapitalistischer Politik, ist so immun gegen die Verlockungen der üblichen Spiegelfechtereier der amerikanischen politischen Parteien und der damit verbundenen Vorteile. Sie sah und sieht einen riesenstarken Kapitalismus vor sich, glaubt an sein Ende, doch nicht an sein baldiges. Sie teilt die Auffassung der Marxisten in bezug auf

die Erkennung der Struktur des Kapitalismus und seiner geschichtlichen Entwicklung wie Begrenzung. Sie ist überzeugt, daß die „Todeskrise“ ein schon begonnener Prozeß ist, dessen Ende jedoch noch nicht abzusehen ist. Sie ist überzeugt, auch durch Erfahrung, daß es möglich ist, dem Kapital Zugeständnisse abzurufen, und führt einen Kampf um Verbesserung der Lebenslage des Proletariats mit allen Mitteln, ihre Kampfaktik unterliegt nicht Prinzipien, sondern dem Erfolg. Geht eine Partei während eines Streiks gemeinsam mit der I.W.W., so wird man diese Partei nicht angreifen; erst dann, wenn sie sich gegen die I.W.W., d. h. in einem Streik gegen die Streiker und den Streik richtet. Sie entfacht, führt und beendet Streiks, nie gegen, sondern nur durch den Willen der Streikenden. Sie ist nicht föderalistisch, sondern straff zentralistisch aufgebaut; doch auf einer Basis, die diese Zentralisierung fruchtbar und ungefährlich macht.

Die Betriebs-Organisationen (wie die BO. der A.A.U.) sind die Teile der Industrie-Organisationen. Die Organisation nach Industrien ist die Folge der Auffassung, daß innerhalb der jetzigen Gesellschaftsordnung schon die Struktur der neuen Gesellschaft zu legen ist. Sie haben die Struktur der kommunistischen Gesellschaft gebrauchsfertig in der Tasche. Auch als Streikwaffe bewährt sich der Streik nach Industrien; dieser Punkt soll kein Differenzpunkt zwischen I.W.W. und A.A.U. sein. Die Schulung ist neben und mit dem Streik das erste Wort der I.W.W. Sie gerieten in dieser Frage auf absonderliche Wege, z. B. zu der Auffassung, man habe das Proletariat technisch so weit vorzubilden, daß es, wie schon vorher gesagt, imstande sei, die Wirtschaft mit der Uebernahme der Produktionsmittel auch führen zu können. Doch ist es um diesen Punkt schon still geworden. Die Schulung der Proletarier durch die I.W.W. ist die Schulung zum Klassenkampf. Sie verwendet ihre Kraft mehr im täglichen Kampfe, als in der Sorge um die Zukunft. Die Presse der I.W.W., von Arbeitern geschrieben, beweist, daß ihre Stellung zu proletarischen Problemen heute ihr Programm bei weitem überragt. Eine Anzahl guter Marxisten wirkt in der I.W.W. und wird auch die Theorie über kurz oder lang den neuen Verhältnissen anpassen.

Wir haben hier versucht, was uns am I.W.W.-Programm irritiert, zurechtzurücken. Ohne Zweifel werden die Genossen der A.A.U. dieses Programm nicht in allen, sondern nur sehr wenigen Punkten decken können. So sehr auch dieses Programm behaupten mag, eine wirkliche, authentische Darstellung der Grundsätze und Prinzipien der I.W.W. zu sein, so wenig kann man ihm glauben, sobald man innerhalb dieser Organisation lebt, ihren Kampf und ihre Mitglieder kennt. Sehr oft wird behauptet, die I.W.W. hätte syndikalistische Tendenzen. Das ist nicht zutreffend. Sie zählt ohne Zweifel Syndikalisten in ihren Reihen, aber sie verwirft als Organisation aufs energischste syndikalistische Theorien. Ihr Endziel ist durchaus dasselbe, wie das der A.A.U.: nicht Zerstörung, sondern Entfaltung der Produktionskräfte, die der Kapitalismus hindert. Doch der Weg zu diesem Ziel deckt sich nicht mit dem der A.A.U. Die A.A.U. darf aber deswegen nicht in eine Borniertheit verfallen, die sich an einem schlechtverfaßten Programm stößt, sie hat die Pflicht, weiter zu sehen. Sie kann nicht auf Kritik verzichten, aber in ihrer Kritik wurzelt der Wille, sich näher zu kommen. Die A.A.U. muß eine Verbindung mit der I.W.W. wünschen und hat für sie zu arbeiten. Die heftigsten Debatten zwischen I.W.W. und A.A.U. werden nicht verhindern können, daß sie trotzdem auf einer Linie kämpfen: Gegen Amsterdam und Moskau, gegen die verräterischen Organisationen, — für die Organisation des Proletariats als Klasse, für wirkliche Kampforganisationen des Proletariats. •



Kontrollen am Neumarkt in Hamburg - Reichsexekution 1919

»Frieden, Freiheit, Brot!« Die Revolution 1918/19 in Hamburg

Der Konterrevolutionär StD. Dr. Joachim Paschen

„Frieden, Freiheit, Brot!“ lautete der Schlachtruf der Revolutionäre von 1918. Eine neue Zeit sollte kommen, statt der Hölle des Krieges das Paradies auf Erden. Es war auch die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland. 90 Jahre danach schildert der Autor Joachim Paschen am Beispiel Hamburgs die wilden Kämpfe jener Zeit. Ein neuer Zugang zu den Quellen sowie die Auswahl unbekannter Bilder rücken die Menschen und ihre Motive in den Mittelpunkt der spannenden Darstellung. Der ungewohnte Blick hinter die Kulissen der Revolution zeigt uns sehr vertraute Verhaltensweisen. Was blieb von den hochfliegenden Plänen der Vergangenheit? Die Revolutionäre in Hamburg und ihre Widersacher erzählen es uns.

So wird das neue Buch eines Hamburger Historikers beworben und es finden seit dem 9. November 2008 Veranstaltungen mit ihm statt. Dieses Buch und dieser Kerl sind wirklich widerlich. Er hört sich an wie einer der übelsten Schreiberlinge der Springer-Journaille alter Schule. Der Gegenrevolutionäre Joachim Paschen ist nicht nur Leiter der Staatlichen Landesbildstelle HH (daher hat er wohl einen besseren Zugriff auf die Bilder, die andere in der Staatsbibliothek nicht einsehen können!). Außerdem ist dieser Mensch auch noch als Referent für die Erste Staatsprüfung für das Lehramt Oberstufe-Allgemeinbildende Schulen und die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien in der Behörde für Bildung und Sport verantwortlich: Studiendirektor Dr. Joachim Paschen.

Warscheinlich meint er, mit seinem umfangreichen Buch das erste Geschichtsbuch über die fürchterliche Zeit der Novemberrevolution 1918 in Hamburg geschrieben zu haben. Sicher, die Novemberrevolution wird in Hamburg unter den Teppich gekehrt, die bürgerlichen bis extrem rechten Kräfte in dieser Handelsmetropole des »Big Business« wollen keine Erinnerung an die revolutionäre Umsturzperiode. Niemand erinnert sich gerne an die revolutionären roten Matrosen aus Kiel und die zur Rebellion bereiten Werft- und Hafearbeiter. Klar, die jagten den geliebten Kaiser vom seinem Throne und der kaiserliche Reeder,

Albert Ballin, unternahm sich aus Gram über die Abdankung bzw. Verjagung seines Idols das Leben – Selbstmord am 9. November 1918.

Aber natürlich gibt es genügend historische Berichte, wissenschaftliche Dissertationen zu den revolutionären Ereignissen in Hamburg 1918/19 und über die Niederschlagung dieser Aufstände. Paschen möchte seine reaktionäre Sichtweise der verflossenen Geschichte literarisch vorzeigen.

Was man diesem Menschen zugute halten muß: er ist ehrlich. Sein Ansatz ist ganz interessant: einen Spaziergang durch die Ereignisse, sich auf sie einlassen, so tun, als ob das Ende offen ist - aber er hält es nicht durch. Er kann sich nicht verkneifen, im Vorgriff nachzutreten. Die Revolutionäre sind alle schlimme Finger, Kakeeler, Mordbrenner, Großmäuler, Feiglinge etc. Er schreibt mit der gehässigen Gewißheit jener, die auf der Seite der Sieger sind und den Revoluzzern immer schon mal was sagen wollten – und die können sich nicht wehren. Insofern müssen wir sagen, daß Paschen eher im Ton des *Hamburger Tageblattes* (NSDAP-Tageszeitung) als der von Springers *Die Welt* vor 30 Jahren oder dem *Hamburger Abendblatt* schreibt: deutschnational ohne Antisemitismus (wenn's auch schwer fällt). Herr Paschen hat wirklich interessante Quellen aufgetan, von den Bildern ganz zu schweigen – aber er singt das **Hohelied der Konterrevolution**. Aber lest selbst unsere Recherchen.

• Folkert Mohrhof / J.S.



Joachim Paschen,

»Frieden, Freiheit, Brot!« Die Revolution 1918/19 in Hamburg, 240 Seiten, mit zahlreichen zeitgenössischen Fotos und Illustrationen
Paperpack, ISBN 3-934632-33-5, Ladenpreis 24,90 €
DoBu-Verlag, Hamburg

Sicherheitswehr beschützt das Verlagshaus der SPD-Zeitung *Hamburger Echo* - 1919



An die Bevölkerung von Groß-Hamburg!

Wieder einmal ist in Hamburg Blut geflossen.

Aus der spontanen Entrüstung über die **schändliche Verfälschung von Lebensmitteln** heraus ist eine mächtige Protestbewegung entstanden, die die Hamburger Regierung glauben, im Blut ertrinken zu müssen.

Wahrenseher Freiwillige im Bunde mit der Schutzmannschaft waren es, die das Blutbad verursacht haben.

Arbeiter!

In ganz Deutschland finden in den letzten Tagen spontane Tumulte statt, die keinen politischen Charakter tragen, sondern geboren sind **aus der Verzweiflung der hungernden Massen**, die zusehen müssen, wie man ihnen für teures Geld verdorben, ungenießbare und Gift erregende „Lebensmittel“ verabreicht, um diejenigen zu vergiften, die noch einigermaßen ihre Gesundheit in dem fürchterlichen Mordverbrechen bewahrt haben.

Die Schweinereien von Hamburg, Altona und anderen Städten sind nur dadurch möglich, daß man es der Arbeiterschaft vermehrt, den privatkapitalistischen Schiebern und Käuflichen durch eigene Kontrolle der Lebensmittelversorgung das Handwerk zu legen.

Tagelöhner legen die Verantwortung auf der Schulter, um aus der spontanen Erregung des hungernden Volkes Vorteile für sich herauszufischen. Die bankrotte Militärclique büßet nach dem Blut der Arbeiter, um ihre eigene Unentbehrlichkeit nachzuweisen.

Arbeiter!

Wir fordern Euch auf, in dieser Stunde kaltes Blut zu beschöpfen und nichts zu unternehmen, was eine Aktion der ganzen Hamburgischen Arbeiterschaft zersplittern könnte.

Wir fordern Euch auf, sofort in allen Betrieben Versammlungen einzuberufen, um eine gemeinsame Grundlinie zu gemeinsamen Handeln zu finden.

Heraus aus Hamburg mit den Wahrenseher Freiwilligen, die hier nichts zu suchen haben!

Entwaffnung der Einwohnerverschutz, der bewaffneten Schutzgarde der Lebensmittelhändler und Kadaverhändler!

Übertragung der Aufrechterhaltung der Ordnung an die Volkswehr unter der Kontrolle der Betriebsräte!

Einsetzung einer Kommission aus der Mitte der Betriebsräte, die die Kontrolle der Lebensmittelverteilung zu übernehmen hat.

Die sozialdemokratischen Separatoren von Hamburg werden hiermit öffentlich aufgefordert, zu erklären, wie sie sich zu der Niederwerfung einer hungernden, gegen Lebensmittelhändler und notleidenden Volksmasse zu verhalten gedenken.

Die revolutionären Obleute von Groß-Hamburg.

Die Zwölfertkommissionen aller Betriebsräte.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Hamburg.

Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Angehörtenauschüsse werden aufgefordert zu einer Versammlung heute Mittags früh 9 Uhr im Gewerkschaftshaus zu erscheinen, um Stellung zu nehmen zu den Unruhen in Hamburg!



Der Holtz-Weg des Geschichtsmantipulateurs Paschen

»Jede Gewalt ist zu verurteilen, wenn sie nicht aus berechtigter Notwehr geschieht.«

Alarm, Nr. 8 – 1919

Fußnoten:

(1) Alarm, Ausgabe Nr. 15 / 1919

(2) Alarm, Nr. 15 / 1919

(3) Dähnhardt, S. 59

(4) Baumann, S. 106

(5) Diverse Presseberichte - u.a. HN und HE am 29.6.1919.

Siehe

(6) Sven Philipski - Ernährungsnöte und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919, Hamburg 2002

(7) Dresden - 5.1923, 7-8/9

(8) Hamburg - 1.1919 Nr. 1 - 5, 7 - 16, 19 - 26; 2.1920 Nr. 1 - 3, 5 - 8/9, 11, 14 - 16, 18 - 46; 3. 1921 Nr. 1 - 51/52; 4. 1922 Nr. 1 - 27

(9) Bremen - 2.1920 Nr.36; 3.1921 Nr.34; 4.1922, Nr.1,6,12; 7.1925 Nr.2

(10) Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn - 2.1920 Nr.36; 3.1921 Nr.34; 4.1922, Nr.1,6,12; 7.1925 Nr.2

(11) Karl Langer stand in krassen Gegensatz zu den organisierten Syndikalisten der späteren FAUD (er trat 1919 aus), bekaufte ein angebliches ‚Führertum‘ in den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, war überzeugter Individual-Anarchist, kein Klassenkämpfer. Während der Revolutionszeit arbeitete er eng mit den Syndikalisten, den föderierten Anarchisten (Anarchistische Föderation, später FKAD) und seinen Freien Sozialisten zusammen, die er später in eine Kulturföderation überführte. Den II. Weltkrieg überlebte er unbeschadet als Bau-Unternehmer ... ab 1946 pazifistisch-libertär kulturell aktiv.

(12) Alarm Nr. 20, 1919

(13) Ursula Büttner, Seite 97

(14) Ursula Büttner, Seite 97 - Fußnote 113, die auf den Korps-Tagesbefehl vom 16.7.1919 verweist

(15) Eine neue Darstellung der Revolution 1918 in Hamburg – h12/2008 – Seite 50



Paschen aber schreibt, gewissermaßen in schnörkellos Schrifttype als Kommentar seines Alter egos, über die Versammlungen, die Langers Freie Sozialisten jeden Mittwoch in der Sporthalle Hütten abhalten: Wie schwarz ist der Hass, wie bitter die Hoffnung, die aus der untersten Verzweigung aufsteigt. Der Tag der Auferstehung wird kommen. (S. 157)

Die andere Variante seines literarischen Versuchs, sind die ebenfalls durch eine weitere Schrift kursiv hervorgehobenen Geistesblitze: Die Aufrührer, die Verschwörer, die Mordbrenner, die Anarchisten – sie sollen es nicht bekommen, das Hamburger Rathaus! (S. 187)

Am 19. April entläßt sich die angespannte Stimmung auf St. Pauli – »der Vulkan explodiert, (...) es sind elementare Kräfte an Werk. (...) Das Schicksal der Stadt steht auf der Kippe: Es muss mit eigenen Kräften gelingen, der Anarchie Herr zu werden, auf Ersatz von außen ist nicht zu hoffen. Alles, was regierungstreu marschieren und schießen kann, ist seit Mitte April gegen die Schreckensherrschaft in München eingesetzt.« (S. 157)

Vom 23.-30. April kommt es erneut zu politischen Unruhen mit schweren Straßenkämpfe aufgrund von Preissteigerungen. Der Belagerungszustand wird ausgerufen, das Bahrenfelder Freikorps besetzt Hamburg-Altona. Zur Beruhigung (?) wird der 1. Mai 1919 vom Senat (MSPD und DDP) zum Feiertag erklärt.

»287 Maschinengewehre in St. Pauli – Drohender Einmarsch der Regierungstruppen.« (Alarm)

Reichswehrminister Noske wird bei einer kurzen Ansprache am 28. Mai vom Rathausbalkon als »Bluthund! Verräter!« durch Kriegsbeschädigte und Lazarettinsassen beschimpft. Tags zuvor hatte der die Bahrenfelder Kaserne besucht und das dortige Freikorps öffentlich gelobt. Diese Provokation führte zum Tumult, Volkwehrruppen sollten dann die versammelten »Kriegsbeschädigten auseinandertreiben. Diese unerhörte Zumutung lehnten die Mannschaften ab, da sie sich nicht zum Aasgeier herabwürdigen wollten. Arme, von der Kriegsfurie verstümmelte Krüppel wollten sie nicht vor ihren Gewehrläufen haben«, schreibt der Alarm (1), der bereits im Mai 1919 vom Senat als »religiös Ärgernis erregend« bezeichnet und aus dem Zeitungsverzeichnis der Händler hatte streichen lassen.

Nach diesem Beitrag dann der Artikel über die 287 Maschinengewehre in St. Pauli, die im Zusammenhang mit dem »Fall Heider« stehen. Der Maler-Genosse Heider wurde verhaftet, er soll den angeblichen Oster-Putsches angezettelt haben. Karl Langer erklärt auf der Kommandantur, daß »der ganze Krawall nur das Werk von Spitzeln gewesen ist«. Deshalb habe man nun die Anklage gegen Heider auf »Aufreizung« erhoben - er soll in zwei Versammlungen in der Sporthalle, Hütten 60, zum Sturm auf Wachen aufgefordert haben. Es folgt die Aufforderung, daß sich Anwesende der Versammlung vom 16. April melden, die das Gegenteil bezeugen könnten.

Langer soll außerdem in einer Versammlung vor dem April-Krawall öffentlich gesagt haben, daß er »in der Wilhelminenstraße 287 Maschinengewehre liegen hätte«. Nun, Langer schreibt weiter, daß er, »um nicht unnötig Unruhe in die Massen zu tragen« bisher auch seine Kenntnisse über die Anstifter des Putsches nicht veröffentlicht habe, die er »in der Nähe der Kommandantur« lokalisiert; dort habe er »4 von dieser feinen Zunft gesehen. Andere sind beim Baltenkorps zu finden, darunter ein Unteroffizier W I, andere bei den Schutzleuten, darunter ein Herr F....r, andere bei der Sicherheitswehr, darunter die 2 Strolche, die im Versammlungslokal Hütten 60 die Pistole versteckt haben, kurz bevor das Lokal am 16. April von der Sicherheitswehr überholt wurde«.

Karl Langer schließt seinen Alarm-Artikel mit folgenden Worten: »Nun will ich mich auf die Suche machen, damit ich die 287 Maschinengewehre finde und den Sack Munition von Heider dazu. Habe ich dieses gefunden, mache ich mich selbständig, stelle ein Heer von Spitzeln ein und erkläre Noske oder John Bull den Krieg. Jawohl, Phantasie muß man haben. - - Spitzel-Phantasie und Schrecken regiert heute in Deutschland.« (2)

Sülze-Unruhen einen Monat später

Als die Bahrenfelder Zeitfreiwilligen zu ihrem Himmelfahrtskommando zur Sicherung des Hamburger Rathauses abkommandiert werden, kommt es dort zu schweren Kämpfen. Als der kommandierende Offizier nach der Besetzung des Rathauses auch die Rückeroberung des besetzten Stadthauses (Polizeikommandantur) und des Gewerkschaftshauses gegen starkes Maschinengewehrfeuer befiehlt, fallen den Abwehrgarben der roten MGs die ersten Freikorps-Soldaten zum Opfer.

Dabei setzt Paschen den Senatoren-Sohn Leutnant Fritz Sander ein besonderes Denkmal, der z.B. neben Bruno Streckenbach, dem späteren Chef der Hamburger Gestapo (im Zweiten Weltkrieg als Einsatzgruppenleiter und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD am Mord von einer Million Menschen beteiligt) oder dem späteren SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei von Hamburg, Dr. jur. Walter Bierkamp, aktiv wurde. Wir zitieren den Freikorpsmann Dähnhardt, später Sprecher des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung und dann NSDAP- und SS-Mitglied. Der beschreibt, daß Sander aus einem Getümmel auf dem vollbesetzten Rathausmarkt heraus noch zu »einem verlassenen (!) Maschinengewehr der Kommunisten« gelangte, um mit diesem »einen letzten Widerstand zur Rettung seiner Kameraden zu versuchen«. Hierbei wurde er an Kinn und Backe verwundet und versuchte dann, von der wütenden Menge bedrängt, »sich durch einen Sprung in die Alster zu retten und wurde von dieser beim Versuche des Durchschwimmens ertränkt« (3). Paschen schreibt: »Ein anderer, schon schwer verwundet im Gesicht, will fliehen, wird verfolgt und springt voll Todesangst in das Fleet. Was hat die Aufrührer dazu getrieben, diesen hilflosen Menschen als Zielscheibe zu nehmen? Sie schießen und schießen, bis er nicht mehr auftaucht. Erst Tage später wird die Leiche geborgen. Es ist

Fritz Sander, der junge Sohn eines ehemaligen Senators.« (S. 193)

Auch der Führer der Einwohnerwehr, Hauptmann Coqui, überlebte seine standrechtliche Erschießung durch die Aufständischen an der Wand des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof. Er wurde von beherzten Männern gerettet, »sechs Kommunisten« brachten ihn über die Dächer in Sicherheit und verhalfen ihm im Auto zur Flucht.

Dähnhardt schreibt auch folgendes: »Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß in diesen Stunden neben Zügen namenloser Rohheit auch solche tapferen und edlen Schutzes gegenüber den wehrlosen Opfern zutage traten. Stets waren eine Anzahl besonnener und anständiger Elemente aus der Arbeiterschaft bereit, die Geschwächten und Wehrlosen vor tätlichen Angriffen zu schützen und ehrlich bemüht, dem erlegenen Gegner eine würdige Behandlung zuteil werden zu lassen.« (3) Der bürgerliche hamburgische Sozialdemokrat Frederick Seyd Baumann, der ebenfalls seine Erlebnisse zur Hamburger Revolution veröffentlicht, macht überhaupt kein großes Federlesen um die vielen Toden und die Bahrenfelder zu keinen Helden. Im trockenen Offizierston schnarrt der junge Verwaltungsassessor von einem Toten im Rathauseingang, vielen Erschossenen ... aber bei ihm geht's um die Infiltration des Soldatenrates und die Verbindung zum Reichskriegsministerium in Berlin. Ansonsten hat dieser Herr Baumann kein großes Interesse an der »Demokratie«. Er lehnt eine »Führerrolle« im Soldatenrat und einen Senatorenposten ab und quittiert 1924 auch den Staatsdienst. Bis dahin leitet er als Ortskundiger jedoch erstmal den Einmarsch von Lettow-Vorbecks und erklärt: »Wollten die Radikalen den Kampf, war es besser, er kam, während die Truppen in Hamburg lagen.« Allerdings verdirbt der schlaue Laufenberg ihm diese miese Tour, er warnt »in einer großen Versammlung die Arbeiterschaft vor einem Widerstand (...). So konnte sich der Kampfwille in der jüngeren Hamburger Arbeiterschaft ungebrochen erhalten und ist auch mit dem Aufstand im Herbst 1923 nicht als erloschen anzusehen.« (4)

Die Sülze-Unruhen fordern nach damaligen Presseberichten übrigens »62 Tote und 116 Schwerverwundete sowie ein halbes Tausend Leichtverletzte« (5), Frauen und Kinder sind unter den Getöteten. Aber Paschen schreibt: »Die Raserei der Masse kennt keine Grenze.« (S. 193)

»Welchen großen Einfluß das Eingreifen der Bahrenfelder auf die Radikalisierung der Unruhen hatte, zeigen die 16 getöteten Sicherheitskräfte und die Zahl von mindestens 26 umgekommenen Zivilisten, die die anschließenden Kämpfe forderten. Dabei verloren auffallend viele Unbeteiligte ihr Leben. So waren 24 der Zivilisten erwießenermaßen nicht direkt an den Unruhen beteiligt oder ihnen konnte zumindest eine aktive Teilnahme nicht nachgewiesen werden. Eine nicht unerhebliche Anzahl der Opfer ist darauf zurückzuführen, daß sich während der Gefechte um den Rathausmarkt und die anderen Orte des Geschehens dichte Massen von Schaulustigen drängten, von denen einige durch Querschläger oder unkontrolliert in die Menge abgefeuerte Kugeln verletzt oder getötet wurden. Andere Opfer wiederum waren vollkommen unbeteiligt und befanden sich auf Geschäftsgängen oder dem Arbeitsweg.« (6)



Die anarchistische Zeitung Alarm

Die Zeitung Alarm zitiert Paschen als bisher unbekanntes Dämon, weil er keine anderen Ausgaben als die paar in Dresden (7) finden konnte. In Hamburg (8), in Bremen (9) und im FES in Bonn (10) liegen weitere Ausgaben, ganz simpel über den universitären Gesamtkatalog zu finden, herum ... In dem Forum www.syndikalismus.tk erklärt er dann freimütig, dass der Alarm-Verleger und Gründer der Freien Sozialisten Karl Langer als einer der »wenigen Anarchisten in Hamburg« noch näher erforscht werden müßte. Da geben wir ihm recht, aber Karl Langer (11) war alles andere, als ein linksradikaler Revoluzzer, vielmehr verhinderte eben dieser Langer mehrfach Lynchjustiz und rief im Alarm immer wieder zur Besonnenheit und zur kulturellen Umbesinnung als Vorbedingung einer wahrhaftigen Revolution auf.

Ein passende Randnotiz

Am Sonntag, den 13. Juli wurde der 16jährige Sohn von Langer, der Klavier-Virtuose Herbert Langer-Rühling, beim Verkauf des Alarm festgenommen und bis zum Montag auf der Lindenwache verhört. Man fahndete nach seinem angeblich verschwundenen Vater und schikaniert den Jungen und seiner Mutter wurde angedroht, wenn sie öffentlich über diese Verhaftung informieren würde: »Dann werden Sie an die Wand gestellt«. Karl Langer hat den gefangenen Bahrenfeldern »durch sein Dazwischentreten das Leben gerettet und Tötlichkeiten gegen dieselben verhindert«. Die Freien Sozialisten hätten ihre Taten in der Nr. 18 des Alarm klar belegt und »scheuten keinen Richterspruch« schreibt er: »Wir predigen keine Gewalt, sondern treten für die Entwaffnung, für die Völkerversöhnung ein. Jeder Wurm, der getreten wird, krümmt sich, das Recht der Notwehr ist gesetzlich gestattet, nicht aber Gewalt gegen den Wehrlosen auszuüben. Darum rufen wir allen Menschen, ob reich ob arm zu:

*„Reicht Euch die Bruderhand
- Die Waffen nieder! Erkennt Euch selbst,
dann muß es besser werden!*

Macht frei den Geist, der Himmel ist auf Erden.« (12)

Die Besetzung durch den Afrika-Schlächter Lettow-Vorbeck

Nach den »Sülzeunruhen« vom 23.–27. Juni 1919 um die unter unsäglichen hygienischen Verhältnissen hergestellten Heilschen Fleischkonserven verkündet der Polizeisenator Lamp'1 (SPD) am 25.6.1919 den Belagerungszustand und fordert Besatzungstruppen beim Reichswehrkommando an. Noske stimmt zu und entsendet General Lettow-Vorbeck, dessen Truppen anfangs zurückgeworfen werden. Erst am 1. Juli marschiert er dann mit 10.000 Mann und 30 Geschützen sowie einem Panzerzug und einer Torpedobootsflotille in die Stadt ein: »Das Korps verhielt sich wie in einer besetzten Stadt in Feindesland. Obwohl es auf keinen Widerstand stieß, da alle Arbeiterparteien ihre Anhänger vor

»Gleichzeitig wurde in Hamburg der rote Terror gebrochen. (...) In Bremen wurde das von der Front einrückende Infanterie-Regiment Nr. 75 von Soldatenräten in eine Falle gelockt und von rotem Pöbel entwaffnet. Da entsann man sich wieder der Offiziere. Die Regierung flehte den Obersten Gerstenberg förmlich an, in die alte Ansestadt mit seinem Freikorps einzumarschieren. Die Besetzung gelang, jedoch unter schweren Verlusten in einem wilden Straßenkampf. Gleichzeitig wurde in Hamburg der rote Terror gebrochen und das von Plünderern heimge-suchte Wilhelmshaven durch die neugegründete Marinebrigade Ehrhardt gesäubert. (...) Da stieß von Bremen aus General von Roeder, später vereinigt mit dem Freikorps Lichtschlag, vor und überwand die von den Roten aufgeworfenen Barrikaden nach einem hartnäckigen Ringen, das sich durch Wochen hinzog. Essen, Dortmund, Gelsenkirchen und Düsseldorf gehören zu den Etappen dieser Kämpfe. (...) Auch in Mitteldeutschland wütete der Pöbel. (...) Indessen, Berlin erwacht. Die Hauptstadt, seit Jahren fast ein Schauplatz wilder Schießereien, blutiger Kämpfe neben dem orgias-tischen Taumel trunkenen Volkes in den Lokalen, ein Tummelplatz lichtscheuen Gesindels und verlotterter Gestalten in Uniform, diese Stadt, einem Vulkane gleich, auf dem der Tod das Tanzbein schwingt, sie erlebt nun etwas Ungewohntes, halb Vergessenes: den geordneten Einmarsch feldmarschmäßiger Truppen durch das Brandenburger Tor. Die Märsche Preußens klingen auf im dröhnenden Rhythmus der Trommeln. In diesen sonnenbraunen Gesichtern der Männer unterm Hakenkreuz liegt ein steinerner Ernst, der harte Wille, sich durchzukämpfen an ein fernes Ziel, liegt der Ausdruck eines Charakter-zuges, der bedingt ist von einer glühenden Liebe zum deutschen Volk.« Hans zur Megede, in: Der Schulungs-brief, I. Jahrgang, 5. Folge (Juli 1934), S. 22-31

• zitiert nach http://ns-archiv.national-socialism.org/ns/index.php/Hakenkreuz_am_Stahlhelm nicht zu verwechseln mit dem NS-Archiv - <http://www.ns-archiv.de/index.php>



einem sinnlosen Blutvergießen gewarnt hatten, machte es beim Einmarsch rücksichtslos von den Waffen Gebrauch. Passanten, die die Straßen nicht schnell genug räumen konnten, wurden niedergeschossen.« (13)



Paschen verschweigt dabei, daß die von der aufgebrauchte Menge den einmarschierenden Truppen abgenommenen Gewehre – zumindestens teilweise in die Alster geworfen wurden!

»Aus ihren politischen Sympathien machten die verantwortlichen Offiziere kein Geheimnis. Auf dem Rathaus und dem Hauptbahnhof ließen sie die schwarz-weiß-rote Fahne aufziehen. Zur politischen Bildung der Soldaten wurden hauptsächlich deutschnationale und völkische Redner herangezogen, unter ihnen der Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Alfred Roth, und der Herausgeber eines schlimmen antisemitischen Hetzblattes, Friedrich C. Holtz.« (14)

Hier aber endet Paschens Recherche, weil das bürgerliche Hamburg ja wieder befriedet ist. Das »arbeitende und das besitzende Hamburg« (Dähnhardt) hatte also die Kontrolle wieder übernommen – die einen arbeiten, die anderen besitzen, so wie es sich gehört.

Fazit

Über die Jahre nach der Niederschlagung der Revolution in Hamburg durch den General Lettow-Vorbeck berichtet Paschen natürlich nicht mehr, seine konterrevolutionäre Geschichtsschreibung endet mit der Aufhebung der Besatzung am 14. August, der Belagerungszustand jedoch blieb bis Ende des Jahres bestehen.

Sehr interessant ist natürlich auch, daß der Herr Studiendirektor Dr. Paschen zwar der Forschungsstelle für die Zeitgeschichte Hamburgs FZH [»Völkische und nationale Verbände und Organisationen« werden hier besonders untersucht] seine ‚historische Studie‘ aufgezungen hat, aber nicht dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (beide voll gepackt mit dem alten Archiv der Hamburger Schulbehörde ... (sic!)). Aber auch Frau Prof. Dr. Ursula Büttner als Leiterin der FZH hätte einiges über den antisemitischen Hetzer Herrn F.C. Holtz erzählen können. So hat dieser Kerl also mit

In der **KAZ** vom Donnerstag, dem 17. Juli 1919 findet sich folgende Titelgeschichte:

Provokateure und Spitzel entlarvt. Wer bereitet die Hamburger Unruhen vor?

Der Spitzel Meyer: »Ein kleiner Auszug aus Meyers Spesenberechnung mag in seine vielseitige Tätigkeit einen kleinen Einblick gewähren: 11.5. Blinde Tour 2,50 Mk.; Mittag 3,50 Mark; Fahrgeld 0,50 Mark; 12.5. Fahrgeld 0,60 Mark; Versammlung 1,50 Mark; 13.5. Fahrgeld 0,60 Mark; Wasmuth 0,60 Mark; 15.5. Fahrgeld 0,80 Mark; Blinde Tour 1,50 Mk.; Versammlung Busch 1 Mk.; 20.5. Bezirksabend 1.50 Mk.; 23.5. K.P.D. Mitgliederversammlung 1.20 Mk.; 27.5. Sitzung der K.P.D. 1.20 Mk.; 28.5. Beitrag Syndikalisten 1.80 Mk.; 30.5. Wasmuth 1.80 Mk.; Eberhardt 2.20 Mk.; Syndikalistenversammlung 2.40 Mk. usw. usw.«

Die Lobhudelei auf das Freikorps der Bahrenfelder Bürgerkinder - das die Revolution blutig niederschlug - 1919



»Den Bahrenfeldern.

Wenn einst die Geschichte der hamburgischen Revolution geschrieben wird, wenn unsere Kinder und Enkel mit erstauntem und entsetzten Augen lesen werden, wie tief eine freie, einst meerbeherrschende Stadt sinken konnte, dann werden aus all der Lüge und Gemeinheit, aus Feigheit und Niedertracht hell leuchten wie ein schöner, strahlender Stern die Worte: „die Bahrenfelder“.

Wir fordern Genugtuung für unsere gemordeten Brüder! Gott weiter mit Euch für unser armes und verratenes Vaterland!

F. C. Holtz.«

• *Hamburger Warte*, Nr. 28 vom 5. Juli 1919

Steuergeldern Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Universitäts-Bibliothek, der FZH und andere Wirtschaftsarchiv nach Feierabend belästigt, sie zu Überstunden genötigt, um ein rechtsextrêmes und völkisch-nationales Pamphlet (Streitschrift!) zu schreiben. Vorgeführt hat er bei seinen Recherchen auch die *Ernst Thälmann-Gedenkstätte*, die das Andenken an den Hamburger KPD-Führer hochhält. Dort wurde Paschen bereitwillig das Archiv geöffnet und es fand sogar eine öffentliche Veranstaltung in deren Räumlichkeiten statt. Eine partei-kommunistische Gedenkstätte als Bühne für einen antisemitisch-reaktionären Kommunistenfresser, da fehlen einem die Worte.

Das Buch Paschens hat seine »Wirkungsmächtigkeit« im Kampf gegen den ‚roten Terror‘ nicht entfalten können, der Historiker und Studiendirektor konnte dem Aufmucken der Arbeiterklasse keinen letzten Riegel vorschieben. Er wollte sich posthum am Elend der verhungierenden Arbeiterklasse Hamburgs ein Denkmal setzen. Das ist nicht gelungen, denn wir haben’s gelesen und dieses miese Traktat nicht einfach in den Mülleimer geworfen. Diese Schrift gehört an die Öffentlichkeit, und es wird deutlich werden, auf welches Risiko sich Paschen eingelassen hat (»Das Verfassen des Textes war ein Wagnis für mich.«).

Paschen lobt sich bereits im Vorwort über den grünen Klee, weil »die Methode, dem revolutionären Alltagsgeschehen in der zweitgrößten Stadt des Deutschen Reiches nachzuspüren, durchaus exemplarische Bedeutung für andere Regionen« habe, wenn der »Berg von eingefahrenen Darstellungen und Bewertungen« abgetragen und »ein hoher Neuigkeitswert« erreicht würde, »wenn die Quellen zum ersten Mal in aller Breite und systematisch untersucht und ausgewertet werden.« Das wir eine völlig andere Bewertung seiner manipulierten Quellenauswahl haben, beweist dieser Beitrag.

Eine der wenigen uns vorliegenden Rezensionen des Buches erschien als Gefälligkeitsbesprechung durch Michael Weigt in der Lehrerzeitung der GEW Hamburgs. Weigt sagt über das Buch, daß es »neue Sichtweisen und Interpretationen erkennen« läßt, und daß es »manche liebgewonnene ideologische Bastion« schleift. (15) Herr Weigt arbeitet ebenso wie Paschen für die Hamburger Filmförderung ...

Die entscheidende Frage, die Paschen beantworten muß, ist folgende: was wäre passiert, wenn die Revolutionäre, der Pöbel, gesiegt hätten – wäre uns der Nationalsozialismus vielleicht erspart geblieben? Mit seiner reaktionären Aufarbeitung der Hamburger Revolution 1918/19 macht Paschen sehr deutlich, daß ihm der aufkommende Faschismus lieber war als eine Räterepublik.

• *fm*

Quellen:

- Fred. S. Baumann – *Um den Staat – Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19*, Hamburg 1924
- Ursula Büttner – *Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist, Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik*, Hamburg 1985
- Sven Philipski – *Ernährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919*, (unver.) wiss. Hausarbeit, Hamburg 2002

Von der Hamburger Warte zum Fridericus

Der ‚Arbeiter der Stirn‘ F.C. Holtz, der nach seinem Kolonialeinsatz (1901 in Tsientsin – mit Teilnahme an der Niederschlagung des Boxeraufstandes 1905?) kriegsuntauglich bei Beginn des I. Weltkrieges war, meldete sich freiwillig an die Front gegen Frankreich und wurde als Militärjournalist der mobilen Zeitung *Schützengraben* eingesetzt. Ende 1918 kehrte er in seine Vaterstadt Hamburg zurück und mußte die Folgen der Revolution ertragen. Er rebellierte aufgrund seiner Erziehung und seiner antidemokratischen und antisemitischen Gesinnung gegen den ‚Aufstand des Pöbels‘. Die Revolution der Kieler Matrosen und Hamburger Arbeiter war ihm ein Dorn im Auge.

Am 14. Dezember 1918 erschien bereits die erste Ausgabe seiner »politischen Kampfschrift« – die *Hamburger Warte* als Wochenzeitung im kleinen Format mit 4 Seiten Umfang und einer Druckauflage von 3.000 Exemplaren. (1)

Schnell wurde F.C. Holtz zum »bestgehassten Journalisten der Hamburger Nachkriegszeit« (Sembritzki). In der dritten Ausgabe des 2. Jahrganges (Nr. 11 vom Mittwoch, dem 12. März 1919) rechnet er mit dem Hamburger »Dikator Laufenberg« ab – seine berühmt-berüchtigte Anklageschrift gegen den Vorsitzenden des A.-u.-S.-Rates. Vier Tage vor den Bürgerschaftswahlen vom 16. März verhilft er mit dieser *Sonderausgabe* der SPD zur absolute Mehrheit mit 50,5 % in der Hamburgischen Bürgerschaft. Die Auflage liegt bereits bei 41 000 Exemplaren und steigt bis zum Sommer 1919 auf 50.000.

Holtz ist seit 1919 Vorsitzender des *Deutschen Bismarckbund* (seit 1920 *Bismarck-Jugend*), der DNVP-eigenen paramilitärische Organisation, die als Saalschutz straff militärisch organisiert war. »Am 23. Januar 1921 verprügelt der Jung-Bismarckbund« bei einer Saalschlacht »etwa 200 Radaumacher, die eine vaterländische Kundgebung des Bundes im Conventgarten störten« (*Aus meiner gelben Mappe*, 1921). Die angreifende »rote Garde Hamburg, die Bolschewisten wurden windelweich gedroschen ...« (*Haut ihm!* 1934)

Kapp-Putsch

»Die Bahrenfelder Zeitfreiwilligen hatten am Sonnabendabend auf Befehl des Garnisonsältesten Frhr. V. Wangenheim, der sich für die Kapp-Regierung erklärte und gleichzeitig seine Übernahme der vollziehenden Macht über Hamburg proklamiert hatte, das Stadtzentrum besetzt. Am Sonntag früh jedoch wurden sie durch ein großes Aufgebot der Hamburger Sicherheitswehr und der Polizei zum Rückzug nach Altona gezwungen. Am Sonntagabend wurde auf Anordnung des Senats, der Herausgeber der *Hamburger Warte*, F.C. Holtz, einer der prominentesten antisemitischen Agitatoren des DNVP-Landesverbandes, von den Sicherheitsmannschaften in Schutzhaft genommen und dann wegen Hochverrats verhaftet. Etwa 150.000 Flugblätter wüster antisemitischen Inhalt wurden beschlagnahmt, wie auch etwa 100.000 weitere, in denen zur Unterstützung der Kapp-Regierung aufgefordert wurde.« (2)

Nach dem Kapp-Putsch 1920 steigt die Auflage auf 70.000 und Ende 1921 soll sie bereits 80.000 Stück betragen haben.

In weiser Voraussicht vor einem weiteren Verbot seiner Hetzpostille gründet Holtz Anfang 1922 schnell noch eine zweite »vaterländische Wochenschrift« – die *Deutsche Fackel* in Berlin als Nebenzeitung der *Warte*.

Im Juni 1922 erfolgt dann aufgrund des Republik-schutzgesetzes ein sechs monatiges Verbot durch die SPD-Regierung in Hamburg. Grund war Holtz' Hetzartikel zum Rathenau-Mord am 24. Juni 1922. Die *Hamburger Warte* (letzte Ausgabe Nr. 26) und das *Hamburger Tageblatt* werden verboten, ebenso natürlich die parteikommunistische *Hamburger Volkszeitung* und auch der *Alarm* (siehe entsprechenden Artikel). Verbotsgrund ist der § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand: »Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung« werden zwanzig rechtsradikale und völkische Organisationen und Zeitungen verboten.

F.C. Holtz entzog sich kurzerhand dem Publikationsverbot und flüchtete nach München. Dort gibt er ab der Nummer 22/1922 [Juni] eine neue Wochenzeitung heraus – den *Fridericus* (Name des preußischen Königs Friedrich II., dem Alten Fritz, 1712-1786). Dies ist die Fortführung der *Hamburger Warte* mit Schützenhilfe der *München-Augsburger Abendzeitung*, die ihm die erste Ausgabe auf Kredit druckt (3). Zur Tarnung fingiert eine Frau Dr. Edith Vasek als Verlegerin (die er kurzerhand zu Dr. E. Vasek macht, da eine Frau doch keine Verlegerin sein könne). Er selbst schreibt unter Pseudonymen weiter wie bisher und läßt das neue Blättchen kofferweise nach Hamburg »durch Freunde« transportieren. Im Oktober ist er jedoch (natürlich erneut »völlig mittellos und pleite«) wieder in Hamburg. Im Dezember geht im *Fridericus* der seit Juli erscheinende *Sachsen-Spiegel*, Dresden und auch *Am Stachus*, München, auf. Ende 1922 löst er den Verlag *Hamburger Warte G.m.b.H.* auf und siedelt nach Berlin um. Ab Anfang 1923 erfolgt die Zusammenlegung des *Fridericus* mit seiner dortigen *Deutsche Fackel*, Verlag Fridericus F.C. Holtz.

F.C. Holtz kandidiert in Berlin 1927/28 erfolglos für ein DNVP-Reichtstagsmandat. (4)

Anfang Oktober 1929 war Holtz in Hamburg an der Gründung der *Gewerkschaft Deutsche Hilfe* beteiligt, damit »den Gewerkschaften der Roten die Spitze geboten werde«. Daneben gab es in den Räumen des *Fridericus* in der Friedrichstraße 100 in Berlin noch den *Bund Deutsche Hilfe*. Ziel von Holtz war es, den immer weiter »verelendenden bürgerlichen Mittelstand« von der »politischen Wirtschaftsknebelung« zu bewahren und ihn zum Widerstand aufzufordern und seinem Antisemitismus zu frönen. (5)

Holtz bleibt seiner deutschvölkischen und antisemitischen Tradition treu. Zwar verkauft er 1929 den Titel *Hamburger Warte* nicht an die Hamburger NSDAP (sie nannte ihre neue Zeitung deswegen *Hansische Warte* (6)), denn er hatte bereits eine feste Rubrik *Hamburger Warte* in seiner reichsweit vertiebenen Wochenschrift *Fridericus*.

F.C. Holtz veröffentlichte in seinem Todesjahr 1939 in Berlin noch ein weiteres Buch *Nacht der Nationen*.

Quellen:

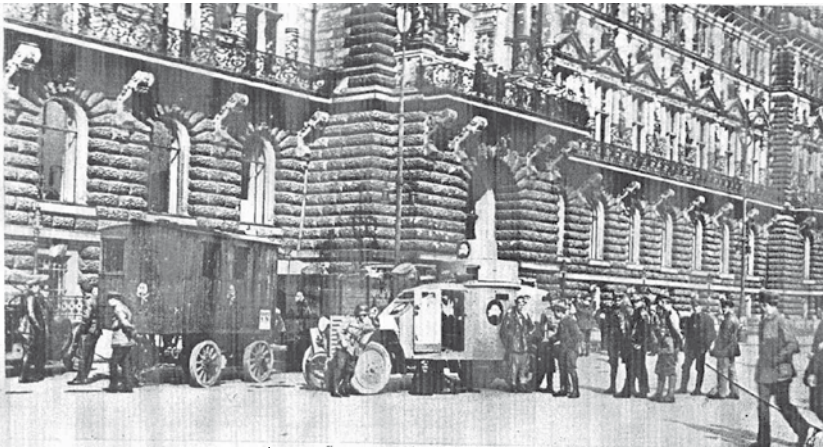
(1) Werner Sembritzki – *Das politische Zeitungswesen in Hamburg von der Novemberrevolution bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme. Untersuchungen zur Geschichte des liberalen Pressesystems*. Leipzig 1944

(2) Spitzname des alten preußischen Königs, dem Alten Fitz (»Fridericus Rex«) – Holtz heißt mit Vornamen auch Friedrich Carl

(3) 1928 erschien neben der *Hansischen Warte* eine zweite NS-Zeitung, das *Hamburger Volksblatt*, das sich im Januar 1929 den Untertitel »Sozialrevolutionäre Wochenzeitung« zulegte; ab dem 2.1.1931 erschien dann nur noch die *Hamburger Tageblatt* als NS-Zeitung des Gaus Hamburg der NSDAP – ihr Motto lautete bis zur Machtergreifung von Adolf Hitler am 31. Januar 1933: »Den Staat zerstört man nicht – man erobert ihn!«

(4) München-Augsburger Abendzeitung ging 1920, finanziert durch alldeutsche und deutschnationale Kreise, an den Hugenberg-Konzern über und galt als Sprachrohr der Deutschnationalen Volkspartei. Die Leitung übernahm im Auftrag Alfred Hugenbergs (DNVP, 1865-1951) 1921 der evangelische Pastor Gottfried Traub (1869-1956), Mitbegründer der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).





Lettow-Vorbeck Truppen
mit Totenkopf vor dem
Hamburger Rathaus

Seine Zeitung ‚erfreute‘ sich noch eines längeren Lebens, bis zur Einstellung aufgrund des Papiermangels mit der Ausgabe 11 im Jahre 1943.

In Hamburg und anderswo sind die ersten zehn Ausgaben der *Hamburger Warte* nicht verfügbar bzw. »für die Benutzung gesperrt« (Uni-Bibliothek). Wahrscheinlich ist Paschen aufgrund seiner Position

an diese Ausgaben herangekommen oder hätte es können. Aber vielleicht hat er es sich auch leichter gemacht, denn er zitiert aus den Ausgaben 1 und 2 vom 14.12. und 28.12.1918 (S. 72) und die Nr. 3 vom 18.1.1919 (S. 100) und die Nr. 7 vom 15.2.1919 (S. 132), diese Textstellen stehen aber auch in der öffentlich zugänglichen Nr. 11 vom 12.3.1919. Danach folgt dann die Erwähnung der letzten in Hamburg vorliegenden Ausgabe Nr. 28 vom 5. Juli 1919. Die dazwischen erschienenen Ausgaben hat er wohl nicht in der Universitätsbibliothek gelesen, wozu auch? Die Revolution war ja niedergeschlagen.

Dennoch weiß er ganz genau, welche Rolle F.C. Holtz weiter gespielt hat, denn er zitiert dessen Büchlein *Haut ihm!* (Paschen macht daraus *Haut ihn!*) aus dem Jahre 1934, verlegt nach der Masche *Aus meiner gelben Mappe* von 1921. In seinem Abspann erwähnt er diesen reaktionären Deutschvölkischen jedoch nicht - ‚Epilog über die Personen des Dramas‘. (S. 219 ff) Er hätte sich damit wohl zu offenkundig verraten.

fm

Ein Textvergleich zwischen Paschen und Holtz

Holtz - *Hamburger Warte* 1919

»Nicht die Lust am Skandal (...), die mir die Feder gegen Dr. Laufenberg geführt haben, sondern die heiße und ehrliche Empörung darüber, dass gerade dieser Mann es wagte, ganz Hamburg in einer unerhörten Weise zu vergewaltigen. (...)«

• *Hamburger Warte*, Nr. 11 vom 12. März 1919 (Sonder-Nummer.)

»Sie hätten zu den Mitteln der unerlaubten Entfernung und – als das nicht half – der Fahnenflucht gegriffen, um statt in den Schützengraben in das Ihnen weit mehr sympathische Gefängnis zu kommen. Und als man Sie gar als Gefangenen zu Ihrem Truppenteil transportieren wollte, da seien Sie noch vor der Grenze krank geworden, bis die Revolution dem Kriege ein Ende machte.

Das sagt man, Herr Dr. Laufenberg. Man erzählt sich's laut und leise in Straßenbahnen, in Wirtschaften, in Versammlungen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen und fügt hinzu, dass Ihr jetziger Mut erst geboren worden ist, nachdem die Schützengraben-Gefahr beseitigt war.«

• *Hamburger Warte*, Nr. 8 vom 19. Januar 1919

Paschen - »Frieden, Freiheit, Brot«

»Tatsächlich wächst der Widerstand im Bürgertum gegen das Laufenberg-Regime. Zum ersten Mal erscheint ein Enthüllungskrieg über das Verhalten des Diktators im Krieg. Im Konjunktiv formuliert Friedrich Carl Holtz, der Herausgeber der *Hamburger Warte*, die Gerüchte, die auf den Straßen und in den Wirtschaften laut und leise über den Staatsmann an der Spitze umlaufen: Mit den Mitteln der unerlaubten Entfernung von der Truppe und der Fahnenflucht habe er es geschafft, statt in den Schützengraben in das Gefängnis zu kommen und dann in die Krankheit zu flüchten. Solche Leute nenne man Feiglinge und Drückeberger: Wenn das wahr ist, dann steigen Sie herab von Ihrem Throne! Weichen Sie einer Antwort nichts aus, Herr Laufenberg! Und Holtz steigert sich zum Schlusssatz: „Mit der Diktatur des A.-u.-S.-Rats muss es ein Ende haben!“

• Seite 101



Eigene Verlagsanzeige in
Holtz-Fridericus

Paschens Helden

Da finden wir **August Winnig**, »den tapferen und selbstbewußten Anführer der deutschen Bauarbeiter, der Hamburg verlassen hatte, um als Generalbevollmächtigter des Reichs für die baltischen Lande mit deutschen Freiwilligen und englischer Unterstützung gegen den Bolschewismus zu kämpfen« (S. 77) - und, das vergißt Herr Paschen hinzuzufügen - die deutsch-baltischen Barone im Sattel und die bürgerlichen Unabhängigkeitsbewegungen in Schach zu halten, um das Baltikum für's Deutsche Reich zu sichern. Der im Krieg einer der wütesten Sozialimperialisten war, und als einziger hoher SPD-Funktionär und Oberpräsident von Ostpreußen 1921 sich mit den Kappisten verbrüdet hat. Herr Paschen kennt sogar Winnigs Buch »Vom Proletariat zum Arbeitertum« (1. Auflage 1930), in dem der wackere August den Antisemitismus fröhliche Urstände feiern läßt, und das Reichsminister Dr.

Frick (NSDAP) 1933 lobte: »Das Buch verdient als Kampfschrift gegen den jüdischen Marxismus und für ein im Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft idealistisch gerichtetes Arbeitertum weiteste Verbreitung.« (1) Ja, Winnig ist so erfolgreich, daß Adolf Hitler (Reichskanzler, NSDAP) ihm 1933 die Leitung der DAF angeboten hat. Sowas wird »tapfer und selbstbewußt« genannt. Herr Paschen hätte vielleicht einmal die Winnig-Biographie von Wilhelm Riebhegge lesen sollen (2), anstatt sie nur in seine Literaturliste einzufügen, dann hätte er sich diese Peinlichkeit ersparen können.

Dann sind da die »**Bahrenfelder Zeitfreiwilligen**«, eine »kleine, aber feine Truppe (...), bestehend aus einigen Hundert jungen Männern mit bartlosen Gesichtern, Söhne aus bürgerlichen Häusern, aufgerufen und gewillt, die Vaterstadt vor dem inneren Feind zu schützen« und deshalb »Gymnasium und Universität« vernachlässigen. Auf den »Kampf gegen Spartakus« wurden sie von dem »55-jährigen

Major Paul Fromm und anderen Offizieren der Artilleriekaserne an der Theodorstraße in Bahrenfeld« vorbereitet (S. 159). **Paul Fromm** ist zweifellos auch ein Held, denn er hat sich »im Krieg gegen die Hereros und Namas in Deutsch-Südwestafrika« bewährt und die Bürgersöhnchen sicher teilhaben lassen an seinen Erfahrungen mit der Organisation von Völkermord, also wie man mit Eingeborenen umgeht, die sich der gottgewollten Ordnung, will sagen, der Herrschaft des weißen, und speziell des deutschen weißen Mannes über die niederen Rassen widersetzen. Und, sein wir ehrlich, Herr Paschen, die Proletarier, und ganz besonders die, die so unverschämt sind, die gottgewollte Ordnung von oben und unten infrage zu stellen (also »Spartakus«), stehen auf der gleichen Stufe wie die Hereros und Namas, bei deren Ausmordung Major Paul Fromm (55) sich seine Sporen verdient hat. Er ist also überaus qualifiziert, den »jungen Männern mit bartlosen Gesichtern« den Kampf gegen den »inneren Feind« beizubringen – zumal bei der Razzia gegen St. Pauli (der ersten ‚Bewährungsprobe‘ der »Bahrenfelder«), bei der »Säuberung des Aufstands- und Verbrechernes« meist »halbwüchsige rohe Burschen ... den Wachen in die Hände fallen, aber auch sieben Schwerverbrecher« (S. 159/160). QED: Die Proletarier sind auch nicht besser als die Neger – also kann man genauso mit ihnen umspringen.

Auch ein weiterer ‚Afrikaner‘ ist ein Held des Herrn Paschen – keine Angst, nicht ein veritabler Einwohner des ‚schwarzen Kontinents‘, sondern ein kerndeutscher Mann, der **General Paul von Lettow-Vorbeck**, der in Deutsch-Ostafrika während des 1. Weltkrieges einen zähen, mehrjährigen Kleinkrieg gegen die Briten geführt hatte – also selbst unter rein militärischen Gesichtspunkten sinnlos auf einem völlig unbedeutenden Kriegsschauplatz Menschen und Material vergeudet hatte. Seit 1919 war er wieder in Deutschland und setzte seine Erfahrungen mit aufrührerischen Negern und anderem Gesocks in weitaus größerem Maßstab (und ohne einen übermächtigen Feind im Nacken) um, im Auftrag der mehrheitssozialdemokratischen Reichsregierung. Nunja, bei Besetzung des Hamburger Rathauses wird die Fahne des Kaiserreiches aufgezogen. Deutschland war zwar seit über einem halben Jahr Republik und hatte eine verfassunggebende Versammlung gewählt, die den Kaiser mehrheitlich nicht zurück wollte – Lettow-Vorbeck hatte damit durchaus Probleme, was man einem kaiserlichen General vielleicht nicht übel nehmen darf. Allerdings darf man sich fragen, warum eine republikanische Regierung unter sozialdemokratischer Führung solchen Gestalten die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« anvertraut hat. Und noch mehr sich wundern, warum der Leiter der Staatlichen Landesbildstelle Hamburg seine Sympathien für die kaiserlichen Wölfe im republikanischen Schafspelz kaum zurückhalten kann. Ist Herr Paschen vielleicht ein Zuspätgeborener?

In seinem biographischen »Epilog für die Personen des Dramas« (S. 219 ff) informiert uns Herr Paschen dankenswerterweise noch darüber, daß – wie gemein! – Lettow-Vorbeck wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch den Abschied nehmen mußte, in der Inflation sein Vermögen verlor, für die antisemitisch-monarchistische Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) im Reichstag saß, unter Hitler nicht

Reichskolonialminister werden wollte (wahrscheinlich ein Widerstandskämpfer der ersten Stunde!), und daß bei Lettow-Vorbecks Beerdigung 1964 nicht nur einige seiner treuen Askaris (afrikanische Söldner in Diensten der Kolonialmacht) anwesend waren, sondern auch der bundesdeutsche Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassell die Trauerrede hielt. Wie gesagt, ein Held ...

Herrn Paschens größter Held im »Drama« ist allerdings die Wochenschrift »Hamburger Warte« und ihr Herausgeber **Friedrich Carl Holtz**, eine »Entdeckung (...), ein anti-revolutionäres Kampfblatt in der Hand eines Einzelkämpfers« (S. 10). Hier finden wir offenbar auch alles, was Herr Paschen uns über die Wertung revolutionären Ereignisse zu erzählen hat, vor allem, wie sie zu werten sind – F. C. Holtz und seine »Hamburger Warte« sind die Folie, die Herr Paschen auf die Revolutionszeit 1918/1919 legt, sein Leitfadens.

Wer aber war Friedrich Carl Holtz? Von Herrn Paschen erfahren wir folgendes: »Kurz vor dem Krieg hatte der junge Beamte im hamburgischen Staatsdienst mit Frau und Kindern seinen Abschied nehmen müssen [waren Frau und Kinder auch beamtet?], weil er sich zur Deckung seiner Schulden heimlich aus einer Vereinskasse bedient hatte. Das Geld wurde zurückgezahlt, aber der Makel blieb.« (S. 72) Nunja, eine läßliche Sünd' (wie die Bayern sagen), verglichen etwa mit dem Schurken Heinrich Laufenberg.

F. C. Holtz jedenfalls ist »ein Mann der flinken Feder, der dieses Handwerk als Schriftleiter der Soldatenzeitung Im Schützengraben im Krieg gelernt hat« und »von der Westfront mit den norddeutschen Regimentern zurück nach Hamburg gekommen« war (S. 72) (3).

Der Nestor der Soziologie in Deutschland, Ferdinand Tönnies, schrieb 1932, »Fridericus« ist »ein Muster jener Parteilichkeit ..., die in offener Schadenfreude ihren Genuß hat und zu gleicher Zeit den Schaden eines verhaßten Gegners in einem Lichte darstellt, das geeignet sein soll, den Schaden, wenn möglich, zu vergrößern.«

Vielleicht war Herr Paschen aber auch etwas unwohl bei der weiteren Karriere seines Oberhelden, vielleicht kannte er auch den Ausspruch Patrick Merzigers, daß F. C. Holtz von den Nazis »als ein ‚Pionier und Kämpfer für das nationalsozialistische Deutschland‘ betrachtet wurde.«

• JS

Fußnoten:

(1) Verlagswerbung der Hanseatischen Verlagsanstalt [1933], Hausverlag des stramm antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV), der seit 1930 von den Nazis dominiert wurde. Neben Winnig publizierten hier Carl Schmitt, Wilhelm Stapel, A. E. Günther, Ernst Jünger u.a.

(2) Wilhelm Riebhage, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse. (Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung Band 99), Bonn – Bad Godesberg 1973 (Neue Gesellschaft)

(3) s. a. F. C. Holtz, Aus meiner gelben Mappe [Vorwort], Hamburg 1921, S. 5 f; Guerre des mots, guerre des mémoires : la presse du front allemand; <http://www.bnu.fr/journauxtranchees/Article.aspx#sdfotnote20anc> :

(4) vgl. Ferdinand Tönnies, »Fridericus« [1932]; in: ders., Gesamtausgabe (TG), Bd. 22 (1932-1936), Berlin – New York 1998 (W. de Gruyter), S. 552, Anm. 2

(5) Tönnies, a.a.O. s. Patrick Merziger, Humour in Nazi Germany: Resistance and Propaganda? The Popular Desire for an All-Embracing Laughter; in: International Review of Social History (2007), Vol. 52: » ... was seen as a ‚pioneer and fighter for National Socialist Germany‘«

Nur hier. Der Kaffee für den täglichen Aufstand:

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268
Tel. 040 - 20 90 68 92 | Fax - 93
www.cafe-libertad.de

Bild: Eric Drooker



RALF HOFFROGGE, **Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution.** Mit einem Vorwort von WOLFGANG WIPPERMANN (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus Band VII), Berlin 2008 (Karl Dietz Verlag), 233 Seiten mit Abb. (Hardcover), € 16,90

(1) *Formaljuristisch* war MÜLLER *Nachfolger* Kaiser WILHELMS II und *Vorgänger* des ersten Reichspräsidenten FRIEDRICH EBERT.

(2) RICHARD MÜLLER, *Vom Kaiserreich zur Republik.* Ein Beitrag zur revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924 (Malik-Verlag)

RICHARD MÜLLER, *Die Novemberrevolution.* Vom Kaiserreich zur Republik. 2. Band, Wien 1925 (Malik-Verlag)

RICHARD MÜLLER, *Der Bürgerkrieg in Deutschland.* Geburtswehen der Republik, Berlin 1925 (Phöbus-Verlag)

(3) Ich muß an dieser Stelle nachdrücklich auf »**The Internet Archive**« hinweisen, ein Projekt, das einen gigantischen, ständig wachsenden Fundus Copyright-freier Filme, Audio-Dateien und Bücher zum kostenlosen Download bereitstellt und mit einer brauchbaren Suchmaschine ausgestattet ist: <http://www.archive.org>

Richard Müller

RICHARD MÜLLER war eine der wichtigen Personen der Revolution von 1918, als Vorsitzender der Revolutionären Obleute der Berliner Metallbetriebe saß er an der zentralen Schaltstelle der großen Streiks während des 1. Weltkrieges (1916, 1917, 1918); als Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Wochen nach der Novemberrevolution war er sogar Oberhaupt des Deutschen Reiches, das sich für kurze Zeit eine „Sozialistische Republik“ nannte (1). Als wichtiger Rätetheoretiker ist er in der zweiten Phase der Revolution in Erscheinung getreten in der von ihm und ERNST DÄUMIG herausgegebenen Zeitschrift *Der Arbeiterrat*, und last not least ist seine dreibändige Geschichte der Revolution und des Bürgerkrieges in Deutschland (2, erschienen 1924/25) ein vielzitiertes Klassiker und immer noch ein unverzichtbares Standardwerk für alle, die sich mit dieser Periode der deutschen Geschichte auseinandersetzen. Kurzfristig gehörte er der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) an, zu der er Ende 1920 mit der USPD-Linken kam. Er wurde aber schon 1921 mit PAUL LEVI, dessen Kritik am Mitteldeutschen Aufstand (Märzaktion 1921) er teilte, aus der Partei ausgeschlossen. Das war's eigentlich fast schon, was über diesen Menschen bekannt ist.

HOFFROGGE'S Buch, eine Magisterarbeit, liefert einen guten Einstieg in die Vorgeschichte und Geschichte der Novemberrevolution 1918. Besonders die Rolle der kriegsbejahenden und revolutionsfeindlichen Führung der Mehrheits-SPD um FRIEDRICH EBERT und des mit ihr verbündeten Gewerkschaftsapparates um die Generalkommission der Gewerkschaften CARL LEGIENS, des späteren ADGB, wird klar und deutlich analysiert. Und in HOFFROGGE'S Buch wird anhand MÜLLER'S Werdegang quasi exemplarisch die Geschichte der Annäherung und Abstoßung, der Vereinigung und Trennung der linkssozialistischen und kommunistischen Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung nachvollzogen.

Das Buch ist der verdienstvolle Versuch, den ‚Mann hinter der Novemberrevolution‘ deutlicher hervortreten zu lassen. Der (etwas reißerisch anmutende) Untertitel von HOFFROGGE'S Buch hat durchaus eine gewisse Berechtigung, denn die Revolutionären Obleute, und mit ihnen ihr Sprecher RICHARD MÜLLER, spielten in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution von 1918 ein weitaus wichtigere Rolle als etwa der (sowohl von parteikommunistischer wie konterrevolutionärer Seite) ziemlich überbewertete Spartakusbund um ROSA LUXEMBURG und KARL LIEBKNECHT (wobei sich beide Gruppierungen politisch durchaus nahe standen). Daß die Revolutionäre in Berlin im November 1918 von der Matrosenrevolte in ihrer Planung überrascht und überrollt wurden, zeigt allerdings, daß Revolutionen doch eher etwas spontanes sind. Trotzdem hatte die Planung etwas für sich, denn sie verlieh der Revolte zumindest in Berlin zeitweise eine Richtung. Was HOFFROGGE'S Buch auch so sympathisch macht, ist eine tiefe Sympathie für die Rätedemokratie. Das ist heutzutage unter Historikern nicht unbedingt üblich – und sollte zu weiterem Nachdenken anregen.

MÜLLER zog sich nach dem Ausschluß aus der VKPD und der Veröffentlichung seiner Revolutionsgeschichte einige Jahre aus der aktiven Politik zurück. Ende der 20er Jahre war er dann noch einmal kürzere Zeit im Revolutionären Industrieverband aktiv (zusammen mit KARL KORSCH), bis er 1929 offenbar endgültig ins Privatleben entschwand. Er hatte als Bauunternehmer einigen Erfolg und war schon 1930 Millionär geworden. »Seine politischen Ideen blieben dabei irgendwann auf der Strecke. Auch ein RICHARD MÜLLER war nicht gefeit gegen die korrumpierende Wirkung guter Geschäfte.« (HOFFROGGE) Die Nazi-Zeit über lebten MÜLLER und seine Familie unbehelligt in Berlin, aktiven Widerstand hat er offenbar nicht geleistet. RICHARD MÜLLER starb 1943 in Berlin.

Fazit: *Kaufen*, vor allem aber: *Lesen!* Eine ausführlichere Rezension erscheint in der nächsten *Barrikade*.

Hinweis:

Im Internet sind m. W. nur zwei Schriften RICHARD MÜLLER'S erhältlich:

1. RICHARD MÜLLER, *Das Räte-system in Deutschland* (ursprünglich in: IGNAZ JEZOWER (Hrg.) *Die Befreiung der Menschheit*. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin – Leipzig – Wien – Stuttgart 1921, S. 168-176 – es fehlen die Illustrationen, Graphiken und Dokumente) <http://www.slp.at/artikel+M5ee85fc15ef.html>
2. RICHARD MÜLLER, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Band 1 (1924) http://web.archive.org/web/20070811180014/www.marxistische-bibliothek.de/_mueller.html

Drei sozialdemokratische Apologeten

Dank des Internet (3) sind mittlerweile drei wichtige *apologetische* Schriften führender deutscher Sozialdemokraten wieder problemlos zugänglich, die alle 1920/21 entstanden sind und die Politik der MSPD und/oder die spezielle Rolle der Verfasser darin rechtfertigen sollten. Sie geben zum einen einen tiefen Einblick in das Denken leitender Mehrheitssozialdemokraten dieser Zeit, zum anderen liefern sie auch eine Fülle historischer Details.

GUSTAV NOSKE, *Von Kiel bis Kapp*. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920 (Verlag für Politik und Wirtschaft); 211 Seiten <http://www.archive.org/details/vonkielbiskappzu00nosk> [10,2MB]

Muß man zu GUSTAV NOSKE eigentlich noch etwas sagen? Vielleicht doch: Wie sein Parteigenosse FRIEDRICH EBERT gehörte er zum rechten, pro-monarchistischen Flügel in der MSPD von 1918. Und er fand sich schnell dazu bereit, »den Bluthund« zu machen, der die Revolution erledigt. Seit der Niederschlagung des Berliner Januaraufstandes 1919 hat er diesem selbstgewählten Titel alle Ehre gemacht. Als Reichswehrminister wurde er 1920, nach dem Kapp-Putsch, abgehalftert, wegen seiner mangelnden Distanz zu den Putschisten (die ihn übrigens gerne auf seinem Posten belassen hätten). Noskes Buch war die Rache für den Rauswurf aus dem Amt, und somit erzählt er einiges, was er in friedlicherer Stimmung vielleicht verschwiegen hätte. Über die Kriegszeit schweigt er sich aus, aber die Beschreibung des – von ihm mit entfesselten – Bürgerkrieges hat seinen eigenen Wert.

PHILIPP SCHEIDEMANN, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921 (Verlag für Sozialwissenschaft); 251 Seiten <http://www.archive.org/details/derzusammenbruch00sche> [13,8 MB]

Im Gegensatz zu seinem Parteigenossen NOSKE war PHILIPP SCHEIDEMANN wenigstens ein *Überzeugungsrepublikaner*. Er rief am 9. November die Republik zwar auch deshalb aus, weil er verhindern wollte, daß KARL LIEBKNECHT die *Sozialistische Republik* *zuerst* ausrief. Allerdings hatte er – im Unterschied zu dem eben gerade ernannten letzten kaiserlichen Reichskanzler FRIEDRICH EBERT – keinerlei Ambitionen, den Kaiserthron zu retten. SCHEIDEMANN gehörte aber ebenso zu den Strippenziehern in der Reichstagsfraktion und in der Führung der SPD, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten seit dem August 1914 möglich machten. Und er war einer der führenden Sozialdemokraten, die den Kampf für die *bürgerliche* und *gegen* die *sozialistische* Republik organisierten. Dieses Buch gehört in diesen Kampf. Gerechterweise muß man hinzufügen, daß SCHEIDEMANN im Exil, nach seiner Flucht vor den Nazis, zu (selbst)kritischer Reflexion der Lage war (s. PHILIPP SCHEIDEMANN, *Das historische Versagen der SPD* – Schriften aus dem Exil, Lüneburg 2002).

EDUARD BERNSTEIN, *Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*. 1. Band: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik [mehr nicht erschienen], Berlin 1921 (Verlag Gesellschaft und Erziehung); 198 Seiten

<http://www.marx.org/deutsch/referenz/bernstein/1921/drev/index.html>
<http://www.archive.org/details/diedeutscherevol00bernuoft> (10,6 MB)

EDUARD BERNSTEIN fällt ein wenig aus dem Rahmen. Der ‚Vater des Revisionismus‘ gehörte zu den Kriegsgegnern und war Mitbegründer der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* (USPD), in der sich Anfang 1917 die meisten oppositionellen Sozialdemokraten sammelten. Ende 1918 trat er allerdings zusätzlich wieder der MSPD bei, da seiner Meinung nach mit dem Kriegsende der Grund der Spaltung der Sozialdemokratie entfallen sei (worauf er – zurecht – aus der USPD ausgeschlossen wurde). Obwohl er wie NOSKE und SCHEIDEMANN die Politik die Mehrheits-Sozialdemokratie seit dem Kriegsende als die einzig mögliche hinstellt, mußte er nicht die *Kriegspolitik* der Fraktionsmehrheit verteidigen, ebensowenig das Kaiserreich. Dadurch ermöglicht seine Schrift einige Einblicke speziell in die *Machinationen* im Reichstag zwischen 1914 und 1918.

• J. S.

Eine schwedische Klassenreise. **Hass.jetzt!** [En knuten näve i fickan]

Mit geballter Faust in der Tasche

Diese viel zu knapp geratene Broschüre ist ein Genuß. Leider ist es nicht mehr als ein kurzes Lesevergnügen, bei schlappen 40 Seiten mit nur vier authentische Texten der Klassenlinken (von 18 im Original). Das ist ärgerlich, denn die dokumentierte »Diskussion« der Wohlstandslinken interessierte mich herzlich wenig.

Das Schweigen wird lauter

»Die Verachtung der Mittelklasse hat mich zu dem gemacht, was ich bin ...« schreibt Kakan Hermansson in ihrem Essays oder besser kurzem Portrait ihrer politischen Sozialisation. Leider ist ihr Beitrag der einzige einer Anarchistin (»Als dicke, laute und aggressive Frau habe ich niemals in die Gesellschaft gepaßt.«) in dieser Broschüre. Niemand nahm – warum sollte es in Schweden, diesem Musterlände an sozialer Kontrolle, anders sein? –, Notiz von Mitstreiter/innen aus der Arbeiterklasse, um deren Befreiung es ja eigentlich und propagandistisch immer und überall beteuert ging. Ging – ich schreibe das explizit kursiv und in der Vergangenheitsform. Die heutige so genannte Linke interessiert sich nur für die eigene Befreiung, alles dreht sich um das eigene profitable Auftreten, dazu gehört auch das gockelhafte Straßenkampfgehebe. Linksradikale Arbeiter/innen, die sich hervorgetan haben, bekommen keine Arbeit mehr, jungdynamische Mittelstandskids mit linker Vergangenheit bekommen gutbezahlte Arbeitsplätze (Motto: »Wer mit Zwanzig kein Linker war ...«). Hier zählt sich die »Sturm- und Drangzeit« als nützliche Erfahrung für das kapitalistische Hai-fischbecken dann plötzlich aus.

Der Rezensent Bergmark bezeichnet die Yuppie-Linke als einen »Lebensstil, schlicht als eine Modephase, eine kulturelle oder ästhetische Haltung«, die später austauschbar sei – eben »Pali-Tuch gegen Schlips«. Doch dieser aus seiner Mumin-Papa-Tasse (1) fairtradekaffeetrinkende linke Journalist mit »offensichtlicher Mittelstands-Identität« habe den »Klassenkampf nie als eine Frage der Ästhetik oder des Lebensstils betrachtet«. Das ist auch eine Kritik an dem Buch, denn es unterstellt, daß die den Klassenkonflikt in der schwedischen Linken ansprechenden Autoren falsch liegen. Aber »falsche Ansichten und Kultur« sind es ja gerade, was die Arbeiter/innen der Mainstream Linken/radikalen Linken vorwerfen, daß sie ihre kulturelle Haltung nicht dulden und unterdrücken (sie ‚sozialistisch‘ umerziehen wollen).

Wieso sind die meisten Proletarier nicht links organisiert? Weil ihr Lebensstil und ihre Ästhetik nicht wahr- und ernstgenommen wird von ihren politischen Anleitern, den Politmackern der upper class. Genau dies kommt in den Beiträgen zu kurz: was sind die politisch-unkorrekten Verhaltensmuster, die die Mittelstandslinke den proletarischen Arbeiterklasse-Genoss/innen vorwirft? Ist es »nur« der nicht kritisch genug hinterfragte Musikgeschmack, die Klamottenfrage (»wenn ich tagsüber schon im Blaumann rumwühlen muß, dann ziehe ich abends aber schicke Klamotten an, damit mich niemand sofort als Looser erkennt«),

das Ansehen falscher Filme, die Begeisterung für Sport – die eigene Leistungsbereitschaft, Spaß am Fußball –, weil das kapitalistische Freizeitindustrie ist? Oder ist es die Fremdenfeindlichkeit, die auch in schwedischen Arbeiterklassekreisen verwurzelt ist (dennoch gibt's dort oben keine AntiSchweden!), und die auch von den vier Autor/innen nicht angesprochen wird. Inwieweit eine nicht genehme, andere Haltung und Umgangsform in Sachen Sexualität eine Rolle spielt, weiß ich nicht; daß der Sexismus in der Arbeiterklasse keine Bedeutung haben soll, halte ich für ausgeschlossen.

Proletarisierte Wikinger?

Welche Angst die Mittelschicht wirklich treibt, weiß eigentlich jede/r, der politisch denken kann. Leider fehlt eine plausible Erklärung des Umstandes, warum die Wikinger-Proleten noch immer – und zwar trotz ihres Wohlfahrtsstaates, dem sozialdemokratischem Volksheim, »ihrer hoffnungslosen Situation verhaftet« bleiben? Der Haß entsteht aufgrund der Miß- und Verachtung der Gesellschaft der Arbeiterklasse gegenüber. Aus »Hägar dem Schrecklichen«, dem plündernden Barbar, wurde ein einfacher blonder Schwede, aus Arbeiter/innen werden schlichte Bürger/innen, was bleibt da noch?

Klassenanalyse – Fehlanzeige

Es fehlt vollständig die Klassenanalyse – über die Mittelschicht. Woher kommt sie, was will sie, wenn sie was will? Solange die Mittelschicht ideologisch und praktisch nur das »Radfahren« praktiziert (nach oben buckeln und nach unten treten) – sind sie genauso Teil des Herrschaftsapparates und das will natürlich keiner dieser linken Gutmenschen hören.

Wie platt die gesamte Analyse gerade der betroffenen und unterdrückten Arbeiter/innen-Militanten in dem links-radikal-alternativen Milieu in Schweden ist, zeigt ihre Sprach- und Geschichtslosigkeit – und das in einem Land, in dem es immerhin seit 1910 eine noch immer mehrtausendköpfige syndikalistische Arbeiterbewegung (SAC) samt aktiver Jugendorganisation (SUF) gibt ...

Die Dominanz der Bürgersöhnchen und liberalen Mittelstandskids in der angeblich radikalen Linken ist evident, sie spielen solange militante Hardliner bis sie die Aktien ihrer Eltern erben und diese dann gegen den Pöbel verteidigen müssen, der unverschämte Lohnforderungen stellt. Plötzlich ist die faschistoide Polizei dann Helfer in der Not und schießt auch schon mal ein paar Malocher tot (ich hab' wohl zuviel Sjöwall & Wahlöö in meiner Jugend gelesen (2)).

•fm

(1) Die Muminns sind von der finnisch/schwedischen Schriftstellerin Tove Janson erfundene »Trollwesen«. Sie leben im idyllischen Mumintal irgendwo in Finnland. In Gesellschaft der Muminns macht Kindern das Essen Spaß!
(2) Die beiden bekennenden Marxisten Sjöwall und Wahlöö schrieben einen Zyklus von zehn Kriminalromanen, die den Kommissar Martin Beck weltbekannt machten.



Gabriel Kuhn (Hrsg.)
Syndikat-@ - Broschüre
51
2,50 Euro

Es ist provozierend wie die Mumin-Linke mit dem Klassenbegriff umgeht. Sie tut so, als ließe sich Klassenidentität nach Belieben ändern. So als würdest du eine Klasse nach unten wandern, wenn du in die Betonvororte ziehst, abgerissene Kleider trägst und als FahrkartenverkäuferIn in der U-Bahn arbeitest. Doch es liegt ein großer Unterschied zwischen einer Erfahrung, die du sammeln willst, und der Notwendigkeit, sich mit solchen Jobs den Lebensunterhalt zu verdienen.

• Einleitende Bemerkungen von Fredric Carlsson-Andersson und Atila Pişkin



»Wie möchtest du deinen Kaffee?«
Hägar: „Ach, schütt' ihn mir einfach ins Gesicht...«



• Für libertären Kommunismus & Rätedemokratie!

Preis 16 Pfg.

Geldstelle: Hamburg 3, Pflanzl. 60

Gegen jede Verdummung.

Sprechstunden der Redaktion: Montag, Dienstag, Mittwoch 5-6 Uhr

Ausgabe Nr. 15.

Alarm

Herausgeber: Carl Langer, Hamburg 31

1919.

Anzeigenpreis: Nach vorheriger Vereinbarung

Wochenschrift für freien Sozialismus

Durch die Post bezogen, vierteljährlich Mk. 1.20, Beleggeld extra.

287 Maschinengewehre in St. Pauli. Drohender Einmarsch der Regierungstruppen.

Drohender Einmarsch der Regierungstruppen.

Senierröhmle lagert über Hamburg. Der Konflikt der Sicherheitswehr mit dem Kommandeur Karmel führt sich mehr und mehr zu. Für die Sicherheitswehr im allgemeinen ist die ganze Streitfrage nur eine Drohfrage. In die Richtung gegen die Regierung, dann geht ein großer Teil dieser Leute wie früher mit dem Gewehr in der Hand gegen die eigenen Klassenangehörigen vor. Die Maßnahmen, die in der Drohwache usw. zeigen uns recht deutlich, was für Elemente sich bei dieser Wehr befinden. Was Parteibührgend solcher politischen Richtung kann die Revolution nicht verdeden, die Richtung kann die Revolution nicht verdeden, die Richtung kann die Revolution nicht verdeden, die Richtung kann die Revolution nicht verdeden.

Sollen wir verjagen, die Sicherheitsmannschaft zu verlassen, von ihren Forderungen und Rechten Abstand zu nehmen? Sollen wir ihnen raten, künftig alle Befehle, die gegeben werden, auszuführen? Nein, und abermals nicht! Dieses auszuführen? Nein, keine Partei kann dies empfehlen. Können wir die mit dem Rat frage und können wir nicht. Keine Partei kann dies empfehlen. Können wir die mit dem Rat frage und können wir nicht. Keine Partei kann dies empfehlen. Können wir die mit dem Rat frage und können wir nicht. Keine Partei kann dies empfehlen.

ledigen Menschen, ihr wollt den freien Sozialismus. Dar eure Führer führen euch weiter in graue Theorien, weil sie größtenteils vom praktischen Leben keine Ahnung haben, oder weil ihre sozialen Frage gelöst ist. Arbeiter, schließt euch zusammen zum Kampf gegen die Reaktion, laßt eure Führer, die die Zeit nicht verstehen wollen und können, allein auf rechter Flur und laßt euch bei diesen, nicht ihr Arbeiter allein, laßt euch bei diesen, nicht aber Doktoren und Kathedersozialisten oder Haske und Kompanie.

287 Maschinengewehre in St. Pauli



Stacheldraht versperrt den Zugang zum Rathausmarkt



Preis dieser Nummer 3 Mk.

4. Jahrg. 1922

Geschäftsstelle: HAMBURG 3, Markstraße 26

Preis 1.50 Mark

Der Alarm erscheint jede Woche



Herausgeber: CARL LANGER, Hamburg 3

Hierzu eine Beilage. Nummer 12

Nieder mit jeder Herrschaft!

Nieder mit jeder Herrschaft! Dies, mein lieber Leser, soll unsere Mahnung sein. Kampfbereitschaft, Treue und Selbstaufopferung sind die Eigenschaften, die wir von einem Arbeiter verlangen. Ein Arbeiter, der nicht bereit ist, für die Freiheit der Menschheit zu kämpfen, ist ein Feind der Revolution.

Es hilft nicht nur denken, nur vernunftgemäß handeln, wenn wir mit unserer Gedanken in die Irre wandern. Wir müssen handeln, wir müssen kämpfen, wir müssen sterben. Die Revolution ist ein Kampf, ein Kampf um die Freiheit der Menschheit. Wir müssen bereit sein, für die Freiheit der Menschheit zu kämpfen, zu sterben, zu leiden. Wir müssen bereit sein, für die Freiheit der Menschheit zu kämpfen, zu sterben, zu leiden.



Weltgericht.

Verlaßt Euch drauf, ihr Mammonsdrohnen, Bald legt ein heiliges Weltgericht, Das wegwehrt Altar, Thron, Kronen, Wo Euch das Volk sein Urteil spricht.

Verlaßt Euch drauf, ihr Pfaffenhechte, Auch Eurer Herrschaft Ende lagt, Wenn einst das Volk wahrhaft seine Rechte Und Euch samt Gott zum Teufel jagt!

Verlaßt Euch drauf, Tyrannensippe, Ein winziger Fenne schon genügt, Und Euer halbes, morsches, Gerippe -Gesellschaft- in die Lärne liegt!

Koych.

An alle Arbeiter Hamburgs!

Deute lenken sie den verblödeten und geschändeten Körper Rosa Luxemburgs in die Erde. Sie war eine der Besten, die je für den Sozialismus, für das Proletariat gelitten und gekämpft. Die blühende Mole wurde sie in Rußland, sowie in Deutschland in die Gefängnisse geworfen. Über alle Wälder und alle tiefstehenden Dünen verwehten den harten Geist dieser garten, schmerzlichen Frau nicht zu brechen.

Der weiße Schrecken, die Offizierskamarilla des Edenhotels hat sie erschossen! Ihren toten Körper hat man geschändet. Die Würder hat man verdrift, die wenigen die man nicht ganz ungehorsam lassen konnte, hat man entlassen lassen.

10000 Proletarier sind in Deutschland dem weißen Schrecken erlegen, 1000 allein in München, 5000 Genossen aller Parteien schmachten dort noch hinter Gefängnismauern.

Ledebour ist gefangen, Marlow, der Würder der 32 Märtrosen, ist in Freiheit, Zoller ist mit Ketten an die Wand geschmiedet. In Rußland kämpfen deutsche Truppen gegen die Arbeiterregierung Rußlands. Deutsche Offiziere erlassen einen Aufruf, in dem unter anderem enthalten ist:

Jeder, der revolüt. Propaganda treibt, wird erschossen! Arbeiter, Proletarier Groß-Hamburgs!

Wir rufen Euch über die Parteilocher hinweg, wir rufen Euch als Klassenoffenen, als Menschen, benutzt den Tag, an dem Rosa Luxemburg der Erde übergeben wird, um der Welt zu zeigen, daß ihr Geist in Euch ist und in Euch lebt, protestiert gegen alle Greuel, gegen Justiz u. Meuchelmord. Laßt an diesem Tage die Arbeit ruhen!

Auf zur Massendemonstration auf d. Seilfingengeißfeld am Freitag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr!

Die revolutionären Elemente von Groß-Hamburg.

Empfohlener Verkaufspreis: 3.- €